Nr. 207 August '95



DM 7,50 M 3477 F

Al
neue I

Die
und Gesellsch

außerdem: **Palästina/Israel** Siedlungspolitik blockiert Frieden
Einwanderung Deutsche Türken – türkische Deutsche?
Debatte Lobbyismus

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
Fax: 0761/709866
Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Stephan Günther, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ute Sikora, Ann Stafford, Jörg Späte, Stefanie Theil, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter.
Druck und Satz:
Druckhaus Dresden. Tel.: 0351/3361114

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 43071
Redaktionsschluß für Nr. 208:
8.8.1995
Anzeigenschluß für Nr. 208:
(Druckfertige Vorlagen) 16.8.1995
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 7,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
Titelfoto: Nelly Rau-Häring
Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt von Argument bei.
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Spenden:
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00)

Themenschwerpunkt 208:
Frauen in China

Im September dieses Jahres wird in Peking die Weltfrauenkonferenz stattfinden. Bereits nach den ersten Vorbereitungstreffen zeichnet sich ab, daß außer Papierbergen nicht sehr viel zu erwarten ist. Aus diesem Grund ziehen wir es vor, einen Blick auf die Frauenszene im Gastgeberland China zu werfen. China durchläuft seit mehr als fünfzehn Jahren einen ökonomischen Reformprozeß, der sowohl Neureichtum als auch Massenverarmung hervorgebracht hat. Insbesondere hat sich diese Entwicklung auch im Alltag von Frauen und in einer veränderten Frauenkultur in China niedergeschlagen. In den Medien breitet sich ein neues Frauenbild aus. Neue Konzepte weiblicher Ästhetik deuten sich u.a. im literarischen Schaffen chinesischer Frauen an. Gleichzeitig differenzieren sich die politischen Organisationsformen aus, und die Schwerpunkte in der Frauenforschung haben sich verlagert.

In unserem Themenschwerpunkt gehen wir diesen Veränderungen nach. In doppelter Hinsicht betreten wir dabei Neuland: Zum einen, weil die Informationen aus China immer noch spärlich fließen. Zum anderen spielen sich die Veränderungen vor einem gesellschaftlichen Hintergrund ab, der mit Denktraditionen des westlichen Feminismus nicht vollständig zu erfassen ist.

Inhaltsverzeichnis

Kommentar
Zweideutige Kubapolitik der USA ... 3

Palästina/Israel
Ausgrenzungen in Jerusalem ... 4
Wohnrecht auf Abruf ... 6
Hebron: Symbol der Siedlungspolitik ... 8

Lateinamerikanische Linke
Bilanz eines Wahljahres und Suche nach Perspektiven ... 9

Themenschwerpunkt

Die Türkei
Vorwort ... 12
Krise von Staatsideologie und Gesellschaft ... 13
Repression mit dem Know How aus Deutschland ... 17
Interview: Tanil Bora zu Nationalismus und Antisemitismus ... 18
Essay: Ruşen Çakir über den modernen Islam in der Türkei ... 20
Aleviten in der türkischen Gesellschaft ... 22
Pipelines aus Zentralasien - Anschluß ans Netz der Macht? ... 25

Reihe 'Diskursverschiebungen nach 1989'
Die Wiederkehr des Volkes in den politischen Diskurs ... 28

Einwanderungsland Deutschland
Die Geschichte türkischer Migrantenorganisationen ... 32
Lebenswege: „Türkische" Frauen in Deutschland ... 34
Zuhause in Schöneberg - „Türkische" Jugendliche in Berlin ... 36
Kruzitürken! Die Kontinuität von Feindbildern ... 39

Debatte: Lobbyismus
IWF-Gegengipfel 1988 und Klimalobby 1995 - ein Vergleich ... 41

Welthandel
Solidarität im Supermarkt? Zur Kritik am 'fairen Handel' ... 44

Kongreßbericht
Der BUKO zwischen Kampagnenpolitik und Selbstauflösung ... 46

Rezension
Gender Killer - Feminismus zwischen Akademie und Amtsstube ... 47

Nord-Süd-Boulevard
Volksfront gegen Ölkonzern ... 48

Kurz belichtet ... 49

Leserbriefe ... 50

Zeitschriften/Tagungen ... 51

Jesse Helms schießt scharf

Verschiebungen in der nordamerikanischen Kubapolitik

Die Kubapolitik der USA sendet in der letzten Zeit widersprüchliche Signale aus: Auf der einen Seite steht die Gesetzesinitiative des erzreaktionären Republikaners Jesse Helms, der mit einer Verschärfung der US-Blockade Kubas Eingliederung in die Weltwirtschaft verhindern und der Insel einen überlebenswichtigen Nerv abschneiden will. Die Forderungen dieser Vorlage torpedieren fast alle Maßnahmen, die bisher zur wirtschaftlichen Stabilisierung Kubas eingeleitet wurden:

Sämtlichen Ländern und Unternehmen, die weiterhin mit Kuba Handel treiben oder dort investieren, werden Konsequenzen angedroht. Kreditvergaben sollen durch das gleichzeitige Zurückziehen nordamerikanischer Gelder bestraft werden, und die Bemühungen der kubanischen Regierung um einen Dialog mit dem gemäßigten Exil in Miami werden kurzerhand kriminalisiert. Über das Ziel von Jesse Helms, dem einflußreichen Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, muß erst gar nicht spekuliert werden, er bekennt frei heraus: „Lassen Sie mich Klartext reden, entweder verläßt Castro Kuba in vertikaler oder in horizontaler Position".

Auf der anderen Seite wurde ein vom Pentagon schon im März diesen Jahres verfaßtes Papier bekannt, das zur Vermeidung eines gewaltsamen Umbruchs die Unterstützung der kubanischen Wirtschaftsreformen unter Castro vorschlägt. Das geheime Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die Wahrscheinlichkeit einer leichten Stabilisierung in Kuba für die nächsten Jahre bei rund 40 Prozent liegt, und resümiert: „Relativ gesehen schauen die meisten Kubaner erwartungsvoller in die Zukunft, vor allem im Vergleich zu den dunklen Tagen von 1993/94". Das Papier eröffnet in den USA die Möglichkeit für eine Neuformulierung der seit mehr als 30 Jahren aggressiven Kubapolitik und die Chance einer begrenzten Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.

Doch es wäre verfrüht, vom späten Beginn einer längst fälligen Entspannung zu sprechen. Das nordamerikanische Verhältnis zu der Karibikinsel wird auch weiterhin nicht in bilateralen Gesprächen, sondern von der US-Innenpolitik bestimmt werden; und hier ist die Durchsetzbarkeit einer liberalen Politik nach den letzten Senatswahlen, bei denen die Demokraten ihre Stimmenmehrheit an die konservativen Republikaner verloren, eher geringer geworden.

Zwar hat die Clinton-Administration mit ihrem letzten Immigrationsabkommen mit Kuba erstmals offen gegen die mächtigen Miamikubaner um Mas Canosa opponiert: Während heute jährlich 20.000 Kubaner Einreisevisa für die Vereinigten Staaten erhalten und im Gegenzug illegale Flüchtliche abgeschoben werden, hatten die USA bis vor kurzem eine legale Einreise noch völlig blockiert, die mörderische Flucht von der Insel aber mit sofortiger Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis prämiert und so die Fluchtwellen im Herbst erst richtig angestachelt. Diese neuen Verträge über eine kontrollierte Migration sind aber noch kein sicheres Zeichen für einen innenpolitischen Wandel. Fidel Castro selbst war es gewesen, der Clinton wenig Standhaftigkeit gegenüber den Attacken der Republikaner bescheinigte.

Das Pentagon setzt in seiner Empfehlung deshalb auch nicht auf humanitäre Aspekte oder auf das Recht der nationalen Souveränität, sondern ganz auf Kostenfaktoren: Ein friedlicher Wandel in Kuba sei in der Krisenregion Karibik am billigsten, so die nüchterne Analyse der Militärstrategen. So mancher Republikaner, der bisher das außenpolitische Engagement seiner Regierung in Somalia oder Haiti als „Abenteurertum" geißelte, das nur von innenpolitischen Problemen ablenke, wird sich dieser Argumentation nicht verschließen können.

Vor dem Hintergrund einer erneut drohenden Wirtschaftsrezession stehen solche Forderungen auch im Einklang mit den Wünschen von US-Unternehmen, die schon seit Jahren beklagen, daß sie wegen der Blockade tatenlos zusehen müssen, wie sich vor ihrer Haustür europäische Investoren die Insel aufteilen. So wird hier vielleicht ein wirtschaflich orientiertes Zweckbündnis entstehen, das ideologische Befindlichkeiten überwindet und eine Kooperation mit Castros Kuba anstrebt.

Die Helms-Bill wird im Herbst im Kongreß verhandelt werden. Bis jetzt hatte sie gute Chancen auf Erfolg. Bald also wird sich auch zeigen, ob das Pentagonpapier mehr war als ein strategischer Winkelzug. Selbst wenn aus der Debatte um die Verschärfung der Kuba-Blockade jetzt eine Politik der Entspannung entstehen sollte, wäre das allerdings nicht unbedingt nur begrüßenswert, sondern stellte vielmehr eine doppelte Ironie der Geschichte dar:

Einerseits wird die Blockade Opfer ihrer eigenen Logik. Die politischen Ziele der USA müßten nämlich jetzt ausgerechnet ökonomischen Zwängen weichen - Zwängen also, die sie einst selbst zur Durchsetzung ihrer Interessen errichtet haben. Diejenigen hingegen, die die Kuba-Blockade seit Jahrzehnten mit vollem Recht politisch und moralisch bekämpfen, müßten feststellen, daß es nicht ihr Einsatz, sondern gerade die Zwänge des von ihnen kritisierten Systems sind, die ihre Forderungen zum Erfolg führten. Der Fall der Kuba-Blockade wäre nicht ein Sieg des moralischen Imperativs oder bedeutete die Anerkennung des Rechts auf eigenständige Entwicklung, sondern wäre stattdessen ein weiterer Triumph des globalen Kapitalismus auf dem Weg zu einer weltumfassenden Liberalisierung.

Hans-Jürgen Burchardt

Spiel mit Grenzen

Die Siedlungspolitik schafft in Jerusalem vor den Verhandlungen Fakten

Der Status Jerusalems ist hoch sensibel und bleibt umstritten - auf internationaler Ebene und zwischen Israel und der PLO. Nicht umsonst haben beide Parteien in Oslo beschlossen, dieses heiße Eisen in der ersten Phase des Friedensprozesses noch nicht anzufassen. Etwa in der Halbzeit der in Artikel 5 der Prinzipienerklärung festgelegten fünfjährigen Übergangszeit soll laut Vertragstext mit Verhandlungen über den endgültigen Status von Jerusalem begonnen werden. Wichtig ist dabei der vierte Paragraph des Artikel 5, der besagt, „daß das Ergebnis der Verhandlungen über den dauerhaften Status nicht durch Vereinbarungen, die für die Übergangsperiode geschlossen werden, vorweggenommen oder beeinflußt werden darf". Mit seinem forcierten Siedlungsbau in und um Jerusalem handelt Rabin der Intention des Abkommens tagtäglich zuwider.

Jerusalem, die geteilte Stadt ohne sichtbare Grenze, geriet während der vergangenen Wochen wieder einmal in die Schlagzeilen der Weltpresse. Denn die israelische Regierung hatte mit der angekündigten Enteignung von mehr als 50 Hektar palästinensischen Landes im Norden und Süden der Stadt erneut den Bogen überspannt. Die Angelegenheit wurde Anfang Mai sogar im UN-Sicherheitsrat diskutiert und nach einem Mißtrauensvotum arabischer Knesset-Abgeordneter vorerst auf Eis gelegt.

Doch an anderen Orten in und um Ost-Jerusalem wird Tag und Nacht weiter enteignet, ausgebaut, besiedelt und geplant. Die „Judaisierung" - so wird die „Groß-Jerusalem"-Politik mittlerweile auch in der kritischen israelischen Presse bezeichnet - schreitet seit Beginn des sogenannten Friedensprozesses so schnell und so weit voran, daß Ost-Jerusalem als zukünftiger Hauptstadt eines palästinensischen Staates täglich die materiellen Grundlagen entzogen werden. Denn erstens ist Ost-Jerusalem seit März 1993 von seinem traditionellem Hinterland, der Westbank, durch israelische Checkpoints abgeschnitten, die nur mit Sondergenehmigungen überquert werden dürfen, und unterliegt dadurch einem rapide fortschreitenden, wirtschaftlichen Desintegrationsprozeß. Der Grund für die Abriegelung der Westbank waren „Sicherheitserwägungen". Anfang 1993 hatten Angriffe auf Israelis sprunghaft zugenommen - Hamas in der Westbank hatte zu einer neuen Phase des Widerstandes aufgerufen, dem sogenannten 'Krieg der Messer'.

Zweitens haben die jüdischen Siedlungen um Ost-Jerusalem die Form eines hufeisenförmigen Rings angenommen - Beleg für das Ausmaß an beschlagnahmtem, palästinensischem Land, das schon jetzt Teil der geplanten Metropole „Groß-Jerusalem" ist. Etwa 80% der israelischen SiedlerInnen leben in diesem Großraum.

Da schließlich und drittens der Status des vorwiegend arabischen Ost-Jerusalems aus den palästinensisch-israelischen Verhandlungen ausgeklammert wurde, sieht sich die palästinensische Bevölkerung nun auch im Ostteil in die Minderheit versetzt. Kaum überraschend: alle israelischen Regierungen bestanden auf dem Status Jerusalems als „ewiger und unteilbarer Hauptstadt". Die heutige Labour/Meretz-Regierung sieht das nicht anders und setzt ein Maximum an Finanzen und politischem Druck ein, um diesem Anspruch Gewicht zu verleihen und Fakten zu schaffen, die kaum noch rückgängig zu machen sind. „Bald gibt es nichts weiter mehr zu verhandeln" - diesem in Ost-Jerusalem oftmals zu hörenden Satz entspricht die frustrierte Erwartung, daß „wenn Arafat nur redet, wenigstens Hamas etwas unternimmt".

Keine endgültigen Grenzen

Israelische Truppen besetzten im Juni 1967 die von Jordanien verwaltete Westbank und damit auch Ost-Jerusalem. Die Stadt wurde im selben Monat zusammen mit einem Gürtel an Ländereien, der an sie grenzte, formal per Regierungsbeschluß annektiert. Die Gemeindegrenzen des „vereinigten" Jerusalem umfaßten damit den West-Teil, den Ost-Teil und das Land aus 28 benachbarten Dörfern.

Gaza und auch die ressourcenreiche Westbank blieben hingegen unter Militärherrschaft, denn eine Annexion der bevölkerungsreichen Gebiete hätte die demographischen Verhältnisse zuungunsten der jüdischen Israelis verschoben.

Im Falle Jerusalems wurden andere Überlegungen angestellt: Trotz der damaligen volkswirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Stadt und trotz der Anwesenheit von 66000 PalästinenserInnen erfolgte die Annexion Ostjerusalems aus rein ideologischen Gründen, sofort und „für ewig".

Die weitere Ausdehnung Ost-Jerusalems über die Annexionsgrenzen hinaus galt sowohl der sozialdemokratischen Labour-Partei als auch dem rechten Likud jeweils als Angelegenheit von größter Bedeutung. Der gemeinsame Nenner bestand - neben dem Ausbau der Tourismus-Industrie - auf folgenden teilweise haarsträubenden Grundannahmen:

1. Jerusalem ist eine jüdische Stadt und die Hauptstadt Israels. Sie wird von einer nicht-jüdischen Minderheit innerhalb einer jüdischen Mehrheit bewohnt.
2. Jerusalem war als Pilgerstadt nie der Sitz von indigener Bevölkerung. Aus Sicherheitsgründen muß der arabische Teil Jerusalems von einem wachsenden jüdischen Siedlungsgürtel umschlossen werden. Die Nicht-Juden sind Teil der „Mosaik- Struktur" (diesen Begriff entwickelte der damalige Bürgermeister Teddy Kollek) Jerusalems und nicht der Westbank.
3. Die islamischen Gebetsstätten genießen relative Autonomie, aber die Klagemauer, die an das Gelände der Al-Aqsa-Moschee grenzt, ist ein jüdischer heiliger Ort.

Zum ersten Mal war 1982 die Rede von der „Region Groß-Jerusalem": der Plan umschloß neben 38 Dörfern fünf palästinen-

sische Gemeinden, darunter Ramallah und Betlehem.

Besiedlung, „Heiliges Wasser" und Museumsstücke

Bereits bis Mitte der 80er Jahre war ein kompletter Siedlungsring um den Ost-Teil entstanden, der außerhalb der Annexionsgrenzen von 1967 in der Westbank lag. Seine Zentren Efrat, Ma'ale Adumim und Givat Zeev wurden seit 1991 verstärkt ausgebaut. Die „linkeste Regierung in der Geschichte Israels" bezieht den mit der PLO vereinbarten Siedlungsstopp nicht auf „Groß-Jerusalem" und pumpt Millionen-Gelder in den Ausbau seiner Infrastruktur. Es besteht heute aus West-Jerusalem, dem annektierten Ost-Teil, dem genannten ersten, äußeren Siedlungsring in der Westbank und einem zweiten, inneren, der schon Ende der 60er Jahre Konturen angenommen hatte.

1993 wurde bekannt, daß die PalästinenserInnen im annektierten Ost-Teil erstmals eine Minderheit sind. Mit einer Zahl von 155.000 stehen sie heute 165.000 SiedlerInnen gegenüber. Beide Gruppen teilen nichts als die Straßen. Etwa 35% des Ost-Jerusalemer Grund und Bodens befinden sich nach staatlicher Beschlagnahmung - meist aus „Sicherheitsgründen" - und Besiedlung in israelischem Besitz.

Während sehr viele palästinensische Souvenir- und Devotionalienhändler gerade an christlichen Feiertagen auf hohe Einnahmen rechnen dürfen („Heiliges Jordan-Wasser" gilt bei den Tausenden von Pilgern als Renner), sehen die eher auf einheimische Bedürfnisse orientierten Händler schwarzen Zeiten entgegen. „Ost-Jerusalem wird zum Palästina-Museum und wir dürfen vor den Touristen PLO-Fähnchen schwenken", lautet eine neuer Witz - ein Pessimismus an der Basis, den die PLO-Führer ungern zur Kenntnis nehmen. Daß Teile der Intifada-müden Bevölkerung dann doch lieber gleich die israelische Staatsbürgerschaft besäßen, statt immer wieder auf einen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt vertröstet zu werden, liegt nahe. In unveröffentlichten Statistiken ist zu lesen, daß angeblich 50.000 JerusalemerInnen bereit sind, Anträge auf israelische Staatsbürgerschaft zu stellen bzw. diesen Schritt schon unternommen haben. Dies käme einem Affront gegen die eigene politische Führung gleich und würde der israelischen Regierung insofern diplomatisch in die Hände spielen, als die PLO kein Argument mehr hätte, die Ost- JerusalemerInnen zu vertreten.

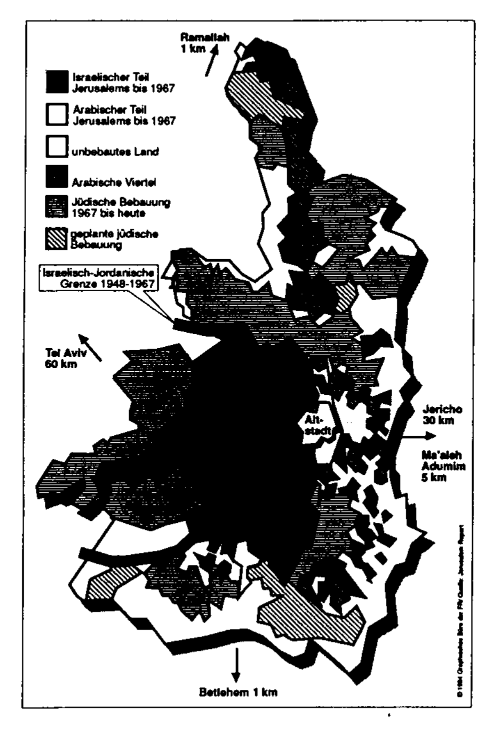
Metropolitane Business-Zentrale?

Wie groß „Groß-Jerusalem" schon ist oder noch werden soll, ist nicht eindeutig zu beantworten, da es keine offizielle Grenze und mehrere Erweiterungspläne mit unterschiedlichen Angaben dazu gibt. Schätzungen gehen davon aus, daß sich das Gebiet über den größten Teil der Zentral-Westbank erstrecken soll, von Ramallah bis Hebron und hinunter ans Tote Meer. Damit befände sich „Groß- Jerusalem" auf einem Drittel des gesamten Westbank-Territoriums und wäre mindestens 1200 Quadratkilometer groß.

Tatsache jedenfalls ist heute, daß es sich mit jedem Quadratmeter beschlagnahmten Land vergrößert. Manche Siedlungen, die 1968 noch Wehrdorf-Charakter hatten und den genannten ersten Siedlungsring ausmachen - wie „French Hill", „Ost-Talpiot" oder „Gilo" - sind heute ganz „normale" Stadtteile West-Jerusalems, mit Einkaufszentren, Bushaltestellen, Restaurants und Kinderspielplätzen. Viele EinwanderInnen, aus der ehemaligen Sowjetunion beispielsweise, finden dort bezahlbare Wohnungen, ohne je auf den Gedanken kommen zu müssen, sich in der Westbank zu befinden. Die Siedlungen sind von Jerusalem aus teilweise auf zweispurigen Schnellstraßen zu erreichen, ohne daß der Blick durch palästinensische Dörfer „gestört" wird.

„Ma'ale Adumim" mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen die bevölkerungsreichste Siedlung in der Westbank und Teil des zweiten Siedlungsrings, genießt bereits jetzt Gemeinde-Status. Letztes Jahr wurde sie vom „linken" Umweltminister Sarid mit dem Umweltpreis ausgezeichnet. Die Regierung beabsichtigt, dort bis zu 100.000 Personen anzusiedeln und die Siedlung einschließlich ihres riesigen „Gemeinde"-Gebietes - es zieht sich über einige Dutzend Kilometer bis ans Tote Meer hinunter - demnächst zu annektieren.

Wie fügt sich „Groß-Jerusalem" ein in die Visionen von einem „Friedensprozeß", der - folgt man den Zukunftsentwürfen israelischer Politiker wie Schimon Peres - langfristig zu einem Nahost-Staatenverband nach dem Beispiel der EU führen soll? Wird sich Jerusalem tatsächlich zu der gigantischen Metropole entwickeln, von der israelische BauplanerInnen mit Verweis auf die in den letzten Jahren verwirklichten Projekte schwärmen? Zwei Faktoren sprechen dafür. Erstens sind drei Wohnregionen östlich der Ballungsgebiete um Tel Aviv in Planung. Sie sollen fast eine halbe Million Menschen beherbergen. Obwohl Modi'in, Rosh Ha'ayin und Bet Shemesh außerhalb der Metropolengrenze Jerusalems liegen, werden die Verbindungsstraßen von dort nach Jerusalem (und möglicherweise weiter nach Amman, der jordanischen Hauptstadt) auch die Westbank-Siedlungsgürtel als Wohngebiete in angenehmer Distanz zu den großen Industriezonen beträchtlich aufwerten. Zweitens könnte sich Jerusalem - den freien Zugang Israels zu den riesigen Märkten in seinen arabischen Nachbarstaaten vorausgesetzt - zur Wirtschaftsmetropole vor den Türen des Nahen Ostens entwickeln. Ein erfolgreicher Friedensprozeß, sprich Normalisiserung bilateraler Beziehungen würde einen ökonomischen Boom auslösen, von dem der israelische Teil der Stadt erheblich profitieren würde. Doch noch ist Jerusalem 75 eher mühsame Straßen-Kilometer vom Mittelmeer entfernt, liegt abseits der wichtigsten Bevölkerungs- und Industriezentren im judäischen Hügelland und befindet sich aus makroökonomischer Sicht in wirtschaftlicher Isolation.



Militärische Sperre

Bis zum zweiten Golfkrieg 1991 hatte nur eine Gruppe von PalästinenserInnen Zutrittsverbot in Jerusalem: jene, die als Sicherheitsrisiko eingestuft wurden. Während des Krieges verhängte die Regierung die totale militärische Sperre über die besetzten Gebiete. Nur mit einer Sondergenehmigung war es den BewohnerInnen der Westbank und Gazas möglich, durch die Straßenblockaden zu gelangen. Nach und nach erhielten Zehntausende, vor allem LohnarbeiterInnen, Tagesscheine, um nach Israel einzureisen.

Seitdem erfolgten weitere vier Totalsperren, teilweise für Wochen. In den Zwischenphasen senkten bzw. erhöhten die Behörden die Quote für Arbeitsgenehmigungen. Der freie Zugang von Menschen und Waren von Westbank und Gaza nach Ost-Jerusalem, dem politischen, ökonomischen, religiösen und kulturellen Zentrum der PalästinenserInnen, ist seitdem unterbunden. Die entsprechenden Folgen sind bereits spürbar: Teile Ost-Jerusalems machen immer mehr den Eindruck eines verödeten Randbezirks unterhalb der Armutsgrenze.

Xavier Bonnet

Wohnrecht auf Abruf

Fast zwei Jahre nach der Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen hält die Israelische Regierung an der schikanösen Behandlung der palästinensischen Bewohner Jerusalems fest. Sie nutzt die Interimsphase bis zum Beginn der Verhandlungen über den Status Jerusalems, um einem Teil der Ostjerusalemer ihre Aufenthaltsrechte zu entziehen. Außerdem weist sie Anträge von Palästinensern auf Zusammenführung mit ihren Familien in der Westbank zurück.

Nach Auffassung israelischer Behörden ist Mohammed Arikat Besucher im eigenen Land. Er ist Palästinenser aus dem Dorf Abu Dis, dessen eine Hälfte von Israel als Teil Jerusalems eingestuft wird. Die andere Hälfte liegt dementsprechend in der Westbank. Abgesehen von einigen Jahren, die er in Kuwait arbeitete (wo PalästinenserInnen keine BürgerInnen werden dürfen), verbrachte er sein ganzes Leben in Abu Dis. Das israelische Innenministerium wies Anträge auf Familienzusammenführung ab, die seine Frau Rada eingereicht hatte. Rada hat den Status des „Permanent Resident of Jerusalem". Mohammed dagegen darf nur auf der Basis eines Monatsvisums bei seiner Familie bleiben. Er kann wegen seines „Besucher"-Status nicht arbeiten und befürchtet die Abschiebung für den Fall, daß die Behörden sich weigern, sein Visum zu erneuern. Außerdem erhielten zwei ihrer Kinder keine Personalausweise (...). Ihr nicht registrierter Sohn kann jederzeit abgeschoben werden. Der Fall Arikat ist keinesfalls eine Ausnahme. (...).

Nach der Annexion Ost-Jerusalems führten die israelischen Behörden eine Volkszählung durch. PalästinenserInnen, die während des Zensus 1967 nicht anwesend waren (aus geschäftlichen oder familiären Gründen, aufgrund eines Studiums oder weil sie vor dem Krieg geflohen waren), verloren ihren Aufenthaltsstatus. Davon waren 8.000 JerusalemerInnen betroffen.

Die 66.000 palästinensischen JerusalemerInnen erhielten Personalausweise mit dem Vermerk „permanent anwesend im Staat Israel", ein Status, der jedoch nicht gewählt wurde, wenn die betreffende Person ihren „Lebensmittelpunkt" anderswo gewählt hatte. Das traf zum Beispiel auf JerusalemerInnen zu, die aufgrund zu hoher Mieten in billigere Wohnungen in der Westbank gezogen waren. Doch selbst der Status „permanent anwesend" gewährte JerusalemerInnen und ihren Kindern keine staatsbürgerlichen Rechte, sondern nur die Erlaubnis, in Jerusalem zu bleiben. Die Väter mußten dafür Sorge tragen, daß die Kinder auf ihren Jerusalem-Ausweisen vermerkt waren.

Diese Ausweise sind erforderlich, um die Stadt ohne Sondergenehmigung zu betreten, ein Haus zu kaufen, Lohnarbeit zu finden und die Rechte eines Steuerzahlers genießen zu können - etwa Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung und öffentliche Schulen.

Das Kriterium „Lebensmittelpunkt" wird von den israelischen Behörden ständig dazu mißbraucht, JerusalemerInnen Rückkehrrechte zu verweigern. Ziad Latif (Name geändert, K.M.) zum Beispiel verließ Jerusalem 1983, um in den USA zu studieren. Um die erforderlichen Ausreisepapiere von den Behörden zu erhalten, mußte er zuvor seinen Jerusalem-Ausweis im Innenministerium hinterlegen. Als er nach vier Jahren sein Studium beendet hatte, informierten ihn die israelischen Behörden, daß er kein Recht mehr habe, in Jerusalem zu bleiben. Seit 1987 wird ihm der Aufenthalt auf israelisch kontrolliertem Territorium verweigert, selbst für einen zeitlich begrenzten Aufenthalt.

Ziad Latif ist eine von mehr als 50.000 Personen, die kein Recht mehr auf einen Jerusalem-Ausweis und ein Aufenthaltsrecht in ihrer Stadt haben - einer Stadt mit 150.000 PalästinenserInnen (...). Für diese „Nicht-Anwesenden" gibt es nur eine einzige Möglichkeit, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erreichen: die Erlaubnis zur Familienzusammenführung mit einem Ehepartner, Kind Eltern- oder Geschwisterteil, das „permanent anwesend" ist.

Doch die israelische Regierungspolitik in Sachen Familienzusammenführung ist ein bürokratischer Alptraum. Der Vorgang läuft folgendermaßen ab: Der oder die engste Jerusalemer Familienangehörige muß beim Innenministerium für sie oder ihn einen Antrag stellen. Die Gebühr von 350 Schekeln (ca. 180 DM) wird nicht zurückerstattet und muß bei jedem Antrag neu bezahlt werden. Die Wartezeit für eine offizielle Antwort dauert Monate, manchmal Jahre.

Bis 1994 hatte das Innenministerium die Kriterien für die Erlaubnis von Familienzusammenführung nicht bekanntgemacht. Es war jedoch gängige Praxis, zweierlei Anträge prinzipiell zurückzuweisen: wenn „permanent anwesende" Ehefrauen sich für ihre „abwesenden" Ehemänner einsetzten, oder wenn es um ehemalige politische Gefangene ging. Oftmals wurden die AntragstellerInnen gezwungen, umgerechnet zwischen 3.000 bis 5.000 DM an sogenannte Mittelsmänner zu bezahlen, d.h. an palästinensische Kollaborateure mit guten Kontakten zu den israelischen Behörden, um sich die Zusammenführung zu erkaufen - eine Heirat an sich war noch lange keine Gewähr.

Im April 1994 wurde der Weg durch den bürokratischen Dschungel dank des Drucks der „Vereinigung für Bürgerrechte in Israel" erleichtert. Der Oberste Gerichtshof folgte der Argumentation, daß sich die Praxis gegen Antragstellerinnen richtete und gab der Klage einer Ost-Jerusalemerin statt, die gegen die Abschiebung ihres britischen Ehemannes geklagt hatte. Da es erstmals gezwungen war, öffentliche und revidierte Richtlinien seiner Politik zu veröffentlichen, stellte das Innenministerium fest, daß Frauen nunmehr für ihre „nicht anwesenden" Ehemänner Anträge stellen konnten.

Jedoch beharrte es darauf, daß früheren politischen Gefangenen die Zusammenführung verweigert bleiben würde. Da die Mehrzahl junger Männer aus der Westbank während der Intifada verhaftet worden war, schließt diese Regelung einen Großteil der Bevölkerung von den Erleichterungen aus.

Indem Israel Personen, die in „Sicherheitsakten" gespeichert sind, den Aufenthalt in Jerusalem untersagt, verstößt es nicht nur gegen internationales Recht, sondern auch gegen minimale Fairneß-Standards. Erstens ist es den Israelis durch die Vierte Genfer Konvention verboten, in das Alltagsleben von Zivilisten einzugreifen, z.B. ihre familiären Umstände. Zweitens sollte eine „Sicherheits-Akte", des/der Angehörigen, der/die eine Bewerbung einreicht, als irrelevant gelten, da sich die Bewerbung auf eine andere Person bezieht. Drittens hatten nur wenige Personen überhaupt die Gelegenheit, sich vor einem gesetzlichen Zivilgericht zu verteidigen, da sie ohne Verhandlung in „Administrativhaft" gesteckt wurden. Und schließlich haben Gefangene ihre Strafe meist abgesessen. Weder sie noch ihre Familien sollten doppelt bestraft werden (...).

Katherine M. Metres,
übersetzt von Xavier Bonnet

Wem Oslo die Stunde schlägt

Israelische Antizionisten kritisieren das Vorgehen von Siedlern und Staat in Hebron

Die Siedlungen in und um Hebron sind „ideologische" Siedlungen, wie sie nach der Regierungsübernahme durch den Likud im Jahr 1977 massenhaft in der Westbank entstanden. Der bis dahin vorherrschende Siedlungstyp der Labour-Ära waren die „Sicherheits"-Siedlungen im Jordan-Tal sowie auf den Golan-Höhen. So war die sozialdemokratische Labour-Regierung auch nicht einverstanden mit den „religiösen Fanatikern", die nicht lange nach 1967 in Hebron Gebäude besetzten und offen zum Kampf gegen die palästinensische Bevölkerung aufriefen. Trotzdem gab sie dem Druck der Siedlerbewegung nach: ‚Gush-Emunim' knüpfte an die historisch-religiösen Erinnerungen an „Eretz Israel" an, die auch in der israelischen „Normalbevölkerung" verankert waren und mit der Besatzung Auftrieb erfuhren. Alle Israelis wußten und wissen, daß in Hebron bis Anfang der 30er Jahre eine jüdische Minderheit wohnte. Der nationalistische palästinensische Aufstand gegen die zionistische Kolonisierung Palästinas führte in Hebron zur Auslöschung der einheimischen jüdischen Gemeinde. Die Redaktion

Wahrscheinlich mehr als andere Orte in den besetzten Gebieten verdeutlicht Hebron das Wesen des Osloer Abkommens. Es formuliert die Besatzung auf einer neuen, komplizierten Ebene und legitimiert die israelische Siedlungspolitik. Achtzehn Monate nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen und ein Jahr nach dem Hebron-Massaker wurde kein einziger israelischer Siedler aus Hebron evakuiert. Die Israelis, die sich aus der Stadt zurückgezogen haben, sind MenschenrechtsAktivistInnen und JournalistInnen. (...)*

Seit Beginn der israelischen Besatzung 1967 war Hebron neben Jerusalem die am meisten begehrte Stadt israelischer Siedler. Der erste Kolonisationsversuch in Hebron startete 1968, als eine Gruppe von Juden - verkleidet als Schweizer Touristen - das städtische Park Hotel betrat und sich (über zwei Jahre) weigerte, es zu verlassen. 1970 ging die Labour-Regierung einen „Kompromiß" mit den BesetzerInnen ein und genehmigte die Errichtung von Kiriyat Arba als ausschließlich jüdischer Gemeinde, einen Kilometer nördlich von Hebron. Heute leben dort etwa 6.000 Personen. 1979 besetzte eine Gruppe jüdischer Frauen im Zentrum von Hebron die Grundschule „Dabboya" und gab ihr den alten Namen „Beit Hadassa" wieder. Obwohl die Aktion vom damaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin kritisiert wurde, unternahm die Regierung keine Schritte, die Frauen zu evakuieren. Ein Jahr später - nach dem Mord an Jehoschua Sloma, einem Studenten der neu eingeweihten Jüdischen Akademie für Religiöse Studien im Zentrum von Hebron - ordnete die Likud- Regierung die Enteignung von „Dabboya" an.

Jüdische Siedlungen in Hebron

Trotz eskalierender Feindseligkeiten, die mit dem Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Hebron verbunden waren, kündigte die Regierung 1980 an, daß sie die jüdische Gemeinde im Herzen von Hebron „wiederbeleben" werde - als „angemessene zionistische Antwort" auf den Mord an sechs Juden, die in „Beit Hadassa" wohnten. Der erste Schritt bestand in der Abschiebung des gewählten Bürgermeisters der Stadt, Fahed Al-Qawasmi. Kurz darauf wurde die Grundschule „Bin-al-Munquez" von Siedlern eingenommen und in „Beit Romano" umbenannt. Sobald diese sahen, daß ihre Aktivitäten das stillschweigende Einverständnis der Regierung genossen, begannen sie, palästinensischen Angriffen mit der Forderung nach mehr regierungsamtlicher Rückendeckung zu begegnen: verstärkte Enteignung von palästinensischem Eigentum und mehr Mittel für jüdische Bauvorhaben.

Die Siedler gingen soweit, daß sie die palästinensische Gemeindeverwaltung in Hebron um die Siedlungsausdehnung angingen. Als das örtliche Planungsbüro und der neue Bürgermeister Mustafa Al-Natsche die Kooperation verweigerten, schritt die Regierung ein: der israelische Militärkommandeur feuerte Al-Natsche und setzte an seiner Stelle den israelischen Siedler-Sympathisanten Samir Schamesch ein (...)

1982 wurde die Siedlung Givat Haharsina in unmittelbarer Nähe zu Kiriyat Arba auf Land errichtet, das der Stadt Hebron gehörte. Givat Haharsinas Ausdehnung hing, da es nur wenige Meter an palästinensische Häuser grenzte, von der gewaltsamen Vertreibung palästinensischer Nachbarn ab. Bis heute greifen Siedler von dort aus regelmäßig die Familien an und beschädigen deren Wohnhäuser. Trotz vieler Anzeigen gegen sie erhob die Polizei bis heute keine einzige Anklage.

1984 zog Schamesch die Stadtgrenzen neu, um mehr Land für Kiriyat Arba zu Verfügung zu stellen. Im Süden Hebrons wurde eine andere Siedlung gebaut - „Beit Hagai" - wiederum nur Meter von palästinensischen Häusern entfernt. Im selben Jahr genehmigte der damalige Verteidigungsminister Mosche Arens „Ramat Yaschai". Es wurde auf einem muslimischen Friedhof in einem dicht besiedelten arabischen Wohnviertel mitten in Hebron errichtet. 1985 schließlich entstand „Abraham Avinu" in der Altstadt. Es soll als Ausgangspunkt für das geplante jüdische Viertel dienen.

Heute ist Hebron umgeben von 27 jüdischen Siedlungen und Wohnort der Hardliner der Siedlerbewegung. Gruppen wie Rabbi Kahanes „Kach"-Bewegung (die vom Obersten Gerichtshof als „Nazi-ähnlich" bezeichnet wurde) und „Gush Emunim" („Block der Getreuen) gründen sich auf eine brisante Mischung aus religiösem Fundamentalismus und militaristischem Nationalismus. Sie propagieren offen Gewaltanwendung gegen PalästinenserInnen in ihrem Glauben, jüdische Souveränität in der Westbank sicherzustellen. Hebron genießt den

zweifelhaften Ruf, mit Ausnahme von Jerusalem die einzige palästinensische Stadt zu sein, in der jüdische Siedler bis zum Kern der palästinensischen Gemeinschaft vorgedrungen sind. Das Ergebnis ist eine Situation permanenter Spannung, in der bewaffnete Siedler unter Rückendeckung von Armee, Regierung und Gesetz Gewalt anwenden und Angst und Schrecken verbreiten, um mehr und mehr Land zu übernehmen.



Im Stadtkern von Hebron: Soldaten und Siedler

Vorgriff auf die Zukunft

Nach der Regierungsübernahme durch Yitzhak Rabin 1992 fürchtete die israelische Siedlerbewegung, daß ein Friedensabkommen mit der PLO ihre Hegemonie in den besetzten Gebieten gefährden könnte. Doch als die Osloer Vereinbarungen im September 1993 bekannt wurden, ließ ihre Beunruhigung nach: die PLO-Führung hatte ein Dokument unterzeichnet, wonach alle Siedlungen vor Ort weiterhin unter Schutz der israelischen Armee stehen würden. Die Auflösung der Siedlungen fand in dem Dokument keine Erwähnung - es verlagerte sogar die Diskussion darüber auf die Verhandlungen über den endgültigen Status, d.h. auf drei Jahre später.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens verhandelt die Regierung mit den Siedlern über die Errichtung von Siedlungs-Blöcken in und um Hebron. Im späten November 1994 traf sich Umweltminister Yossi Sarid mit Siedlern in der Stadt und deutete unmißverständlich an, daß die örtlichen Siedlungen unter israelischer Souveränität bleiben würden. Zur selben Zeit veröffentlichte die Armee einen Plan, der bekräftigte, daß Israel nicht beabsichtige, sich jetzt oder während der Abschlußverhandlungen aus der Westbank zurückzuziehen. Der Plan sah für die Westbank den Bau von über 400 Straßenkilometern bei Kosten in Höhe von 330 Mio. US-$ vor. Das Netzwerk „strategischer Schnellstraßen", Off-Limits für palästinensische Fahrer und gleichzeitig Umgehungsstraßen von palästinensischen Ballungsgebieten, zielte darauf ab, jüdische Siedlungen untereinander und mit Jerusalem zu verbinden. Außerdem soll dadurch die Bewegungsfreiheit der Siedler im Fall einer Truppenverlagerung gewährleistet werden. (...).

Während der ersten drei Monate nach „Oslo" wurden in Hebron 1.380 Hektar Land für die Erweiterung von Kiriyat Arba und anderen Siedlungen beschlagnahmt. Beschleunigter Siedlungsbau in Hebron beweist - wie anderswo in der Westbank - israelische Anstrengungen, „Tatsachen zu schaffen". Sie werden letztendlich die Entstehung eines unabhängigen, palästinensischen Staates ausschließen. Dazu wurde Hebron von Rabin als eines von vier Gebieten für Siedlungserweiterungen auserkoren. Neuere jüdische Bauvorhaben nehmen nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in der umliegenden Gegend Form an (...)

Die Osloer Vereinbarungen und die ständige Landnahme bedeutet für die Siedler eine klare Botschaft: Je mehr „Fakten" sie während der Interims-Periode „schaffen", desto stärker werden diese Fakten die Abschlußverhandlungen zu ihre Gunsten beeinflussen. Die Gunst der Stunde - von „Oslo" - nutzend, starteten sie eine Kampagne, um ihre physische und militärische Präsenz in der Westbank zu konsolidieren. Deshalb waren die ersten Wochen und Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens geprägt von weiträumigen, im voraus geplanten und systematischen Siedlerangriffen, einschließlich Morden, Schlägen, Brandstiftung, versuchten Entführungen, Plünderungen von Häusern und Geschäften, organisierten Straßensperren, Steinwürfen auf Autos und willkürlichen Überfällen auf PalästinenserInnen.

Der Anstieg von Gewalt in der Westbank zielte drauf ab, die PalästinenserInnen soweit zu terrorisieren, daß diese jegliche israelische Politik akzeptierten. Am schlimmsten ging es dabei in Hebron zu. In der Tat war nach „Oslo" der einzig sichtbare Erfolg in der Westbank, daß die PalästinenserInnen ihre Fahne aufziehen durften. In Hebron wurde selbst diese symbolische Geste durch die extreme Siedlergewalt verhindert. Siedler plünderten diejenigen Geschäfte und Viertel, die die Fahne zu zeigen wagten.

Hebron war seit langem ein Mittelpunkt arabischen Handels und arabischer Kultur. Die gesamte Besatzungszeit hindurch blieb es das größte und bedeutendste städtische Zentrum, nicht nur des Bezirks mit seinen 300.000 BewohnerInnen, sondern der gesamten südlichen Westbank. Israelische Politik jedoch zielt seit dem Massaker vom 25. Februar 1994, bei dem 29 Palästinenser in der Ibrahimi- Moschee umkamen, darauf ab, das soziale und wirtschaftliche Leben der Stadt zu zerstören. Seit diesem Datum wurde ein Labyrinth von militärischen Straßensperren errichtet. Dadurch werden der palästinensische Handel, die Bewegungsfreiheit und der Zugang zur Altstadt und zur zentralen Ibrahimi-Moschee erschwert. Die Sperren und die Teilung von Straßen in der ganzen Stadt trennen Hebron von den umliegenden Dörfern und die umliegende Gegend von ihrem Zentrum. Es gibt mittlerweile sogar Zonen „Nur für Juden", die seit dem Massaker ständig ausgedehnt werden.

Nach dem Massaker standen die palästinensischen Hebroniten für zwei Monate unter Ausgangssperre, während die Siedler Bewegungsfreiheit unter Armeeschutz genossen (...). 40% der Geschäfte auf dem Zentralmarkt sind immer noch geschlossen. Massive Armeepräsenz, einschließlich neu gebauter Posten direkt vor Geschäften, sexuelle Belästigung von Palästinenserinnen durch Soldaten, außerdem die ständig präsente Gefahr von Siedlerübergriffen, halten die Leute davon ab, selbst dort eizukaufen, wo es offiziell erlaubt ist. Hebrons Stadtzentrum gleicht oftmals einer Geisterstadt; dann sind die einzigen Passanten Soldaten und Siedler (...). Im Stadtzentrum gibt es zur Zeit 15 Armeeposten und über 1.200 Soldaten. Sie dienen dem Schutz von sechs jüdischen Siedlungen, in denen 400 Menschen wohnen (...).

aus: Hebron Solidarity Committee: Apartheid in Hebron - The True Face of Oslo, Jerusalem, March 1995, übersetzt von Xavier Bonnet

* Das „Hebron Solidarity Committee" wurde 1993 gegründet und besteht aus Israelis und ausländischen UnterstützerInnen mit explizit linkem, antizionistischen Selbstverständnis. Mitglieder nehmen regelmäßig an Demonstrationen gegen Armee und Siedler in Hebron teil. Ein großer Teil der Aktivitäten besteht in puzblizistischer Aufklärungsarbeit.

Pfeifen im Dunkeln

Die lateinamerikanische Linke auf der Suche nach der Zukunft

Auch in Lateinamerika war 1994 ein Superwahljahr. Auf ihrem fünften Gipfeltreffen, dem „Foro de São Paulo", das im Mai in Montevideo/Uruguay stattfand, zogen die lateinamerikanischen Linksparteien Bilanz. Im Zentrum der Debatten stand das Bedürfnis, ein Gegengewicht zum Neoliberalismus zu schaffen und dem Hegemoniestreben der USA entgegenzutreten. Es war ein erster Versuch, die regionale und internationale Politik der lateinamerikanischen Linken zu koordinieren.

Einhundertzwanzig Delegierte aus 28 Ländern Lateinamerikas und der Karibik waren nach Montevideo gereist, um die Zukunftsperspektiven der Linken zu debattieren. 44 Organisationen aus den anderen Kontinenten hatten Beobachterstatus (ohne Rede- und Stimmrecht), darunter so unterschiedliche Parteien wie Herri Batasuna aus dem Baskenland, die staatstragende PRI (Partido de la Revolución Institucional) aus Mexiko, die Sozialistische Internationale, die Gruppe Libertad, die sich weltweit für die Freilassung von politischen Gefangenen einsetzt und die Sozialistische Arbeiterpartei aus den USA.

Gereizt reagierte die Rechte in Uruguay. An den Häuserwänden tauchte „Terroristen raus" auf und erzkonservative Politiker sahen im „Foro de São Paulo" ein Gipfeltreffen der Subversiven Lateinamerikas. Sie bezogen sich dabei in erster Linie auf die Teilnahme der bewaffnet kämpfenden Befreiungsbewegung URNG in Guatemala und von Guerillaorganisationen aus Kolumbien. Die außenpolitische Kommission des uruguayischen Parlaments verweigerte eine gemeinsame Sitzung mit den angereisten Parlamentariern der Mitgliedsorganisationen des „Foro". Für den uruguayischen Gastgeber, die Frente Amplio, ein eher peinliches und unwürdiges Spektakel.

Das Durchschnittsalter der Delegierten des diesjährigen Treffens mag knapp unter 50 Jahren gelegen haben und das Verhältnis Männer zu Frauen im Plenarsaal war in etwa 15 zu eins, leicht angehoben durch den Frauenanteil bei den internationalen Beobachtern und bei der Presse. Enttäuscht waren die Delegierten über die Absage von PT-Chef „Lula" aus Brasilien und von Daniel Ortega (FSLN) aus Nicaragua. Beide hatten ihre Reise aus innenpolitischen Gründen gestrichen.

Die Crème de la Crème der linken Parteien Lateinamerikas und der Karibik hatte sich viel vorgenommen für die dreitägige Tagung: Eine Analyse der aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation, eigene Vorschläge zu einer regionalen Integration und Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell.

Es besteht Diskussionsbedarf, auch in Lateinamerika. Seit dem letzten Treffen des

Die Geschichte des „Forums von São Paulo"

Seit Juni 1990 findet jährlich das „Forum von São Paulo" statt, das wichtigste Treffen der lateinamerikanischen Linken. Die Situation nach dem Wegfall der Sowjetunion und der anderen realsozialistischen Staaten als strategischer Bündnispartner und dem scheinbar globalen Sieg der imperialistischen Länder machte es für die lateinamerikanische Linke notwendig, neue Wege der Zusammenarbeit und der Diskussion zu finden. Insbesondere der Kampf gegen die neoliberalen Wirtschaftsprogramme sollte auch in Zukunft ein einigender Faktor bleiben.

1990 nahmen am ersten Treffen in São Paulo 48 Organisationen aus Lateinamerika und der Karibik teil. In der Abschlußresolution wurden die US-Aggressionen gegen das sozialistische Kuba, gegen die sandinistische Revolution, gegen El Salvador und Panama verurteilt. Weiterhin bekräftigten die Delegierten „den gemeinsamen Willen, das Gedankengut der Linken und des Sozialismus zu erneuern, seinen emanzipatorischen Charakter zu bestätigen, falsche Konzepte zu korrigieren, alle Formen des Bürokratismus und alles Fehlen einer sozialen Demokratie und einer Demokratie der Massen zu überwinden".

Das zweite Treffen fand im Juni 1991 in Mexico-Stadt statt, eingeleitet vom Gastgeber, der Partei der demokratischen Revolution (PRD). An diesem Treffen nahmen 68 Organisationen teil und erstmals wurde kurz das gemeinsame Selbstverständnis der anwesenden Gruppen umrissen. Einige sahen sich als demokratische, nationalistische und volksorientierte Organisationen, andere gingen weiter und begriffen sich als klar sozialistische, antiimperialistische Organisationen. Allen gemeinsam war der Wille, für eine Gesellschaft einzutreten, in der die Bedürfnisse der breiten Massen, sowie soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die nationale Befreiung verwirklicht sind.

Das folgende Treffen in Nicaragua 1992 war erstmalig durch kontroverse Debatten über die Form der Beschlußfassung gekennzeichnet. Gelöst wurden diese Fragen mit Hilfe einer Arbeitsgruppe, die letztendlich beschloß, daß Resolutionen nur nach dem Konsensprinzip verabschiedet werden können, ebenso wie die Neuaufnahme von bisher nicht teilnehmenden Organisationen. Ausländische Gruppen sollten in Form von BeobachterInnen teilnehmen dürfen, allerdings ohne Rede- und Stimmrecht.

Im Sommer 1993 nahmen in Havanna bereits 112 Mitgliedsorganisationen und 44 beobachtende Gruppen aus Nordamerika, Europa, Asien und Afrika teil. Schwerpunktthemen waren „die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik", „das Verhältnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen" und „Fragen der politischen Erziehung und Kommunikation". Mit Rücksicht auf das „Superwahljahr" 1994 wurde das nächste Treffen erst 1995 in Uruguay vereinbart.

MAS/COMCOSUR

„Foro", 1993 in Havanna, haben auf dem lateinamerikanischen Kontinent und in der Karibik immerhin 14 Wahlen stattgefunden. Man hatte sich große Hoffnungen gemacht auf ein Anwachsen der Linken.

Die Bilanz der Wahlen fiel durchaus nicht so positiv aus wie noch vor zwei Jahren erhofft. Damals stellte man sich noch vor, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse auf dem Kontinent verschieben würden, falls der Gewerkschaftler José Ignacio „Lula" Da Silva Präsident des Giganten Brasilien werden würde, im kleinen Nachbarland Uruguay die Frente Amplio regierte und in Mexiko die allmächtige PRI nach über 60 Jahren Alleinherrschaft die Amtsgeschäfte an Cuauhtémoc Cardenas von der PRD (Partei der demokratischen Revolution) abgeben müßte.



El Salvador 1990 (Foto: A.Wilms-Schröder): Vom Guerrillakampf ...

Es ist anders gekommen, in vielen Ländern hat die Linke zwar dazugewonnen (z.B. Brasilien, Uruguay und Venezuela), aber das hoch gesteckte Ziel „Machtübernahme" durch Wahlen wurde doch nicht erreicht. Schlimmer noch, in Peru wurde Fujimori mit seinem klassisch neoliberalen Wirtschaftsprogramm bis zur Jahrtausendwende wiedergewählt. Die klassisch linken Parteien sind dort mit weniger als 5% der Wählerstimmen praktisch von der politischen Landkarte verschwunden. Argentiniens Präsident Menem hat Mitte Mai einen klaren Wahlsieg im ersten Durchgang geschafft und das alles mit einem klassisch neoliberalen Wirtschaftsprogramm (Privatisierung der Staatsbetriebe, Anreize für ausländische Investoren, Kürzung der Sozialleistungen, „Flexibilisierung" der Arbeitsverträge und der Wochenarbeitszeit etc.). Freilich hat der Präsident den WählerInnen auch über 50.000 neue Arbeitsplätze versprochen und sie scheinen es ihm geglaubt zu haben.

Menem hat nach ersten Wahlanalysen paradoxerweise vor allem von den ärmeren Schichten der Bevölkerung Stimmen bekommen. Genau von denjenigen, die am schlimsten von der neoliberalen Politik betroffen sind. Die Wähler des sozialdemokratisch-liberalen Bündnisses FREPASO kommen eher aus der Mittelschicht. FREPASO konnte mit ca. 30 % der Stimmen zwar das klassische Zweiparteiensystem (Peronisten und Radikale) in Argentinien knacken, vom erklärten Wahlkampfziel, wenigstens einen zweiten Wahlgang zu erzwingen, blieben sie aber weit entfernt.

„Unsere Analyse war richtig, aber oft war unsere Alternative für viele Menschen nicht genug sichtbar, darum konnten die rechten Parteien und Regierungen mit platten Formeln Stimmen sammeln. Trotzdem, die linken Kräfte haben dazugewonnen auf dem lateinamerikanischen Kontinent", betonte der Sekretär für internationale Beziehungen der PT Brasiliens, Marco Aurelio Garcia, in seiner Grundsatzrede. „Die am ‚Foro' teilnehmenden Parteien stellen heute mehr als 300 Abgeordnete, mehr als 60 Senatoren, einige Gouverneure, Hunderte von Bürgermeistern und Tausende von Abgeordneten in den kommunalen Parlamenten. Im ganzen ein Viertel der Gewählten", heißt es aufmunternd in der Erklärung der Tagung in Montevideo.

Schulden neu verhandeln?

Beim Einstieg in die politische Bestandsaufnahme war man sich einig in der Beurteilung der anhaltenden Offensive der neoliberalen Politik, die auf dem gesamten Kontinent eine enorme Krise ausgelöst hat und breite Bevölkerungsteile marginalisiert und in die Armut treibt, bzw. sie dort beläßt wo sie bereits sind: in den Slums ohne Hoffnung auf ein besseres, würdigeres Leben. Der Vertreter der mexikanischen PRD verlangte eine Bestandsaufnahme über die sozialen und politischen Konsequenzen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und forderte eine gezielte staatliche Förderung der nationalen Industrien und konkrete Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik. Dies erfordert auch die Reform der internationalen Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank sowie die Demokratisierung der Welthandelsorganisation (ehemals GATT), damit die Länder aus dem Süden mehr Chancen für den Absatz ihrer Produkte haben.

„Die Schulden sind unbezahlbar und müssen neu verhandelt werden", betonte der PRD-Vertreter. Sicherlich ist dies ein tragfähiger Kompromiß für die 112 teilnehmenden Organisationen in Bezug auf die Schuldenfrage, der so auch seinen Niederschlag in der Abschlußresolution fand. Alle müssen zustimmen, denn auf dem „Foro" gilt das Konsensprinzip. Die alte Forderung der Linken, ersatzlose Streichung der Schulden, ist auf dem „Foro" von 1995 also nicht mehr konsensfähig.

Etwas radikalere Töne waren von den Delegierten der FMLN aus El Salvador zu hören. Sie berichteten, daß die Demokratie in ihrem Land auf tönernen Füßen steht, denn noch immer operieren dort die paramilitärischen Todesschwadronen. Shafik Handal von der FMLN bewertete den Friedensprozeß in El Salvador positiv. Er warf aber auch die Frage auf, wie es mit der vielbeschworenen Demokratie bestellt sei, wenn nach einem Wahlsieg der Linken wirtschaftliche Reformen unmöglich gemacht werden, weil die internationalen Finanzorganisationen die Kredite sperren. Handal betonte die unbedingte Gleichberechtigung der verschiedenen Formen des politischen Kampfs; mit dem Wahlzettel, oder, unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen, auch bewaffnet.

Damit sandte er ein solidarisches Signal an die Zapatistas (EZLN) in Chiapas und vor allem an die guatemaltekische Befreiungsbewegung URNG. Sie steht nach über 32 Jahren Bürgerkrieg in schwierigen Verhandlungen mit der Regierung, um den Konflikt friedlich beizulegen. Handals Position wurde nicht unbedingt in allen Punkten von den Mitgliedsorganisationen des „Foro" geteilt. Immerhin wurde in einer Resolution auf die friedliche Beilegung des Konfliktes in Chiapas gedrängt. Die mexikanische Regierung wurde aufgefordert, für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.

Die lateinamerikanische Linke ist um einen Konsens bemüht und gleichzeitig auf der Suche nach einer neuen Standortbestimmung und nach Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik. Ein durchaus mühsamer Prozeß, wie mensch auch aus den Debatten auf anderen Kontinenten weiß. Ein Prozeß, der auch neue Organisationsformen, neue Themen und die direkte Partizipation sozialer Bewegungen einschließen muß. Zu gerne hätten es die rechten Kritiker gesehen, wenn sich die Mitgliedsorganisationen des „Foro" z.B. über die Frage der Teilnahme von Guerillaorganisationen zerstritten hätten. Das war nicht Thema der Debatten. Genausowenig die eher rhetori-

sche Frage, ob die ehemalige Guerilla El Salvadors (FMLN) nach vielen Jahren des bewaffneten Kampfes um nationale Befreiung jetzt nur noch an Machtübernahme durch Wahlen glaubt.

Ein wichtiges Thema des „Foro" war natürlich die Situation auf Kuba. Obwohl der Beitrag des kubanischen Delegationsleiters weit hinter den Erwartungen zurückblieb und sich in Allgemeinplätzen alter KP-Rhetorik verlor, solidarisierte sich das „Foro" selbstverständlich mit der kubanischen Revolution. Einhellig wurde das US-Wirtschaftsembargo gegen den Karibikstaat verurteilt.

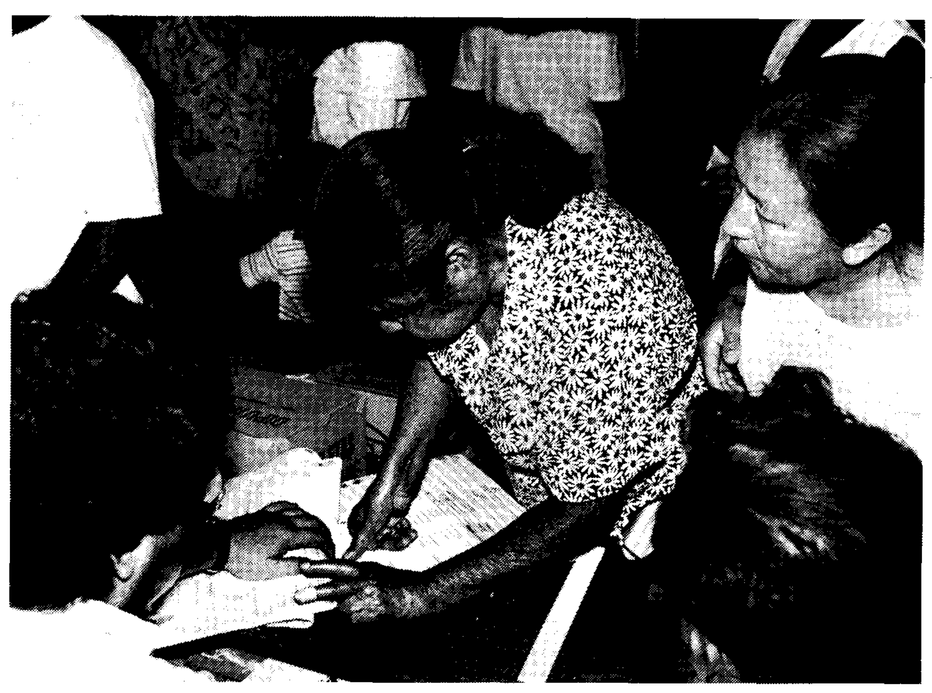
Die Verschärfung der Blockade wurde von den Delegierten als „ein Angriff auf internationales Recht" bewertet. Am 26. Juli - dem 42. Jahrestag der versuchten Erstürmung der Moncada-Kaserne durch ein Guerillakommando unter Führung von Fidel Castro – sollen in ganz Lateinamerika und in der Karibik Solidaritätsaktionen für Kuba stattfinden.

Kräftig Zoff gab es bei der Tagung über die Teilnahme von „Bolivia Libre". Diese Mitgliedsorganisation des „Foro" ist an der Regierung unter Präsident Sánchez de Lozada in Bolivien beteiligt und damit auch mitverantwortlich für den Ausnahmezustand und die Repression gegen GewerkschafterInnen und Kleinbauern. Ebenso strittig war die Beobachterrolle der mexikanischen „Staatspartei" PRI.

Gegen beide wurde ein Ausschlußantrag gestellt, der aber nicht den notwendigen Konsens fand. Die Mehrheit der Delegierten akzeptierte mehr oder minder zähneknirschend diese (Nicht-)Entscheidung, um das Gipfeltreffen der lateinamerikanischen linken Parteien als Diskussionsforum zu erhalten.

Große Beschlüsse waren nicht zu erwarten. In der allgemein gehaltenen Abschlußerklärung hat sich allerdings der eher linke Flügel der Mitgliedsorganisationen durchgesetzt. Es wird dort noch einmal betont, daß gemeinsam für die Überwindung des neoliberalen Systems auf kontinentaler Ebene gekämpft werden soll. Die Vormachtstellung der USA, ihre Rolle als Weltpolizist und die Nutzung von internationalen Gremien, wie z.B. des Weltsicherheitsrats, zur Durchsetzung ihrer Interessen wird scharf verurteilt. Im wirtschaftspolitischen Teil der Erklärung werden folgende Punkte herausgestellt:

- Gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Chancen für lateinamerikanische Produkte auf den internationalen Märkten.
- Reform und Demokratisierung der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen.
- Neuverhandlung der Schulden und Bekämpfung des Kapitaltransfers vom Süden in den Norden.
- Entwicklung einer gemeinsamen Initiative, um die Nachteile des internationalen Handelsabkommens (WTO) für die Länder Lateinamerikas zu brechen.
- Veränderung der heutigen Mechanismen der regionalen Integration zugunsten der Bevölkerung.



El Salvador 1994 (Foto: U.Rzadkowski): ... an die Wahlurnen

Hier sind hauptsächlich die Vorstellungen der PT aus Brasilien eingeflossen. Die Kritik der bestehenden regionalen Wirtschaftsabkommen (NAFTA, MERCOSUR etc.) stärkt den linken Flügel im breiten Parteienspektrum. Weder die Sozialistische Partei Chiles noch z.B. die Mehrheitsfraktion innerhalb des uruguayischen Linksbündnisses Frente Amplio haben bislang so deutliche Kritik an den regionalen Wirtschafts- und Handelsabkommen geübt. Ob diese allgemeine „Erklärung von Montevideo" praktische Auswirkungen hat, muß sich erst noch zeigen. „Für die parteiinternen Debatten stärkt sie den linken Flügel", so sieht das zumindest ein Vertreter der MLN-Tupamaros für die Diskussionen innerhalb der Frente Amplio in Uruguay. „Nichts gegen regionale Integration", betonen die Linken innerhalb der Frente Amplio, „aber der MERCOSUR ist bislang nichts anderes als ein Vertrag über eine große Freihandelszone ohne Sozialcharta und Ideen zu einer gemeinsamen regionalen Wirtschaftspolitik." An die Adresse der sogenannten entwickelten Länder richtete das „Foro" auch kritische Worte und forderte „ gemeinsame Verhandlungen und internationale Abkommen, um die systematischen Verletzungen der Menschenrechte von Migranten in den entwickelten Ländern zu stoppen". Deutliche Worte zu einem Problem, das auch von der lateinamerikanischen Linken zunehmend ernst genommen wird.

Spannend für die Delegierten waren mit Sicherheit vor allem die bilateralen Gespräche der unterschiedlichen Parteien im Gang oder in einer kleinen Runde, fernab vom Plenarsaal. Konkrete Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell lassen sich nicht am grünen Tisch entwickeln und sie müssen den jeweiligen Gegebenheiten der Länder Rechnung tragen.

Jetzt steht die konkrete Arbeit in regionalen Arbeitsgruppen auf der Tagesordnung. Die Einrichtung eines permanenten Sekretariats des „Foro", wie in Montevideo beschlossen, kann hierfür hilfreich sein. Bislang gibt es keine Stelle und kein Gremium, wo die regionale oder gar internationale Politik der linken Parteien Lateinamerikas und der Karibik diskutiert oder koordiniert wird.

Regionale Treffen zu konkreten Themenbereichen wurden vielfach gewünscht. Es ist einsichtig, daß z.B. gemeinsame Diskussionen und der Erfahrungsaustausch von linken Stadtregierungen und Kommunalpolitikern aus Pirto Alegre (Brasilien), Montevideo und Buenos Aires sehr viel mehr konkrete Ergebnisse bringen, als Treffen linker Parteichefs auf höchster Ebene. Nur die Arbeit an konkreten Themen und Arbeitsfeldern im regionalen Maßstab kann die recht allgemeinen Debatten des „Foro" von der Megaebene auf den Boden konkreter linker Politik zurückholen.

In der permanenten Arbeitsgruppe des „Foro" werden die Vertreter Mexikos (PRD), Nicaraguas (FSLN), Guatemalas (URNG), Guadelopes (KP), Brasiliens (PT), Uruguays (Frente Amplio), El Salvadors (FMLN) sowie Delegierte aus Kolumbien, Haiti und voraussichtlich aus der Dominikanischen Republik die weitere Arbeit planen und ein fünfköpfiges Sekretariat wählen. Die konkrete Arbeit soll dann in regionalen Treffen weitergeführt werden. Zum 6. „Foro de São Paulo" hat man sich für Juni 1996 in El Salvador verabredet.

comcosur/Jürgen Moritz/Martin Stolle

Vorwort

Warum wieder einmal ein Länderschwerpunkt in den 'blättern'?! Zum einen stehen die Entwicklungen in der Türkei, insbesondere der Krieg in Kurdistan, beständig auf der Tagesordnung politischer Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa.

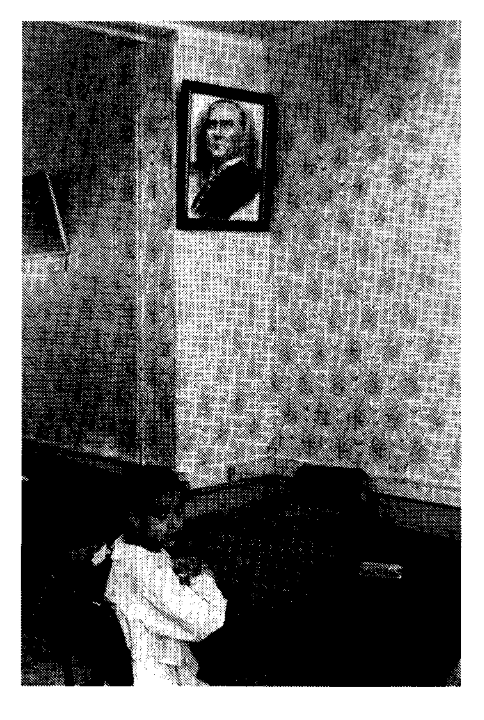
Zum andern sorgte die geographische Lage des Landes an der Nahtstelle zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien zeit seines Bestehens dafür, daß das Land ein Mittelpunkt des Weltgeschehens war. Das gilt auch für die Türkei des 20. und 21. Jahrhunderts. Seit dem Zerfall der Sowjetunion erwarten viele, daß die Türkei wieder in den Rang einer Regionalmacht aufsteigt. Zuvor als Bollwerk und Speerspitze des Westens und der NATO gegen die UdSSR hofiert, gilt nun das Bild von der Türkei als Brücke (oder Einfallstor) in den neuen Osten. Sie verkörpert die Verbindung westlicher Zivilisation mit den noch zu erschließenden Standorten und Märkten Asiens.

Anlaß für Erwartungen solcher Art gibt es genug. Die Voraussetzungen erscheinen den Polit- und Ökonomiestrategen gegeben: Könnte doch die türkische Gesellschaft Laizismus und Islam verbinden und damit Modell für die ganze Region sein. Soll doch die forcierte Modernisierung den Grundstein zur internationalen Wirtschaftsmacht legen und kann vielleicht die Ideologie völkischer Zusammengehörigkeit der Turkvölker Zentralasiens die Türkei zur Regionalmacht Nr.1 küren. Zudem wird das Land möglicherweise durch die geplanten Erdgas- und Ölpipelines aus Zentralasien zu einer Schlüsselstelle der Weltenergieversorgung und kann ihre Verfügung über die Quellen von Euphrat und Tigris über Krieg und Frieden im Nahen Osten mitentscheiden.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen prophezeiten vor nicht allzu langer Zeit nationalistische Politiker der Türkei eine goldene Zukunft. Tatsächlich beginnt heute jedoch jeder zweite Bericht zu Politik und Gesellschaft in der Türkei mit dem Satz: Die Türkei steckt in einer tiefen Krise.

Dabei sind es nicht nur der Krieg in Kurdistan (den wir in diesem Heft ausnahmsweise nur am Rande streifen), die ständigen Menschenrechtsverletzungen und die bekannten sozialen Folgen der ökonomischen Liberalisierung, die alleine diese Krise prägen. Auch der Absturz der Träume von einer türkischen Hegemonie in Zentralasien angesichts der internationalen Konkurrenz in der Region ist nicht der entscheidende Punkt. Vielmehr noch steht die „nationale Identität" der Türkei selbst vor dem Zerfall.

Konstrukteur dieser „nationalen Identität" und Begründer der modernen Türkei war Mustafa Kemal (genannt Atatürk). Er gab mit dem 'Kemalismus' nicht nur der Staatsideologie des Landes seinen Namen. Der Kemalismus bestimmte tatsächlich von den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg bis vor kurzem das Gesicht des Staates. Der Zentralismus eines starken säkularen Staates gepaart mit einem extremen Nationalismus sind die Kernstücke des Kemalismus, der Entwicklung durch Modernisierung versprach. Religion und Traditionen galten als reaktionäre Relikte (der Schleier etwa wurde schlicht abgeschafft) und als Hemmschuh der Entwicklung. Negiert wurden ebenso andere Zugehörigkeiten als die zur türkischen Nation. Mit Atatürk hielt die Aufklärung autoritär Einzug in die Türkei. Der ungebrochene Glaube an die Modernisierung verband bis vor einigen Jahren Rechte und Linke in einer Republik, die letztlich ein repressiver Militärstaat blieb, der die Widersprüche der Modernisierung unterdrückt.



Heute wird immer offensichtlicher, daß Kemalismus und Militär die Menschen nur noch mit Gewalt zusammenhalten. Die liberale Reform des Kapitalismus löst auch hier nicht seine Widersprüche, sondern verschärft sie noch. Die soziale Polarisierung schreitet fort. Der Krieg in Kurdistan verhindert angesichts seiner Kosten immer weniger den Zerfallsprozeß der „türkischen Nation". Die nicht einlösbaren Versprechungen der Moderne und ihre autoritäre Durchsetzung stürzen die Moderne in der Türkei in ihre Krise - dort, wo sie wie kaum an einem anderen Ort erklärtermaßen zum Staatsprogramm erhoben worden war. Weil diese Krise also kein Fehler im Programm, sondern das Programm der Fehler ist, läßt sie sich nicht durch Reform beheben, sondern stellt die Frage nach der Zukunft.

Eine goldene Zukunft zu versprechen ist immer mehr Sache derjenigen, die sich neue Identitäten konstruieren. Wie Phoenix aus der Asche erwachsen neu alte Zugehörigkeiten und treten neben einen sich verschärfenden türkischen Nationalismus, den die alten Eliten in die Welt posaunen. Im Islamismus, dem kurdischen Separatismus, in der Neubesinnung darauf, Alevit oder Tscherkesse zu sein oder einer der anderen unübersehbar vielen traditionellen „Identitäten" in der Türkei anzugehören, wirken Kräfte, die die Modernisierung mit Macht vergessen machen wollte. Sie alle eint allein, daß sie nun diese Macht, den Kemalismus (nicht aber die Moderne), überwinden wollen.

Die Türkei steht an einem Scheideweg: Unwahrscheinlich ist es auf der einen Seite, daß eine Gesellschaft sich eint, die bitterste Armut und protziger Reichtum trennt. Unklar ist es, wie die Gesellschaft, deren Krise sich ausdrückt im Zerfall in Ethnizitäten und Ideologien, diese gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt zusammenführen soll, wie es das Ideal der zivilen Gesellschaft vorsieht. Kaum möglich erscheint diese Zusammenführung vor allem deshalb, weil sich die Gruppen in ihrer Absonderung erst ihre Existenz bestätigen. Das Feld besetzen so die Brandstifter - und der größte Brandstifter ist der Staat. Wahrscheinlicher ist es daher auf der anderen Seite, daß der Staatsnationalismus die auseinanderstrebenden Kräfte noch einmal unter seinen Hut und seine Knute zwingen möchte.

In unserem Themenblock beschreiben und analysieren wir Entwicklungen in der Türkei, die auch andernorts das Weltgeschehen in der Zeit nach dem Glauben an die großen Ideologien prägen: Globalisierung und gleichzeitig anwachsender Nationalismus greifen ineinander. Ebenso in einem Wechselverhältnis steht das Wachsen des Nationalismus mit dem Erstarken anderer und gegenläufiger Ideologien der Zusammengehörigkeit. Erleben wir ein letztes Aufbäumen des Nationalismus, der um die Existenz der Nation gegen Globalisierung einerseits und bunt schillernde Identisierung andererseits ringt? *Die Redaktion*

Alte Herren, neue Ideologen



Die Krise von Staat und Gesellschaft in der Türkei

Der Krieg in Kurdistan, die Alltäglichkeit politischer Morde und Folter sowie die Wirtschaftskrise prägen derzeit das Bild der Türkei. Auch die blutigen Auseinandersetzungen mit den Aleviten im Frühjahr und das Wachsen der islamischen Bewegung sind Ausdruck tiefer gesellschaftlicher Widersprüche. Dabei spielt die Türkei eine wichtige Rolle in der Weltpolitik. Was ist los mit dem Land zwischen Europa und Asien? Jan Keetmann ist den Konfliktursachen nachgegangen.

Die Türkei steckt gegenwärtig in einer doppelten Krise. Die eine der beiden Krisen besteht im Zerfall der Staatsphilosophie Mustafa Kemals (1881-1938), genannt Atatürk[1], der die Republik in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts aufgebaut hat. Atatürks Republik war der Versuch, die beständige Erosion des osmanischen Staates aufzuhalten. Dazu wurde ein moderner Kommando- und Verordnungsstaat geschaffen, der auch bei der Entwicklung der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielte, ohne allerdings den Privatkapitalismus ganz zu ersetzen.

Als ein weiterer Bestandteil der Modernisierung wurde der Laizismus festgeschrieben: Die Religion als Herrschaftslegitimation wurde durch den Nationalismus ersetzt. Der Laizismus bildet ein Grundprinzip von Atatürks Staatsphilosophie, des sogenannten „Kemalismus", das aber nie wirklich eingelöst wurde. Obwohl sich Atatürk vordergründig von der Religion abwandte, definierte sich nämlich die Türkei weiterhin als islamisches Land. Dies trug wesentlich zur Bildung eines türkischen Nationalgefühls bei.

„Erleichtert" worden war dieser Prozeß durch die Ermordung von annähernd einer Million Armeniern während des 1. Weltkrieges durch Atatürks Vorgänger, die Jungtürken. Als dann nahezu drei Millionen Griechen als Reaktion auf den griechischen Überfall 1920 vertrieben wurden, lebten fast nur noch Muslime in der Türkei. Vor diesem Hintergrund mußten in den nationalen Verschmelzungsprozeß, der zunächst vor allem mit Hilfe des Schulunterrichts vollzogen wurde, nur noch islamische Minderheiten einbezogen werden.

Mit Atatürk den Kopf gewaschen

Andererseits entfaltete der offiziell propagierte Laizismus schon beinahe eine eigene Form von Religiosität - in der Art der Verehrung Atatürks, der Nation und des türkischen Staates. Die Präsenz von Bildern Atatürks, seiner Aussprüche und der türkischen Fahne, die nationalen Gedenktage und Riten in den Schulen gehen weit über Repräsentationsrituale anderer Staaten hinaus. Aussprüche Atatürks wie „Türke, sei aufrecht, arbeite, vertraue!" sind im öffentlichen Leben der Türkei überall präsent.

Insbesondere in den östlichen, vor allem von Kurden bewohnten Provinzen springt der wichtigste Merkspruch „Wie glücklich, wer sagen kann: Ich bin Türke!" mit riesigen Buchstaben ganzer Berghänge ins Auge. Ölgemälde, Büsten und Standbilder Atatürks sind in der ganzen Türkei omnipräsent. Weder auf öffentlichen Plätzen noch im Teehaus, im Büro, vor der Schule, im Gerichtssaal oder beim Friseur kann man sich den gestrengen Blicken des Republikgründers entziehen. Die Republik wird in der Verfassung als „heilig" bezeichnet. Wer im Dienst für sie stirbt, gilt wie diejenigen, die sich für ihren Glauben geopfert haben, als „Märtyrer". Der Nationalismus hat etwas von Götzendienst.[2]

Dieser kemalistische Staat ist heute in eine tiefe Krise geraten. Immer mehr Menschen verabschieden sich von der kemalistischen nationalen Identität, insbesondere als KurdInnen oder IslamistInnen. Parallel dazu wächst aber auch der türkische Nationalismus. Die Auseinandersetzung um Religion und Laizismus trägt heute Züge eines Glaubenskrieges zwischen religiöser und natio-

nalistisch-kemalistischer Orientierung. Zudem weicht das kemalistische Prinzip des starken Staates im Bereich der Wirtschaft seit langem neoliberalen Konzepten.

Die zweite der eingangs angesprochenen Krisen ist die Krise, die die neoliberale Reform der Republik Atatürks ausgelöst hat. Ihr Beginn fällt mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 zusammen. Wie vor dem Putsch die sozialdemokratische Regierung, konnte zunächst auch die im Januar angetretene konservative Regierung die neoliberale Wende nicht durchsetzen. Das gelang dem Wirtschaftsminister und späteren Staatspräsidenten, Turgut Özal, erst, nachdem die Militärjunta unter General Evren alle Massenorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften zerschlagen hatte. Durch den Putsch wurde das vom IWF geforderte Wirtschaftsprogramm mit dem Mittel brutaler Repression durchgesetzt.

Der Putsch war aber zugleich Ergebnis einer langfristigen ideologischen Umorientierung in der türkischen Gesellschaft. Die konservativen, religiösen und nationalen Kräfte, die bis 1980 das neoliberale Sparprogramm mit demokratischen Methoden nicht durchzusetzen vermocht hatten, konnten sich nach der Putschzeit konsolidieren. Auf der anderen Seite geriet die kemalistische Linke, die für linken Populismus und die Abkehr von traditionellen Werten steht, immer mehr ins Abseits.

Neben der Pflege des Nationalismus wurde zur weiteren ideologischen Umorientierung verstärkt auf die Religion gesetzt. Religion wurde erstmals seit Gründung der Republik Pflichtfach an den staatlichen Schulen. Sieht man zusammenfassend im Putsch von 1980 einen Ausdruck des langfristigen Versuches, die Internationalisierung der Wirtschaft durchzusetzen und die nationale Identität durch die Aufwertung der Religion ideologisch abzusichern, so bedeutete beides die starke Relativierung der kemalistischen Prinzipien von starkem Staat und Laizismus.

Systematische Fehler

Die neue Politik, repräsentiert durch Turgut Özal, hatte jedoch zwei Geburtsfehler: die Rolle des Militärs und der Religion. Die dauerhafte und legitimierte Einbindung des Militärs in die Politik gelang den Generälen durch die Institution des „Nationalen Sicherheitsrates" in der 1982 neu ausgearbeiteten Verfassung. Als „Nationaler Sicherheitsrat" bezeichnete sich die Militärjunta offiziell. Ihm gehören die Spitzen des Militär- und Polizeiapparates und die obersten Vertreter der Exekutive an. Bis heute folgt die türkische Politik den „Empfehlungen" dieses Gremiums - eines Putsches bedurfte es nicht mehr. Der für die weitere Reformierung des kemalistischen Staatswesens notwendige politische Handlungsspielraum wird durch die starke Stellung des Militärs eingeengt. Die türkische Politik treibt hilflos im Schlepptau der Militärs.

Dabei sind die Militärs bei der praktischen Durchführung ihrer militärischen „Lösungen" nicht einmal erfolgreich. Der Einmarsch in den Nordirak (Südkurdistan), der als entscheidender Schlag gegen die PKK verkauft wurde, wird heute selbst vom Amt der Ministerpräsidentin nur noch als „Demonstration der Entschlossenheit" bezeichnet.

Darüberhinaus wirken sich die langfristigen Kosten des Krieges immer verheerender für die Ökonomie und das soziale System der Türkei aus. Durch Dorfzerstörungen und Weideverbote versuchte der türkische Staat der kurdischen Guerilla die Deckung in der Bevölkerung zu entziehen. Der Rückgang des Viehbestandes um 10 Millionen Tiere, die Zerstörung unbewirtschafteter Hochweiden durch Erosion und die Hochwassergefahr in den Tälern sind u.a. Folgen des Krieges. Die bisher schätzungsweise 2 Mill. Flüchtlinge und Vertriebene überläßt man sich selbst - kaum verwunderlich ist es da, daß der PKK die Freiwilligen nicht ausgehen.

Trotz der für die Zukunft der gesamten Türkei immer bedenklicher werdenden Folgen des Krieges im eigenen Land ist das politische System bisher unfähig, auf die Bedrohung anders als mit Verboten und militärischer und polizeilicher Gewalt zu reagieren. Selbst kleine Kompromiße gefährden das nationale Selbstverständnis. Tatsächlich würde ein Nachgeben ja auch die Sonderrolle des Militärs im türkischen Staat in Frage stellen. Diese Sonderrolle definiert das Militär als Wahrer und Vollstrecker des Kemalismus. Das reicht bis hin zu dem Recht, putschen zu dürfen.

Erneuerung der Linken?

Die TKP (Kommunistische Partei der Türkei) war eine der ersten kommunistischen Parteien der Welt. Unter der Einparteienherrschaft, die bis 1950 bestand, war sie gezwungen, im Untergrund zu agieren. Ihre Unterdrückung wurde im Mehrparteiensystem fortgesetzt. In den 60er Jahren entstand mit der TIP (Arbeiterpartei der Türkei) eine linke Massenpartei, die bis ins Parlament reichte. Nach dem Putsch 1971 wurden dann alle wichtigen Führer der Bewegung der revolutionären Linken in der Türkei ermordet.

In den 70er Jahren wurden diese Gruppen reorganisiert, es kam zu Spaltungen und Neugründungen von Organisationen. In der bürgerkriegsähnlichen Situation nach 1975 erlebte die Linke einen gewaltigen Aufschwung, konnte jedoch keine politische Einheit herstellen. Der Militärputsch vom 12. September 1980 setzte dieser Phase ein Ende.

Unter der Militärdiktatur wurden in der Türkei insgesamt 600.000 Menschen für mehrere Jahre festgenommen. So entstand eine im Wortsinne kontrollierte Gesellschaft. Die Wiedererlangung der verlorenen Rechte und die Freilassung der Gefangenen war Mittelpunkt des Kampfes der folgenden Jahre. Die Menschenrechtsbewegung und nach 1984 auch die kurdische Bewegung erstarkten.

Die wichtigste Volksbewegung vor 1980 war Dev-Yol (Devrimci Yol) gewesen. Der Führer der Junta vom 12. September, Kenan Evren, hatte 1980 gesagt, „wenn wir nicht gekommen wären, wäre Devrimci Yol an die Macht gekommen". Die Gruppierung stützte sich auf Initiativen des Volkes und war ohne zentrale Organisation. Heute wird die Gründung einer Partei erwogen. Aus den geschwächten prosowjetischen Parteien ist nach dem Zerfall der Sowjetunion die „Vereinigte Sozialistische Partei"(SBP) hervorgegangen und aus maoistischen Gruppen die „Arbeiterpartei" (IP). Letztere versucht - wie auch Ecevit - die Linken innerhalb der wachsenden chauvinistischen Woge auf sich zu vereinen; u.a. erklärt sie die Menschenrechtsbewegung zu einem „Arm des Imperialismus". Weiterhin zu nennen sind die bewaffnet kämpfenden Gruppen (Dev Sol und TKP-ML/TIKKO).

Traditionell überproportional in den Organisationen des linken Spektrums vertreten sind Aleviten (s. Beitrag in diesem Heft) und Kurden. Deren Parteien DEP (Demokratiepartei) und HEP (Arbeiterpartei des Volkes) sind verboten und einzig die HADEP (Demokratiepartei des Volkes) kann (noch) arbeiten.

In den letzten Jahren hat eine neue Kraft die Bühne betreten: die Bewegung der städtischen Armen. Die durch den Krieg und die schlechten ökonomischen Bedingungen in Kurdistan ausgelöste Wanderungswelle hat heute die großen Städte mit einem Bevölkerungsgürtel umgeben, in denen ethnische und religiöse Gruppen Zulauf gewinnen. Hier kann auch die Linke Wurzeln schlagen.

In der Türkei hat der Sozialismus als Alternative noch immer eine Chance, wenn er, ohne Identitäten zu leugnen, Möglichkeiten gemeinsamen Handelns hervorbringt. Der Sozialismus konkurriert hier mit dem islamischen Modell. Demokratie und Sozialismus müssen unbedingt ineinandergreifen. In der türkischen Linken jedoch, in der stalinistische Tendenzen noch immer sehr lebendig sind, muß Demokratie erst verdaut werden.

Ragib Zarakolu

Der zweite „Geburtsfehler" stellt die Islamisierung von Staat und Gesellschaft dar. Vom Staat gefördert und gedacht als Instrument zur Konstruktion nationaler Identität, könnte die Islamisierung zu Loyalitätskonflikten gegenüber dem kemalistischen Staatsapparat selbst führen.[3]

Ein wichtiger Aspekt in dem Feld der vom Staat geförderten Islamisierung stellt etwa die rapide Zunahme der staatlichen Priester- und Predigerschulen (Imam-Hatip-Gymnasien) dar. Hatten diese Schulen 1960 gerade mal knapp 1.200 Schüler, sind es 35 Jahre später fast 150.000. Viele ihrer Absolventen finden sich inzwischen auf höheren Verwaltungsposten und in den politischen Abteilungen der Polizei. Insbesondere der Polizeiapparat ist mittlerweile stark von Islamisten durchsetzt. In der Regierung denkt man darüber nach, die wachsende Zahl dieser Absolventen mit seelsorgerischen Aufgaben in Krankenhäusern und Gefängnissen zu betrauen.

Sogar die Einführung von Offizieren mit religiöser Ausbildung und entsprechendem Auftrag steht zur Debatte - und das, obwohl gerade in der Armee Kemalismus und Laizismus früher ihren stärksten Rückhalt hatten. Der Staat büßt seine vorgebliche Neutralität in Sachen Religion immer mehr ein.[4]

Im Gegensatz zum Kurdistan-Konflikt scheinen die islamischen Bewegungen jedoch noch weitgehend unter Kontrolle zu sein. Auch fühlen sich weite Kreise der Gesellschaft weiterhin vom politischen Islam keineswegs vertreten. Außerdem ist mit der staatlichen Förderung des Islam, etwa im Unterrichtswesen, auch seine Kontrolle verbunden - wenngleich diese nicht so rigoros ausfällt, wie es viele gerne hätten. Die Islamisierung in der Türkei ist ein bis zu einem gewissen Grad noch kontrollierter Prozeß.

Nationalismus im Parteienspektrum

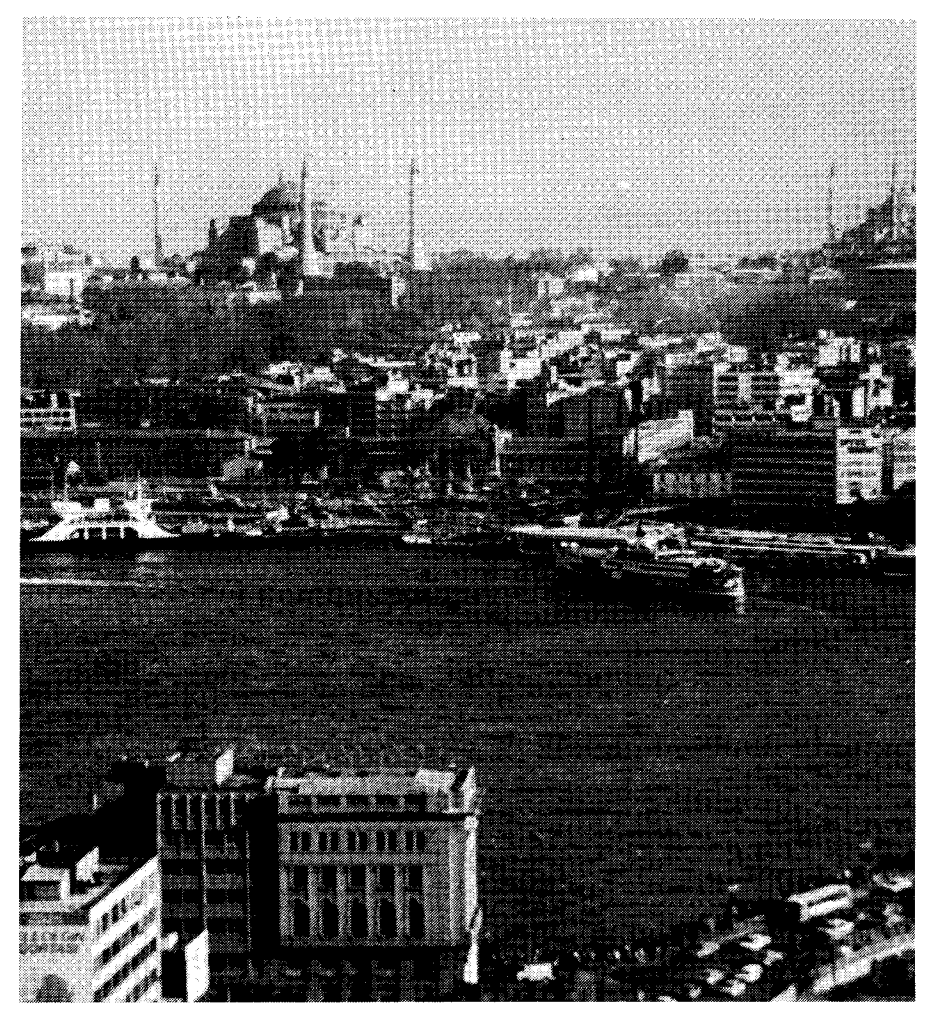
Islamismus und kurdischer Nationalismus sind die für das Ausland augenfälligsten Polarisierungen der türkischen Gesellschaft. Weitaus bedeutendsamer ist hingegen der türkische Nationalismus, der sich in unterschiedliche Strömungen auffächert.

Zunächst wäre der extreme Nationalismus der „Partei der nationalen Bewegung" (MHP) zu nennen. Die MHP beruft sich auf ein mythisches Türkentum. Ihre Jugendorganisation „Graue Wölfe" wurde vor allem in den 70er Jahren durch extreme Gewaltbereitschaft bekannt. Tausende politischer Morde während dieser Zeit gingen auf ihr Konto. Bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr brachte es die MHP auf 8% der Stimmen.

Gute Beziehungen zur MHP unterhält die ebenfalls stark nationalistisch auftretende Ministerpräsidentin Tansu Çiller, deren „Partei des richtigen Weges" (DYP) traditionell vor allem ländliche Wählerschichten anspricht. Vergleichbar mit der DYP - konservativ mit gemäßigt religiöser und nationaler Ausrichtung - ist die größte Oppositionspartei die „Mutterlandspartei" (ANAP). Mit dem Tod Özals verlor sie jedoch 1993 ihre Führungspersönlichkeit. Der kleinere Koalitionspartner der DYP, die „Republikanische Volkspartei" (CHP) ging aus der kemalistischen Linken hervor. Sie stützt sich auf Arbeiter und Gewerkschaften und unter ihren Wählern finden sich viele Aleviten. Auch Kurden haben die CHP unterstützt, weil sie einen etwas liberaleren Anstrich besitzt. Dieser wirkt sich in der Regierungsarbeit der Koalition jedoch kaum aus.[5]

Eine der wenigen politischen Kräfte, die für eine friedliche Lösung des Kurdistankonfliktes eintreten, ist die „Neue Demokratiebewegung" (YDH) des Unternehmers Cem Boyner, die an Wahlen noch nicht teilgenommen und ihre Bewährungsprobe noch vor sich hat. Mit schrill nationalen Tönen versucht dagegen der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Bülent Ecevit sein Comeback in die große Politik.

Etwas außerhalb des politischen Grundkonsenses, der als Minimum den Erhalt der Symbole des Kemalismus vorschreibt und dem Westen, wenn schon nicht durch die Einhaltung der Menschenrechte, so doch wenigstens in der Kleiderordnung gefallen will, steht die islamistische „Wohlstandspartei" (RP). Bei den Kommunalwahlen erhielt sie 20% der Stimmen. Ihre Wählerschaft bildet zunehmend die in die ärmeren Viertel der westlichen Millionenstädte gezogene Dorfbevölkerung. Die RP stellt sich gegen den Kemalismus und möchte einen islamischen Staat - was immer das auch heißen mag.



Zwischen Europa und Asien

Als wichtige politische Bewegungen der Türkei sind außerdem die Gewerkschaften zu nennen, die sich vom Putsch 1980 allerdings nie völlig erholt haben. Beispielhaft für die Schwäche gewerkschaftlicher Bewegung war es etwa, als sich jüngst 1.000 Postangestellte in Ankara für eine Demonstration gegen den deutschen Waffenlieferungsstopp mobilisieren ließen, anstatt gegen ihre hohen Reallohnverluste und für die verweigerten gewerkschaftlichen Rechte zu kämpfen. Trotzdem scheint die Macht der Gewerkschaften wieder zuzunehmen, nimmt man die Teilnahme an gewerkschaftlichen Demonstrationen als Gradmesser für ihre Stärke.

Soziale Bewegungen als Teil außerparlamentarischer Opposition entstehen insbesondere in der Diskussion um die Menschenrechtsfrage. Als die linke Opposition

1980 massenhaft inhaftiert wurde, entstanden verschiedene Gefangenenhilfsorganisationen und schließlich die Menschenrechtsvereine. Zu einem Brennpunkt ist in der letzten Zeit die Frage nach dem Schicksal der „Verschwundenen" geworden (s. dazu den folgenden Beitrag).

Die Türkei und Europa

Bestimmend für das Verhältnis der europäischen Regierungen zur Türkei ist zunächst, daß die langfristigen Perspektiven der türkischen Ökonomie als durchaus günstig eingeschätzt werden. Die geographische und kulturelle Lage als Brücke zwischen Europa und der Golfregion und zu den mittelasiatischen Republiken liefern Gründe für die langfristig gute wirtschaftliche Prognose. Einen andereren Grund für solche Prognosen sehen viele in der relativ jungen und noch immer stark wachsenden Bevölkerung, deren potentielle Wirtschaftskraft noch nicht ausgeschöpft ist. Die ökonomischen Möglichkeiten und die auch nach dem Zerfall der Sowjetunion noch wichtige strategische Lage bestimmen das eigentliche Interesse an der Türkei.

Ebenso aber wie die ökonomischen Gründe für eine Anbindung der Türkei an die EU sprechen, verhindern sie auch ihre gleichberechtigte Mitgliedschaft. Denn aufgrund ihrer hohen und stark wachsenden Bevölkerungszahl könnte die Türkei als EU-Mitglied enorme Forderungen stellen, würde aber einstweilen weniger Wirtschaftsleistung einbringen als Norwegen, dessen Bevölkerungszahl nur ein Zwangzigstel der türkischen ausmacht.

Während also die Türkei aus ökonomischen Gründen auf einen Dauerwarteplatz zur EU-Vollmitgliedschaft gesetzt wird, führt man die öffentliche Debatte um die Frage der türkischen EU- Mitgliedschaft meist auf einer ganz anderen Ebene. Hier wird einerseits die Verletzung der Menschenrechte als Argument benutzt, um die Türkei auf Distanz zu halten. Andererseits tut man so, als ob die Türkei bei einer völligen Ausgrenzung durch Europa in den zum Schreckbild aufgebauten Fundamentalismus abgleiten würde. Auf diese Weise läßt sich dann - aller Menschenrechtsverletzungen zum Trotz - doch noch ein engeres Verhältnis zur Türkei legitimieren.

Tatsächlich befindet sich die Türkei in einem widersprüchlichen Prozeß von tatsächlicher Annäherung an und kultureller Absonderung von Europa. Seit dem vorigen Jahrhundert hat Europa immer wieder mit politischen Forderungen in die Türkei hineinregiert. War es zunächst der Schutz der christlichen Minderheiten, der dafür den Vorwand bot, so sind es heute die Menschenrechte und die kurdische Frage. Im einzelnen werden Interventionen dieser Art von vielen Türken und Kurden begrüßt. Eine breite Mehrheit jedoch reagiert darauf mit nationalistischer oder religiöser Abgrenzung - eine Haltung, die nicht zuletzt durch die hinter den Interventionen liegende Unehrlichkeit gefördert wird.

Jan Keetman

Anmerkungen:

1) Übersetzt „Vatertürke". Atatürk ließ sich auch den Titel „Ewiger Führer" verleihen.

2) Es verwundert in diesem Zusammenhang nicht, daß die islamistische Tageszeitung 'Zaman' eine der zahllosen „Atatürk-Ikonen", die im Hintergrund eines von ihr abgedruckten Photos zu erkennen war, einfach wegretouchierte.

3) Natürlich ist die Islamisierung in der Türkei nicht allein Folge der Unterstützung des Staates, sondern ebenso ein Produkt der Krisen und Widersprüche der sozio-ökonomischen Modernisierung in den 80er Jahren, wie der Urbanisiserung, der sozialen Polarisierung der Gesellschaft, der Auflösung traditioneller Verbindlichkeiten etc. (s. zur Islamisierung den Beitrag in diesem Heft).

4) Das bekommt auch die ungefähr ein Viertel der Bevölkerung umfassende Minderheit der Aleviten zu spüren (s. dazu den Beitrag in diesem Heft).

5) Wegen der Verfolgung und ständiger Verbote prokurdischer Parteien findet die kurdische Frage keine Resonanz im Parteienspektrum. In den 90er Jahren gab es zwar mehrfach den Versuch, eine prokurdische Partei zu gründen. Diese wurden jedoch alsbald mit Repression überzogen und schließlich verboten. Höhepunkt offizieller Unterdrückung der Vertretung kurdischer Interessen war im vergangenen Jahr die Aufhebung der Immunität von 14 Parlamentariern, von denen acht ins Ausland flohen und sechs zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt wurden. Ein Urteil, das der oberste Staatsanwalt der Türkei noch immer aufgehoben und in Todesstrafe umgewandelt haben will.

Wirtschaft vor dem Kollaps

Die Türkei ist 1994 trotz eines weltwirtschaftlich günstigen Umfeldes in die tiefste Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg geschlittert. Dafür gibt es politische Gründe wie die anhaltenden Spätfolgen des 2. Golfkrieges und insbesondere den Krieg im eigenen Land. Aber auch das ökonomische und politische System der Türkei ist für die Krise verantwortlich.

Anfang 1994 begann die Krise mit einem raschen Fall der Türkischen Lira (TL). Den unmittelbaren Auslöser bildete eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit der Türkei. Langfristig bedingt ist der Verfall jedoch durch eine jahrelange negative Handelsbilanz und wachsende Außenverschuldung, die mit über 70 Mrd. Dollar rund 60% des Bruttosozialproduktes der Türkei erreichte.

Die türkische Politik, die gehofft hatte, die Probleme von Staatshaushalt und Ökonomie würden sich durch eine zügige Privatisierung der Wirtschaft, die Erschließung neuer Wirtschaftsräume im Osten und eine entscheidende militärische Wende in Kurdistan lösen, wurde durch den Druck des IWF zum sofortigen Handeln gezwungen.

Die Regierung Çiller verkündete am 5. April ihr „Stabilisierungspaket". Steuern und Gebühren wurden erhöht und die Preise staatlicher Monopolbetriebe stiegen um bis zu 100%. Gleichzeitig wurden staatliche Investitionen und die Angleichung der Gehälter der 1,7 Mill. öffentlichen Angestellten verzögert. Zusätzlich wurden kurzfristige Anleihen zu sehr hohen Zinssätzen ausgegeben. Auf diese Weise wurde der Haushalt ausgeglichen. Zinsen und Tilgung für Auslandsschulden konnten entrichtet werden und das Land bekam einen Kredit des IWF (den ersten seit dem Putschjahr 1980). Die hohe Inflation konnte auf diese Weise jedoch nicht gebremst werden. Zwar entzog der Staat der Bevölkerung Geld, die Preise fielen aber nicht, da gleichzeitig die Güterproduktion zurückging. Die Inflation ließ sich also nicht nach dem Schema senken, durch weniger Geld eine geringere Nachfrage, dadurch wiederum weniger Spielraum für Preiserhöhungen zu geben. Außerdem erhöhte die fallende Lira die Preise für Rohstoffe, Vorprodukte und Maschinen aus dem Ausland. Die sinkende Kaufkraft führte auch nicht zu einer Stabilisierung der Lira aufgrund rückläufiger Importe. Die hohen Zinsen und Währungsspekulationen versorgten die reicheren Schichten trotz Wirtschaftskrise mit Geld, das zum Großteil in ausländische Luxusgüter floß.

In Zahlen nimmt sich die Krise 1994 so aus: Die Inflation stieg von 62% auf 149,6%, die Arbeitslosigkeit von 8,7% auf 12,6% (mit Unterbeschäftigung 19,8%), das Bruttosozialprodukt ging um 6% zurück, die Industrieproduktion um 14%. Gewerkschaftler rechnen mit einem realen Lohnrückgang von 27% in der freien Wirtschaft, von 39% bei den Angestellten und von 53% beim Mindestlohn, mit dem sich schätzungsweise jeder Vierte in der Türkei begnügen muß. Für 1 Kilo Fleisch muß man in der Türkei nun zwei Tage zum Mindestlohn arbeiten.

Trotz dieser sehr harten Kur wurde bisher keine grundsätzliche Wende der ökonomischen Situation der Türkei erkauft. Im Mai dieses Jahres lag die Jahresinflation immer noch bei 80%, die Industrieproduktion hatte sich in den ersten 4 Monaten dieses Jahres nur um 0,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht. Die leichte Entlastung bei den äußeren Schulden wurde wegen der Ausgabe hochverzinster Anleihen mit hohen inneren Schulden bezahlt, die nun den Haushalt belasten.

Das Know How der Repression

Hinter den Kulissen spielt in der Türkei weiterhin das Militär seine Macht aus. An Aufbau und Erhalt des Apparates gegen sozialen Protest und zur Verfolgung unliebsamer Stimmen haben deutsche Stellen großen Anteil.

Die Istambuler Menschenrechtlerin und Anwältin Eren Kerkin beschreibt das Verhältnis zwischen formaler Rechtsstaatlichkeit der Türkei und kolonialem Sonderrecht für Kurdistan, sowie zwischen Regierung und Nationalem Sicherheitsrat als gespaltenes Recht.

Das gespaltene Recht findet seine Entsprechung in der dualen Struktur des Staates: Vom Nationalen Sicherheitsrat und Generalstab über das Amt für spezielle Kriegsführung (Özel Harb Dairesi) bis hinunter in Armeeheinheiten, Gendarmerie- und Polizeistationen existiert ein Macht- und Gewaltapparat, auf den die offiziellen demokratischen Organe und politischen Parteien - auch wenn sie in ihrer Mehrheit die Ideologie des starken Staates vertreten - so gut wie keinen Einfluß haben.

Deutlich wurde dies zuletzt, als sich der 2. Vorsitzende des Generalstabes, Cölekci, gegen die (ohnehin unwesentliche) Änderung des Paragraphen 8 des Antiterrorgesetzes aussprach und weder der Staatspräsident noch die wichtigsten Parteien Widerspruch wagten. Einmal mehr zeigte sich, daß die Organe der formalen Demokratie, die Parteien und die gesellschaftliche Opposition nicht in der Lage sind, an den gesetzlichen Grundlagen oder den Strukturen des staatlichen Gewaltapparates etwas zu ändern.

Ideologie, Aufbau und Praxis dieses starken Staates haben ihre Wurzeln in der zentralstaatlichen Tradition des Osmanischen Reiches, im Bonapartismus, Nationalismus und Militarismus der Jungtürken und der Kemalisten. Modernisiert und aktualisiert wurden diese seit der Einbindung der Türkei in die Nato und ihrer Hochrüstung zu deren südöstlichem Bollwerk, was den Aufbau eines umfangreichen innerstaatlichen Repressionssystems einschloß.

In Istanbul zum Beispiel haben Sicherheitschef Necdet Menzir und Gouverneur Hayri Kozakcioglu uneingeschränkte Verfügungsgewalt. Die punktuelle Kritik des sozialdemokratischen Koalitionspartners kann ihnen nichts anhaben. Hayri Kozakcioglu war bis 1991 Gouverneur des Ausnahmezustandsgebietes in Kurdistan. Er wurde zum Gouverneur von Istanbul gemacht, nachdem die Medien die türkische Metropole aufgrund der Organisierung der radikalen Linken (Dev Sol) in den Vorstädten, der Mafiastrukturen und der illegalen Zuwanderung für unregierbar erklärt hatten. Kozakcioglu brachte das Know-how einer systematischen, hochtechnisierten Aufstandsbekämpfung mit - in seiner Amtszeit begann die systematische Ermordung legaler Oppositioneller in Kurdistan - und paßte es mit amerikanischer und bundesdeutscher Hilfe in Sachen Terrorismusbekämpfung den städtischen Verhältnissen an.

Türkische Spezialeinheiten stürmten konspirative Wohnungen vermeintlicher und tatsächlicher Dev-Sol-Militanter und ermordeten alle darin befindlichen Menschen. Diese Form außergerichtlicher Hinrichtun-



Wo ist das Vögelchen

gen trainiert und praktiziert die GSG 9. Nur in einem Fall, der Ermordung von Sabahat Karatas, begann am 15. Juni ein Prozeß gegen beteiligte Polizeibeamte.

Solche Einsätze sind zur Regel geworden: Allein 1994 fielen in der Türkei 298 Menschen außergerichtlichen Hinrichtungen bei Sturmeinsätzen zum Opfer oder wurden zu Tode gefoltert. 77 Menschen verschwanden in den ersten Monaten dieses Jahres nach ihrer Verhaftung durch Polizisten - 1994 verschwanden 328 Menschen. Als die Leichname von Hasan Ocak und Ridvan Karakov, den beiden jüngsten Opfern gefunden wurden, bekam der Menschenrechtsminister Hacaloglu eine Liste der Istanbuler Friedhofsverwaltung, auf der 293 „unbekannte" Bestattete verzeichnet sind. Nach Angaben der Istanbuler Gerichtsmedizin sind mindestens 60 von ihnen eines nicht natürlichen Todes gestorben. Bei einem Einsatz gegen streikende Arbeiter drohte ein Gendarmerieoffzier im vergangenen Jahr in Istanbul mit „Gewalt wie in Kurdistan".

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung hat der Sicherheitsapparat ein System der Erfassung, Überwachung und Kontrolle errichtet. Betroffen sind die armen Stadtteile der städtischen Migranten, sind die Elendsviertel, in denen vertriebene kurdische Dorfbewohner hausen, sind die linke Opposition, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. All das geschieht in der Westtürkei, die vom Auswärtigen Amt zur sicheren Zone erklärt wurde.

Für den Überwachungs- und Verfolgungsapparat bietet sich dem türkischen Staat ein breites Rekrutierungsfeld. Dazu zählt insbesondere die faschistische MHP (Graue Wölfe) und die radikal-islamische Organisationen Hizbullah (operiert v.a. in Kurdistan) und IBDA-C (verantwortlich u.a. für Anschläge auf kritische Jounalisten), an deren Aufbau Ex-MHP-Kader beteiligt waren. Aber auch reuige Ex-PKK-Gefangene lassen sich in die Dienste des türkischen Staates nehmen. Diese Täter am Abzug können jederzeit fallengelassen werden - wie jüngst, als direkt nach dem Anschlag auf den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinschaft in der Türkei die mutmaßlichen Täter aus dem MHP-Umfeld verhaftet wurden. Die Verantwortlichen bleiben unangetastet und im Amt.

Was der Autor des jüngsten Buches über Klaus Kinkel (Erich Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, ECON-Verlag) über die BND-Hilfe an den türkischen Geheimdienst in den späten 70er Jahren feststellt, hat auch heute Geltung: So wie nach dem Militärputsch 1980 das vom BND aufgebaute Computersystem die Verhaftung Hunderttausender ermöglichte, werden die in den 80er Jahren gelieferten Videoüberwachungssysteme und andere moderne Technologien von einem Apparat eingesetzt, der Hunderte verschwinden und ermorden läßt.

Genocid Watch, Berlin

Ein Stern verglüht im Dünkel

Interview zu Nationalismus und Antisemitismus in der Türkei

In den letzten Jahren erlebt die Türkei ein enormes Anwachsen des Nationalismus. Das äußert sich unter anderem in antikurdischen Demonstrationen anläßlich der Beerdigung „an der Ostfront" gefallener Soldaten, durch Absingen der Nationalhymne, aber auch durch „Alltäglichkeiten" wie z.B. das Tragen der türkischen Nationalsymbole Halbmond und Stern als Schmuck oder Autoaufkleber. Über die Hintergründe der verschiedenen Spielarten des Nationalismus in der Türkei sprach Nora Mielke mit Tanil Bora.[1]

Sehen Sie das aktuelle Aufleben des Nationalismus in erster Linie als ein von oben, also von den staatlichen Organen und Parteien organisiertes Phänomen? Oder spiegelt sich in seinen verschiedenen Manifestationen tatsächlich die Massenstimmung der türkischen Bevölkerung wider?

Tanil Bora: Es stimmt, daß diese Stimmung seitens des Staates und der nationalistischen rechten Parteien gefördert wird. Es wäre aber verkehrt, all diese Manifestationen des Nationalismus einzig oder in erster Linie auf diese Interventionen zurückzuführen. Denn der Nationalismus - nicht unbedingt immer in einer doktrinären Form - hat tatsächlich in der Bevölkerung eine feste Verankerung.

Dabei läßt sich dieses Erstarken des Nationalismus nicht nur bei der türkischen Bevölkerung beobachten, sondern auch bei diversen anderen nationalen oder ethnischen Gruppen, selbst wenn diese sehr klein sind. So hat sich z.B. unter den in der Türkei lebenden Tscherkessen ein starker Nationalismus ausgebreitet, aber auch unter den vom Balkan stammenden Nationalitäten, wie z.B. den Albanern. Gerade diese Gruppe war seit langer Zeit fast völlig assimiliert und „türkisiert", hatte ihre Sprache aufgegeben.

Das Erstarken des Nationalismus ist tatsächlich weltweit zu beobachten. Was aber sind die besonderen Gründe für das Aufleben des türkischen Nationalismus?

Tanil Bora: Im Falle der Türkei spielt auch die geopolitische Lage eine Rolle. Als die kurdische Frage noch nicht so akut war, während der „guten Zeit" Özals so gegen Ende der 80er Jahre, wurde propagandistisch verkündet, die Türkei spiele nun international auch endlich in der „ersten Liga" mit, die Türkei sei kein Dritte-Welt-Land mehr, sondern zumindest eine Regionalmacht.

Die Bevölkerung nahm diese Propaganda auf, wurde aber auch von konkreten Ereignissen beeindruckt. Zehntausende von Kurden aus dem Irak flohen in die Türkei; die Menschen in Bosnien erwarteten nach Beginn der dortigen Tragödie Hilfe aus der Türkei, Menschen aus Rußland verkauften ihr Hab und Gut, um in der Türkei vor allem an der Schwarzmeerküste ihr Auskommen zu suchen. All dies erweckte bei der Bevölkerung den Eindruck, „alle sind auf unsere Hilfe angewiesen", „wir (die Türken) sind doch wer" und hat sie mit Nationalstolz erfüllt, im Sinne der Parole von Özal: „Die Türkei ist der strahlende Stern dieses Gebiets."

Als weiterer Faktor kam dann die Unabhängigkeit der zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken hinzu. Die türkische Politik setzte nun darauf, sich als Vormacht dieser jungen Staaten aufzuspielen, was wiederum im Massenbewußtsein in eine entsprechende Ideologie der „Zukunft der Turkstaaten" umgemünzt wurde.

Insgesamt läßt sich sagen, daß diese sich bis 1991 erstreckende Periode geprägt war von dem Özalschen Optimismus und der Nationalismus dieser Phase relativ wenig agressiv und komplexbeladen war, sondern sich auf das eben beschriebene Selbstbewußtsein stützte. In den 90er Jahren wandelte sich dieses Bild jedoch grundlegend, wofür wiederum verschiedene Faktoren von Bedeutung sind.

Zum einen erstarkte die kurdische Bewegung zu Beginn der 90er Jahre in einem solchen Ausmaß, daß sowohl der Staat als auch die Bevölkerung in Panik geriet. Hierdurch wurde auch die „alte" Umzingelungstheorie, wonach „die Türkei eingekreist ist von Feinden, die uns unser Land zerstückeln wollen", wieder neu belebt. Sie war seinerzeit für die Entstehung des türkischen Nationalismus prägend.

Zum zweiten scheiterte die Türkei mit ihren hochtrabenden Plänen, sich gegenüber den unabhängig gewordenen zentralasiatischen Republiken als Vormacht aufzubauen. Die jungen Staaten gaben zu verstehen, daß sie keinen „großen Bruder" nötig hätten. Und schließlich und drittens geriet die türkische Wirtschaft in die absolute Krise.

Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren änderte sich das politische Klima völlig. Die oben beschriebene optimistische Stimmung, die einhergegangen war mit einer Akzeptanz nicht-türkischer Elemente im Land, schlug um in ein extrem reaktionäres Klima.

Natürlich meine ich, daß grundsätzlich alle, das heißt auch die liberaleren Spielarten des Nationalismus abzulehnen sind.

Können sie ein paar Beispiele dafür geben, wie dieser Nationalismus auftritt und organisiert wird?

Tanil Bora: Man muß vielleicht vorausschicken, daß in der Türkei schon die „normale" Manifestation des Nationalismus einfach fürchterlich ist. Sie besteht aus dem völlig inflationären Gebrauch bestimmter Rituale: Ständig gibt es irgendwelche Nationalfeiertage, Paraden, andauernd wird geflaggt und bei jeder Gelegenheit oder Ungelegenheit die Nationalhymne gesungen. Jetzt wurde das Ganze noch einmal gesteigert: Vor jedem Fußballspiel der Nationalliga und sogar der Zweitliga wird über Lautsprecher die Nationalhymne gesungen bzw. abgespielt. Bei diesen ganzen Paraden und Ritualen spielt es auch eine Rolle, daß die Türkei keine Romantik erlebt hat. Diese „Romantizismuslücke" wird aufgefüllt durch Phraseologie, Floskeln und Symbole. Das wird zur Zeit ins Widerwärtige gesteigert. So gibt es z.B. einen völlig ausufernden Gebrauch von Atatürkmotiven, -zitaten, -symbolen. Auf allen Fernsehsendern erscheint rund um die Uhr oben in der rechten Ecke des Bildschirms der Kopf von Atatürk, egal,

um welchen Film oder welche Sendung es sich handelt. Diese geradezu unglaubliche Atatürkverherrlichung mobilisiert übrigens auch die sogenannten Linken oder Sozialdemokraten für nationalistische Gedanken, da Atatürk für sie eine Art Götze ist.

Ist es nicht so, daß bei dem parallelen Erstarken von Nationalimus und radikalem Islam von staatlicher Seite die islamistische Strömung in der Weise gegen die Linken ausgespielt wird, daß unter Beschwörung der „islamistischen Gefahr" Linke oder vermeintliche Linke für die Verteidigung Atatürks und des türkischen Nationalismus gewonnen werden oder sich gar selbst dazu berufen fühlen? Ich denke dabei z.B. an Dogu Perincek, als prominenten Vertreter der „Aydinlik"-Strömung.[1]

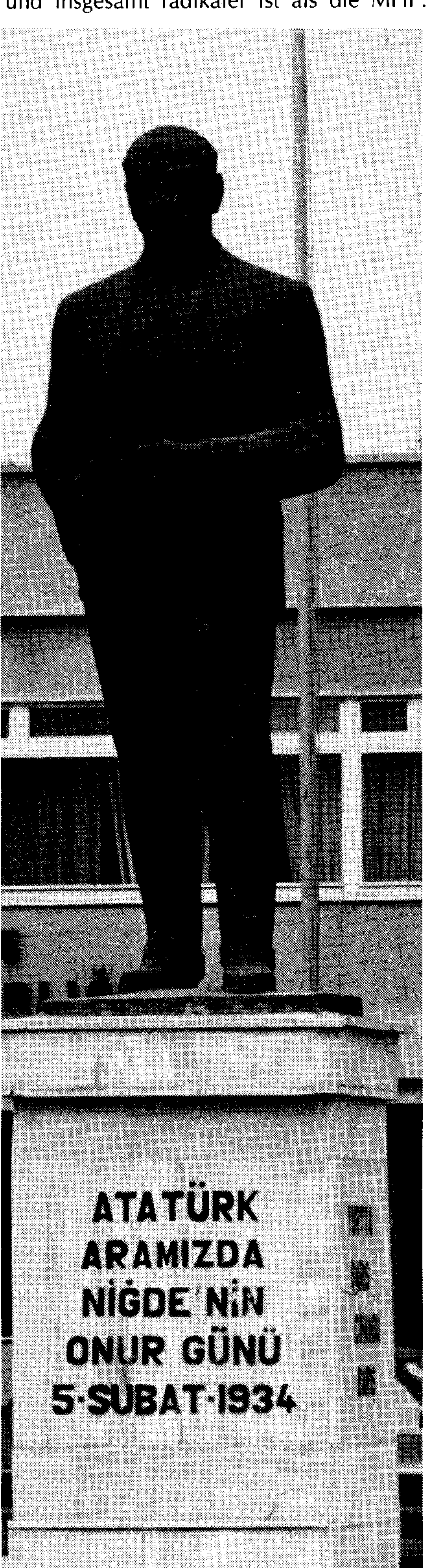
Tanil Bora: Genau, die Sozialdemokraten, sowie eine Reihe „Linker" betrachten den Nationalismus gegenüber dem religiösen Fundamentalismus immer als das „kleinere Übel". Dazu kommt das Phänomen, daß die nationalistische MHP inzwischen von vielen unpolitischen Jugendlichen als sehr zahm, sozusagen als Zentrumspartei angesehen wird, was mit den Veränderungen dieser Partei zusammenhängt. Die hat sich in den letzten Jahren ja ein neues Image gegeben, wobei sie sich jedoch in meinen Augen nach rückwärts verändert hat. Damit will ich ausdrücken, daß sie wieder an den rassistischen oder ethnizistischen Nationalismus der 60er Jahre anknüpft, während in der Zwischenzeit (späte 70er und 80er Jahre) eine Aufnehmen islamischer Motive und eine Hinwendung zu den islamischen Massen stattgefunden hatte.

In dem vom Londoner „Institut of Jewish Affairs" herausgegebenen Welt-Antisemitismusbericht 1994 wird für das Jahr 1994 neben Rumänien die Türkei als das Land angegeben, in welchem die Entwicklung am besorgniserregendsten ist. Steht dies Ihrer Meinung nach im Zusammenhang mit dem erstarkten Nationalismus oder wird dieser Antisemitismus eher von den radikalen islamischen Gruppen geschürt?

Tanil Bora: Der Antisemitismus wird in der Türkei sowohl von der MHP als auch von der RP (Refah-Partei, Islamistische Wohlfahrtspartei) benutzt und aufgebaut. So wird z.B. in dem als „gerechte Ordnung" (adil düzen) bekannten Programm der RP die kapitalistische Weltordnung als Produkt des jüdischen Kapitals dargestellt, im Sinne einer „jüdischen Weltverschwörung". Dieser Antisemitismus gehört allerdings schon immer zum Bestandteil der RP-Ideologie. Ich denke nicht, daß man dort eine besondere Steigerung ausmachen könnte.

Der MHP-Führer Türkes hingegen verfügt über sehr gute Beziehungen nach Israel. Er hat auch hier am Ball der jüdischen Gemeinde der Türkei zur 500-Jahresfeier teilgenommen[3], und kürzlich wurde bekannt, daß er sich vor zwei Jahren mit jüdischen Kapitalverbänden in den USA getroffen und zugesagt hat, ihnen bei Investitionen in den jungen zentralasiatischen Republiken behilflich zu sein. Seine Beziehungen nach Israel resultieren dabei fraglos aus seiner Einbindung in die Nato und US-Militärkreise aus seiner Zeit als Offizier bzw. 'albay' (Major).

Als diese Kontakte kürzlich in der Türkei bekannt wurden, führte dies zu enorm scharfen Reaktionen der MHP-Basis und vor allem seitens der vor zwei Jahren abgespaltenen BBP (Partei der großen Einheit), die sehr viel stärker islamische Motive benutzt und insgesamt radikaler ist als die MHP.



'Vater der Türken'

Innerhalb der sogenannten Normalbevölkerung halte ich den Antisemitismus für nicht sehr vehement, im alltäglichen Nationalismus der Türkei sind die Armenier nach wie vor der Hauptfeind, gefolgt von Griechen und anderen Nationalitäten. Die Juden als Feindbild kommen erst sehr viel später.

In der Türkei wird häufig - auch von Linken - behauptet, der erstarkte türkische Nationalismus sei eine Reaktion auf die kurdische Bewegung. Diese Auffassung entspricht in etwa der hier verbreiteten Sichtweise, der Rassismus der deutschen Bevölkerung sei eine Reaktion auf die Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen. Wie beurteilen Sie dieses Erklärungsmuster?

Tanil Bora: Die kurdische Bewegung ist sicherlich mitverantwortlich für das Anschwellen des türkischen Nationalismus, nicht aber seine Ursache und auch nicht sein Auslöser. Durch die erstarkte kurdische Bewegung wurde vielmehr die Erscheinungsform des türkischen Nationalismus verändert, er erhielt eine rassistische oder besser gesagt ethnizistische Ausprägung. Es ist wirklich falsch, die kurdische Bewegung für den türkischen Nationalismus verantwortlich zu machen.

Wie reagiert die türkische Linke auf das Erstarken des Nationalismus und Antisemitismus in der Türkei?

Tanil Bora: Das Verhalten der Linken gegenüber dem Nationalismus ist völlig unzureichend. Das liegt zum einen daran, daß von der Mehrheit der Linken der Nationalismus immer als Problem der MHP betrachtet wurde und der in der gesamten türkischen Gesellschaft verankerte Nationalismus nicht gesehen wurde. Auch was die MHP angeht, hatte sich die Linke in erster Linie auf ein Stereotyp vom ländlichen, reaktionären, bärtigen MHPler eingeschossen. Sie ist derzeit nicht in der Lage, auf die im modernen „städtischen" Gewand auftretende neue Anhängerschaft der MHP zu reagieren, ja häufig nicht einmal diese wahrzunehmen. Dazu kommt, daß die Linke selbst sehr zersplittert, geschwächt und ratlos ist. Was den Antisemitismus angeht, besteht auch in der Linken überhaupt keine Sensibilität, weil dieses Problem in der Türkei nie auf der Tagesordnung stand.

Das Interview führte Nora Mielke

Anmerkungen:

1) Tanil Bora schreibt regelmäßig in der Zeitschrift 'Birikim' und hat in der Türkei mehrere Bücher zum Nationalismus und zur MHP veröffentlicht. Unter türkischen Linksintellektuellen gilt er als *der* Nationalismusexperte.

2) Dogu Perincek und die von ihm herausgegebene Zeitschrift 'Aydinlik' vertraten während der 70er Jahre die maoistische Drei-Welten-Theorie, derzufolge die Sowjetunion Hauptfeind der sich befreienden Klassen und Völker war. Er arbeitete daher mit türkischen staatlichen Stellen gegen die Linke als verlängertem Arm des Sowjetimperialismus zusammen. Perincek hat in der BRD studiert und arbeitete während dieser Zeit mit dem ähnliche Theorien vertretenden KBW zusammen. In den 90er Jahren mobilisierte er gegen die „kurdische und islamistische Gefahr" für den türkischen Nationalismus.

3) Gemeint sind hier die Feiern anläßlich des 500. Jahrestages der Einwanderung sephardischer Juden aus Spanien.

Geschäft mit Gottes Gnaden

Essay über den modernen Islam in der Türkei

Auch in der Türkei sind Bewegungen erstarkt, die den Islam als politische Ideologie im Munde führen. Der folgende Text skizziert den Prozeß der Islamisierung und die Bewegung des Islamismus. Die Thesen des Autors Ruşen Çakir zum Verhältnis von Modernisierung und Islamismus stoßen in der Türkei nicht nur bei den Islamisten auf Ablehnung. Ihnen wirft er vor, den Modernismus mittels religiöser Elemente lediglich zu islamisieren. Der damit auch geebnete Weg zur Modernisierung des Islam werde von ihnen für die Verfolgung politischer und ökonomischer Ziele instrumentalisiert. An der Linken kritisiert er, daß viele weiterhin in traditioneller Form auf die Modernisierung setzen und die Umstände und die Realität „religiöser Bedürfnisse" negieren. In der Türkei setzt sich Ruşen Çakir damit zwischen alle Stühle.

Die Redaktion

In den 80er Jahren fand in der Türkei ein Aufleben der islamischen Bewegung statt.[1] Der Chefredakteur der islamistischen Zeitung Zaman, Fehmi Koru, stellte fest: „Die Türkei wird mit der Modernisierung religiöser". Diese Aussage enthält zwei wichtige Aspekte: Zum einen erfaßt sie die Realität der Islamisierung in der Türkei und zum anderen weist sie auf die strategischen Fehler der Anhänger einer traditionellen Modernität in der Türkei hin. Während nämlich der islamische Aktivismus zu einer starken Volksbewegung geworden ist, sind die Anhänger des Laizismus in ihrer Mehrheit vom Volk isoliert.

Die türkischen Modernisten, die sich selbst als 'Nachkommen der Aufklärung' darstellen, gingen in relativ positivistischer Weise davon aus, daß mit dem technischen Fortschritt zwangsläufig die Religion ihre Bedeutung verlieren würde. In den ersten Jahren der Republik, als aus dem Nichts ein Nationalstaat gezimmert wurde, betrachteten sie dementsprechend den Glauben als Hemmschuh der Entwicklung und unterdrückten ihn.

Als um 1950 der Kapitalismus begann, die Entwicklung des Landes zu bestimmen und parallel dazu ein Mehrparteiensystem eingeführt wurde, ließen diese Repressionen nach. Die Modernisten glaubten weiter, die Religion sei allein ein Faktor des bäuerlichen Seins und setzten darauf, daß die Verstädterung diese als ländlich, 'feudal' und 'reaktionär' angesehenen Werte brechen würde.

Die Annahme erwies sich als falsch. In der Folgezeit tauchten religiöse Praktiken nach ihrer Unterdrückung explosiv wieder auf. Von den Islamisten wurde das als Ausdruck der Verbundenheit des Volkes mit ihrer Religion und mit deren Dauerhaftigkeit interpretiert. Die Modernisten versuchten das Phänomen damit zu erklären, daß die verschiedenen türkischen Regierungen die Aktivitäten islamistischer Formierung angeregt und unterstützt hatten.

So wichtig es auch sein mag, daß in verschiedenen Phasen die Islamisierung vom Staat vorangetrieben wurde, reicht dies jedoch als Erklärung für die 'Hinwendung zur Religion', wie sie die Türkei gegenwärtig erlebt, nicht aus. Diese Analyse vernachlässigt das Subjekt einer sozialen Bewegung. Die Islamisierung ist aber nicht Resultat der bloßen äußeren Anregung von etwas zuvor gar nicht Vorhandenem. Vielmehr werden Begriffe geschaffen, die an etwas Existentes erinnern sollen.

Im Laufe der Zeit ist aber weder die Religion die gleiche wie früher geblieben, noch sind die Gläubigen die gleichen Gläubigen. Die Hinwendung zur Religion in der Türkei kann demnach auch nicht, wie es die Islamisten behaupten, eine bloße Abwehrreaktion auf das Fiasko von Modernisierung und Verwestlichung sein, sondern demonstriert im Gegenteil, daß die Modernisierung in der Türkei in hohem Maße Erfolg hatte. Die Hinwendung zur Religion ist ein Produkt des Modernisierungsprozesses. Dies soll kurz erläutert werden.

Der Islam wird als alle Lebensbereiche umfassend betrachtet und ermöglicht es den Individuen, sich an ihm festzuhalten. Oftmals kann ein religiöser Mensch in ausweglos scheinenden Situationen in der Religion ein tiefes existentielles Selbstvertrauen finden. Zudem kann er das Bedürfnis, einer Gemeinschaft anzugehören, stillen.

Diese Identität und Gemeinschaft stiftenden Eigenschaften der Religion können ein Grund dafür sein, das „islamische Erwachen" als eine Antwort auf den Modernismus zu begreifen. Wir erkennen, daß Menschen sich an den Islamismus wenden, um sich festzuhalten. Dies erklärt sich so: In den 80er Jahren, also in der Phase der 'Hinwendung zur Religion', erlebten wir den rasanten Übergang zur freien Marktwirtschaft, von dem natürlich auch die religiösen Menschen stark betroffen waren. Nicht zuletzt aber der Umstand, daß der Architekt dieses Übergangs, Turgut Özal (der erste Staatspräsident, der am Freitag betete), Angehöriger eines religiösen Ordens war, führte dazu, daß der Übergang in die Konsumgesellschaft hingenommen wurde und die Menschen ihrerseits daran teilnahmen.[2] Dies gilt auch für die Islamisten.

Aus ihrem Bestreben, die 'Modernität zu islamisieren', wurde nun der Weg zur 'Modernisierung des Islam' geebnet. Betrachten wir nämlich die „islamischen" kulturellen Aktivitäten etwas näher, begegnen wir Erscheinungen, die von einem „ursprünglichen" Islam weit entfernt sind.[3] Diese Entfernung von der „Ursprünglichkeit" rührt daher, daß die Islamisten die heutige und die in den 70er Jahren unter den Linken populäre Kultur kopiert haben.[4]

Auch die Aktivitäten auf dem Gebiet von Literatur, Musik, Theater und Kino, die das Adjektiv 'islamisch' tragen, sind zahlreich. Täglich wächst der Markt für „islamische" Kulturgüter. Dabei mag allein die Tatsache, daß Produzenten und Konsumenten behaupten, ihre Aktivitäten seien islamisch, eine Rechtfertigung dafür sein, sie als islamisch zu bezeichnen. An die Stelle des früheren 'Aufrufs zum Glauben' ist also

ein 'Erneuern des Glaubens' getreten. Ein Bedürfnis danach, außerhalb der bestehenden Produktions- und Konsumtionsformen zu bleiben, ist dabei nicht zu erkennen.

Der Islamismus hat keine ernsthafter Probleme mit dem Kapitalismus. So ist seit den 80er Jahren ein Anwachsen der Zahl religiöser Kapitalisten zu beobachten. Die islamischen Kapitalisten bieten zum einen religiösen Konsumenten entsprechende Waren und Dienstleistungen an, sind aber ebenso auf dem gesamten Markt aktiv und hatten auch Anteil am Exportboom unter Turgut Özal.

Ein weiterer gewichtiger Grund für die Hinwendung zur Religion sind die zahlreichen, von islamischen Gruppen betriebenen sozialen Aktivitäten.[5] Im Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in der Türkei sind viele der traditionellen Solidarnetze beseitigt worden. An ihre Stelle wurde der Staat gestellt. Da hier lediglich 'Kosten-Nutzen'-Rechnungen walteten und man sich vom Verständnis des Sozialstaats entfernte, entstanden tiefe Löcher im Dienstleistungssektor. In dem Wissen, daß sie Sympathie und Unterstützung insbesondere der Armen gewinnen konnten, haben nun die islamischen Gruppen in Bereichen, die die kapitalistische Ordnung nicht durchdrang, traditionelle Solidarnetze neu belebt. Durch solche Solidarnetze wurde es z.B. erleichtert, Kredite für eine Wohnung, Handel oder eine Geschäftsgründung zu finden.

Auch auf einem anderen Grundpfeiler der modernen Gesellschaft, dem Ausbildungswesen, haben sich die islamischen Gruppen zu einer ernsthaften Alternative zum Staat entwickelt. Mittellosen Schülern bieten alle fundamentalistischen Gruppen, an erster Stelle die Süleymancilar, z.B. kostenlose Stipendien oder Platz in Wohnheimen. So hat etwa die Gruppe von Fethulla Gülen mit ihren Mittelschulen und universitätsvorbereitenden Instituten, in denen eine halbmilitärische Disziplin herrscht und auch mit ihrer im Vergleich zu öffentlichen Einrichtungen guten Ausbildung, Aufsehen erregt. Die Gruppe wurde inzwischen vom Staat dabei unterstützt, ähnliche Schulen in den Turk-Republiken zu eröffnen.

Der islamische Aktivismus in der Türkei weist eine Reihe sich scheinbar widersprechender Dynamiken auf: Individualismus und Gemeinschaftssinn; Elitentum und Populismus, links und rechts, Traditionalismus und Modernismus, Legalität und Illegalität, Nationalismus und Ummaismus.[6]

Die Hauptursache solcher Widersprüche liegt darin, daß die islamischen AkteurInnen verschiedenen sozialen Schichten angehören. An der Basis finden sich in hohem Maße die Nicht-Habenden: die Arbeitslosen, Arbeiter, Beamten, kleinen Händler und Handwerker. Dazu kommen Jugendliche, viele Frauen und die kurdischen Islamisten. An ihrer Spitze hingegen stehen vor allem die Habenden: die verschiedensten Unternehmer, die Stammesscheikhs, Freiberufler - nicht-kurdische Männer hohen und mittleren Alters. Vereinfacht gesagt sind es an der Basis die Unterdrückten und Verlierer der Gesellschaft während an der Spitze die Unterdrücker und Gewinner stehen.

Die islamischen Organisationen, allen voran die Refah-Partei, verstehen es, um diesen Knoten an Widersprüchen ein islamisches Tuch zu wickeln. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil der sunnitische Islam keine Kirche ist und daher potentiell über einen großen Definitionsreichtum verfügt. Wenn Widersprüche zutage treten, erklären die Kader der islamischen Gruppen beharrlich allen Seiten die jeweils vorteilhafteste Auslegung.

Nur in Gruppen mit einer strengen Hierarchie ist es möglich, daß Widersprüche nicht zutage treten. Hier ist aber nicht allein die Interpretationsmacht der Oberen der Grund dafür, daß Widersprüche nicht zwangsläufig zum Problem werden. Der religiöse Mensch kann das Insistieren auf eine Wahrheit als eine religiöse Notwendigkeit auffassen. Es könnte sogar sein, daß gar nicht weltliche Macht das Ziel der Oberen ist, sondern Gottes Wohlgefallen.

Ruşen Çakir

Anmerkungen der Redaktion:

1) Auf der politisch-institutionellen Ebene äußert sich das etwa darin, daß die islamistische Refah-Partei (Wohlfahrtspartei) seit den Kommunalwahlen des vergangenen Jahres den Bürgermeister von Istanbul stellt.

2) Angesprochen wird hier die ideologische Bezugnahme des Staates auf den Islam. Der rasante Weg in die Konsumgesellschaft förderte den Islamismus damit in doppelter Weise: Er stellte für viele Menschen einen vermeintlichen Fluchtpunkt vor den Verwerfungen der Moderne dar und gleichzeitig förderte der Staat die Renaissance des Islam. Allerdings förderte nicht nur die Modernisierung den Islamismus, ebenso begleitete und förderte der Islamismus seinerseits die Modernisierung, wie Çakir im folgenden zeigt.

3) Zu einem ursprünglichen Islam zurückzukehren ist ideologischer Kern der Heilsbotschaft der meisten islamistischen Bewegungen.

4) Gemeint ist hier etwa die Übernahme antiimperialistischer und gegen die Ausbeutung gerichteter Parolen. Ebenso kopieren Islamisten v.a. in den Vorstädten erfolgreich Modelle von Komitees und Volksräten, die vor allem die Struktur von Dev Sol prägen.

5) Diese Aktivitäten werden in der Türkei im wesentlichen von sogenannten religiösen Orden, den Tarikat, durchgeführt. Die Tarikat, semi-legale Organisationen, sind mit der Herausgabe einer Fülle von islamistischen Publikationen, mit dem Aufbau eines dichten Netzes an Bildungseinrichtungen und sozialen Dienstleistungen die wichtigsten Organisationen und Träger von islamischer Bewegung und Islamismus in der Türkei.

6) umma = die Gemeinschaft aller Muslime der Welt

Der Text wurde aus dem Türkischen übersetzt von Ulli Dufner und von der Redaktion bearbeitet und gekürzt.

Zwischen Feminismus und Islamisierung



In Ihrem Buch „Frauen in der Türkei zwischen Feminismus und Reislaimisierung" setzt sich Sabine Küper-Başgöl differenziert mit zwei Reizthemen auseinander, die, wie bereits der Titel sagt, in enger Verbindung zueinander stehen.

Eine rein feministische Perspektive lehnt Küper-Başgöl, da „sexistisch" (S.18) ab. Damit schafft sie Freiraum für einen weiteren Blickwinkel, der von einem historischen Rückblick auf die Tradition des Osmanischen Reiches und die erste osmanisch-türkische Frauenbewegung über den kemalistischen Staatsfeminismus bis hin zur zweiten türkischen Frauenbewegung reicht. Letztere umfaßt nicht nur die Bewegung, die sich unter Führung renommierter Frauenforscherinnen vom kemalistischen Paradigma befreit hat, sondern auch ihre islamische Gegenbewegung, die sich am ausdrucksvollsten im Einsatz für die Freiheit, sich zu verschleiern, zeigt. In Porträt und Analyse der Entstehung, Entwicklung und der spezifischen Ausdrucksformen dieser äußerst unterschiedlichen Frauenbewegungen geht es nicht allein um Geschlechterverhältnisse an sich. Vielmehr werden diese „als Teile der Ideologie-Verbindung eines Gesellschaftssystems verstanden, die sich in ihren unterschiedlichen Kontexten verschieden arrangieren." (S.17)

Dabei ist es nicht möglich, etwa nur eine einheitliche westlich orientierte feministische Bewegung einer einheitlichen islamischen gegenüberzustellen. In beiden Hauptgruppen sind unterschiedliche miteinander konkurrierende Strömungen aktiv. Eine Betrachtung der jeweiligen Frauenzeitschriften ergibt etwa, daß der islamische Diskurs grob in eine klassisch-konservative, eine radikale und eine feministische Variante unterteilt werden kann. Die Analyse von Sabine Küper-Başgöl mündet in der Feststellung, daß sowohl auf Seiten der westlich-feministisch, wie auch der islamisch orientierten Frauen letztlich die Bemühungen im Vordergrund stehen, sich jenseits von Extremismen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen einzusetzen.

Yasemin Karakşoglu

Sabine Küper-Başgöl, Frauen in der Türkei zwischen Feminismus und Reislamisierung, LIT-Verlag 1993, 34,80 DM

Rotkopf, Kurde, Kommunist

Die Aleviten in der türkischen Gesellschaft

Mitte März starben zwei Menschen bei einem Angriff auf drei vornehmlich von Aleviten besuchte Lokale in einem Istanbuler Zuwandererviertel. Erneut Tote und Verletzte forderte der Polizeieinsatz gegen die anschließenden Proteste. Bis dahin kaum beachtet, stießen nun die Aleviten, die annähernd ein Viertel der Bevölkerung in der Türkei stellen, auf internationales Interesse.



Istanbul: Schuhputzer in dem alevitischen Heiligtum Haái Bektas

Die Existenz und Besonderheit des Alevitentums war im öffentlichen Diskurs der Türkei lange Zeit sorgsam gemieden worden. Derartige Tabus verdankten sich nicht nur dem vereinheitlichenden Nationenbau seit Gründung der Türkischen Republik 1924, der die Artikulation nicht-sunnitischer und nicht-türkischer Identitäten zurückzudrängen suchte. Viel eher waren die Aleviten schon über Jahrhunderte hinweg als Ungläubige, Rebellen und Landesverräter blutig verfolgt, diskriminiert, zumindest aber marginalisiert worden.

Die Herausbildung des Alevitentums als eigenständige muslimische Glaubensgemeinschaft und die Diskriminierung der Gruppe war Ergebnis sozio-ökonomischer Konflikte im Osmanischen Reich des 15/16. Jahrhunderts. Rebellionen mit grundlegenden sozialen Forderungen bezogen damals ihre Legitimation aus der Orientierung an dem in Persien ansässigen Sufi-Orden der Safaviden. Dessen heterodox-schiitische Rhetorik wirkt noch heute in den Glaubenslehren und -praktiken des Alevitentums fort. In der Folgezeit bezeichnen osmanische Gerichtsakten die vorwiegend ländliche Trägerschaft der Aufstände als Kizilbas („Rotköpfe"), ein Begriff der zu einer denunziatorischen Fremdbezeichnung wurde.

Die Reaktion der osmanischen Zentralmacht zwang die Rebellen und alle Vertreter eines heterodoxen Islam zum Rückzug in entlegene Bergregionen und in den engsten Sozialverband. Dort, fernab von sunnitischer Autorität und Orthodoxie, konnte sich das Alevitentum als ein eigenes synkretistisches, bis in die jüngste Zeit von großer Verschwiegenheit umgebenes Glaubens- und Ritualsystem herausbilden.

Die entstandene alevitische Religiosität ist an den Erfordernissen des Alltags einer verfolgten Gemeinschaft ausgerichtet. Sie legitimiert ein Institutionengefüge, das Autonomie, Einigkeit und Frieden der Lokalgemeinden zu sichern sucht. Durch die religiöse Legitimation politischer und sozialer Institutionen sind im Alevitentum Glauben und Gesellschaftsordnung eng miteinander verflochten. So ist das zentrale alevitische Ritual, die cem (Zusammenkunft), nicht nur der Ort für Gottesandacht, sondern hier wurden (und werden) Angelegenheiten und Konflikte der Gemeinschaft geregelt.

Alevitisches Ritual und Institutionengefüge wurden von Modernisierungs- und Säkularisierungsprozessen gebrochen. Die traditionelle Gegnerschaft zum sunnitischen Osmanischen Reich sowie ihr freiheitlicheres Glaubensverständnis ließen einen Großteil der Aleviten zu Anhängern Atatürks und bis in die Gegenwart zu Verfechtern des kemalistischen Reformwerkes werden. Später übten andere progressive und oppositionelle Bewegungen wie der Anti-Imperialismus und andere Spielarten linker Opposition große Anziehungskraft auf viele Aleviten aus. In den ausgehenden 60er und 70er Jahren kam es gar zu einer Neuinterpretation des Alevitentums als revolutionäre Ideologie im Sinne des materialistisch-marxistischen Geschichtsbildes. Die bislang maßgeblich religiös bestimmte Identität verlagerte ihren Bezugspunkt auf die politische Ebene - eine Verschiebung, die sich auch in den Diskriminierungen niederschlug: Eine pauschale Gleichsetzung von Kizilbas, Kurde (30% der Aleviten sprechen die kurdischen Dialekte kurmanci oder zazaki) und Kommunist stellt oft eine dreifache Denunzationen gegen Aleviten in einem Atemzug dar.

Hart traf die Aleviten die politische Reaktion, die sich im Militärputsch vom 12. September 1980 manifestierte. Unter der Junta von General Evren (1980-1983) und später dem Regierungschef Özal (1983-1989) nahm die offizielle Politik Zuflucht zu einer orthodox-sunnitischen und nationalistischen Einigungsideologie. Die Verpflichtung zu einem sunnitischen Religionsunterricht, der das Alevitentum nicht oder als Irrlehre thematisierte und ein Programm, im Zuge dessen selbst in den entlegensten von Aleviten bewohnten Dörfern Moscheen errichtet und mit Personal ausgestattet wurden und die Verknüpfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur mit der Akzeptanz des Moscheenbaus seitens der Dorf- oder Stadtteilbewohner, stehen u.a. für diese Wendung.

Parallel zu dieser Politik von Staat und sunnitischer Orthodoxie erstarkten radikale sunnitische Kräfte in Politik und Gesellschaft. Religiöse Intoleranz und der Druck auf die Aleviten nahmen zu. Sie erfuhren, daß sie über ihr bisheriges politisches Engagement viele Besonderheiten sowie die traditionellen kommunitären Sicherungssysteme preisgegeben hatten, ohne daß die Vorurteile und Benachteiligungen durch Staat und Gesellschaft ein Ende gefunden hätten: Weiterhin kann ein offenes Bekenntnis zum Alevitentum Benachteiligungen im Beruf nach sich ziehen. Weiterhin kursieren denunziatorische Gerüchte über alevitische Mädchen und Frauen, und wie viele Minderheiten der Welt werden Aleviten von der Mehrheit als schmutzig abgetan.

Mit Özal nahm die Ambivalenz der Entwicklung zu: Einerseits wurde der Vormarsch eines nationalistischen sunnitischen Islam gefördert, und andererseits gab gerade Özal den Anstoß dazu, bislang tabuisierte Themen wie die ethnische und religiöse Vielfalt des Landes aufzugreifen. Befördert wurde dies durch das weltweite Aufleben ethno-natonalistischer Bewegungen und durch die vorsichtige demokratische Öffnung der Türkei an der Wende zu den 90er Jahren.

Gleichzeitig sind es also der zunehmende Druck auf die Aleviten und die größeren politischen Spielräume, die dazu führten, daß Aleviten begannen, aus ihrer Isolation herauszutreten, sich in Vereinen zu organisieren, öffentlich die Besonderheiten ihrer Glaubensgemeinschaft zu artikulieren und die Forderung nach gleichberechtigter Anerkennung als muslimische Konfession vorzutragen. Diese neue Form der Selbstbehauptung versucht, die traditionelle alevitische Kultur in Erinnerung zu bringen und mit neuem Leben zu erfüllen. So sehr der jüngste alevitische Aktivismus wichtige Impulse aus einer Allianz mit nicht-alevitischen säkularen Kreisen bezog, und so sehr man gemeinsam für universale Anliegen wie Freiheitlichkeit, Demokratie, Laizismus, „Modernität" und Menschenrechte eintritt, so ordnen doch viele Aleviten gegenwärtig kulturelle Aspekte nicht mehr kurzerhand den politischen unter. Vielmehr versucht man, dem Alevitentum eine Identität beizugeben, die es als seit Jahrhunderten mit diesen Idealen konform erscheinen lassen und auf dieser Basis eine alevitische Gemeinschaft für die Durchsetzung politischer Ziele zu vereinen.

Schließlich sind es nicht nur fortwährende Benachteiligungen und der Druck durch einen erstarkenden politischen Islam, sondern auch die Enttäuschung darüber, daß weder Kemalismus noch Sozialismus ihre Verheißungen haben einlösen können, die alevitische Intellektuelle dazu veranlaßten, sich der Tradition zu besinnen.[2] Dabei handelt es sich keineswegs um eine reine Rückbesinnung auf überlieferte Tradition, wie es manche der neuen Wortführer glauben machen wollen. Vielmehr interpretiert man die Tradition neu und es erfolgt eine Neubestimmung von Ordnung und religiöser Praxis der Gemeinschaft.[3] Bereitgehaltene historische Darstellungen lassen dann faktische Veränderungen lediglich als Rekurs auf die Vergangenheit und nicht als Neuschöpfungen erscheinen.

Religion und Lebenswelt

Das alevitische Milieu der 90er Jahre ist ohnehin heterogener geworden. Insbesondere nach dem Putsch 1980 haben Faktoren sozialer Differenzierung an Bedeutung gewonnen: Ein Großteil der anatolischen Aleviten lebt heute in Städten, mancher hat es dort zu sozialem Aufstieg oder gar Kapital gebracht, andere leben in den illegal errichteten, nicht nur infrastrukturell unterversorgten gecekondu-Siedlungen, die Nachbarn, Kollegen und Arbeitgeber mögen sunnitische Säkularisten oder Islamisten, Leute vom Schwarzen Meer, sunnitische Kurden oder kurdische Aleviten sein, das Individuum mag zwar per Geburt Mitglied einer Gemeinschaft und seine Lebenswelt auch weiterhin stark von dieser Bindung geprägt sein, doch konfrontiert mit einer Vielfalt von Lebensstilen hat es seinen sozialen Ort letztlich selbst zu wählen und zu gestalten.

Vielen Aleviten wurden ihre bisherigen politischen Präferenzen - etwa für die kemalistische *Cumhuriyet Halk Partisi*[4] oder für Parteien des linken Spektrums - fragwürdig. Deutliche Anzeichen für die Offenheit für neue Zugehörigkeiten sind es, wenn die islamistische *Refah Partisi* (Wohlfahrtspartei, RP) bei den Kommunalwahlen 1994 in Aussicht stellt, alevitische Kult- und Versammlungshäuser zu legalisieren oder gar alevitische Kandidaten aufzustellen, wenn alevitische Abgeordnete zur konservativen *Doğru Yol Partisi* (Partei des rechten Weges, DYP) überwechseln oder wenn einige sogar die Gründung einer alevitischen Partei diskutieren, obwohl dies einen Widerspruch zum Prinzip des Laizismus darstellt und als „Konfessionalismus" eher abgelehnt wird. Sogar Sympathien für die rechtsnationalistische *Milli Hareket Partisi* (Partei der Nationalen Bewegung, MHP), deren nationalistische Argumentation schon des längeren auf das Gewicht türkischer Elemente im Alevitentum abhebt, scheinen derzeit möglich. Allerdings dürfte dies die Ausnahme sein, zeichnet doch die MHP für Ausschreitungen an Aleviten in der Zeit vor dem Putsch und wohl auch für die jüngsten Angriffe auf alevitische Lokale verantwortlich.

Trotz dieser Offenheit haben sich viele



Berlin: Teilnehmer eines Trauermarsches nach den Anschlägen in Istanbul

Aleviten (und dies dürfte ein Grund für die gegen sie gerichteten Anschläge gewesen sein) noch keineswegs aus dem linken und sozialdemokratischen Milieu verabschiedet, sondern gehören weiterhin zu den tragenden Kräften von freiheitlichen Forderungen, von Gewerkschafts- und Menschenrechtsbewegung. Zudem schrecken einige Aleviten, wenn sie nicht gar als Kurmanci oder Zaza unmittelbar Betroffene sind, nicht davor zurück, ihre Stimme gegen den Krieg im Osten zu erheben. Selbst oft aus politisch und wirtschaftlich marginalisierten Regionen stammend, können sie sich mit den Anliegen von Kurden identifizieren und für diese eintreten.

In einer Zeit, da sich die Spannungen im Land anhand ethnischer und religiöser Linien dramatisch zuspitzen, bestehen viele auch auf einer aufklärerischen Argumentation: Alle Menschen sind gleich, gleich welcher Religion, Herkunft, Nation oder Geschlecht.[5]

In die Luft geschossen

So sehr gegenseitige Skepsis und Ablehnung zwischen Aleviten und Sunniten weiterbestehen und zu nicht unerheblichen Spannungen führen mögen, so haben die Reaktionen der Bewohner von alevitisch-sunnitischen Wohnvierteln auf die jüngsten Anschläge doch auch gezeigt, daß diese keineswegs einen interkonfessionellen Schlagabtausch wollen. Es waren die Polizeitrupps, die in die Menge schossen und es waren keine sunnitischen Bewohner des Viertels, die gegen Tee- und Versammlungshäuser von Aleviten vorgingen. Auf der anderen Seite schleuderten Aleviten ihre Empörung der Polizei, den verantwortlichen politischen Kräften und einem unterdrückerischen Staat entgegen, während kein einziger von Sunniten betriebener Laden geplündert wurde.

Der zur Untersuchung der Ereignisse im Gazi-Viertel eingerichtete Ausschuß hat in seinem Mitte Juni herausgegebenen Abschlußbericht nichts Wesentliches mitzuteilen: 21 Tote und 225 Verletzte habe es gegeben. Die Polizisten, die tödliche Schüsse abgegeben haben, wurden nicht ermittelt; ohnehin habe die Polizei überwiegend in die Luft geschossen. Die „Ereignisse" nach dem Überfall seien überdies von extrem linken und separatistischen Terrororganisationen provoziert und organisiert worden.

Keinen Aufschluß gab der Bericht, der von zwei Mitgliedern der Kommission nicht unterzeichnet wurde - sie legten einen alternativen Bericht vor - über den Verbleib der seit der Märztage „Verschwundenen". Einer von ihnen war Hasan Ocak. Er wurde nach wochenlangem Kampf um Aufklärung seines Verbleibs auf einem Friedhof für unbekannte Tote gefunden.

Marin Selers

Anmerkungen:

1) Die für Sunniten und Schiiten grundlegenden Pflichten des Islam, wie das fünfmalige Gebet, Fasten im Monat Ramadan usw. stellen für Aleviten meist kaum mehr als Äußerlichkeiten dar - teils lehnen sie diese sogar ab.

2) Eine neue Elite von meist akademisch gebildeten Aleviten, die nach dem Putsch von 1980 einen Abbruch ihrer Karriere hinnehmen mußten, artikuliert sich seit etwa fünf Jahren in Vereinen, auf Veranstaltungen und in einer Fülle von Publikationen.

3) Beispielsweise beginnt man das traditionelle Tabu interkonfessioneller Heirat zu überdenken.

4) Die CHP (Republikanische Volkspartei) war die Partei Atatürks. Als sie 1980 verboten wurde, trat bis zu ihrer Wiederzulassung (1995) die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) an ihre Stelle.

5) Dies mag den kurdischsprachigen Aleviten schwerer fallen - zwingt sie doch die zunehmende Radikalisierung im türkischen wie im kurdischen Lager oft dazu, sich entweder für eine nationale Befreiungsbewegung oder für eine sich religiös definierende Gruppe zu entscheiden, die in ihrem Kultus „die Sprache des Feindes", also Türkisch, spricht. Die PKK hat wohl einige Sympathien verloren, als ihr Führer Abdullah Öcalan in populistischer Manier auf eine islamisch-sunnitische Rhetorik zu rekurieren begann.



Poker um Pipelines

In Zentralasien sucht die Türkei Anschluß an das Netz der Macht

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation sah sich die Türkei als neuer Stern am Himmel des Nahen Ostens und Zentralasiens. Kein Tag, an dem nicht Zeitungen und Politiker die angeblich tief in Sprache und Kultur verwurzelten Beziehungen zu den 'Turkvölkern' Zentralasiens beschworen. Die heute weit hinter den Ansprüchen zurückgebliebene Realität der Regionalmacht an der Nahtstelle zwischen Europa, dem Nahen Osten und Zentralasien beschreibt Sabine Ott.

Die Auftritte türkischer Politiker in den Medien, die noch vor ein paar Jahren auf die ach so lange Trennung der „Brudervölker" hinwiesen, endeten lange bevor der Traum eines Turkistans vom Mittelmeer bis an die Grenzen Chinas auch nur Ansätze ökonomischer Realität hätte aufweisen können. Zum einen hatten die lauten Töne wohl ohnehin eher eine innenpolitisch beschwichtigende Funktion. Zum anderen erschreckten sie einige Nachbarländer, zu denen unverzichtbare Beziehungen bestehen. Die Türkei hat im Süden zwar Einfluß auf den Nahen Osten, weil sie die Flüsse kontrolliert, von denen insbesondere Syrien und Irak abhängig sind, aber am sogenannten Friedensprozeß wollen die USA sie doch nicht teilnehmen lassen. Im Osten wenden sich die Regierungen der zentralasiatischen Republiken[1] lieber wieder Rußland zu; und auch die Erwartungen einer wirtschaftlich starken Schwarzmeerregion wurden schnell enttäuscht.

Wie ist das Scheitern der Türkei als Regionalmacht, so die Ausgangsfrage, zu erklären? Die Faktoren, die dafür gesorgt haben, daß die Türkei nicht zum Knotenpunkt zwischen „Okzident" und „Orient" wurde, lassen sich anhand der Auseinandersetzung um das Öl Aserbaidschans und das Erdgas aus Turkmenistan erläutern.

Kein Vakuum

Als das internationale Konsortium, das die aserbaidschanischen Ölfelder Aseri, Cirag und Günesli erschließen will, am 20. September 1994 mit der Regierung in Baku einen Vertrag schloß, hatte die staatliche aserbaidschanische Ölgesellschaft SOCAR mit dem Rückgang ihres Kapitalanteils von 30% auf 20% bereits die Führung verloren. Die Abgabe eines Anteils von 10% an die russische Ölgesellschaft LUKOIL brachte die British Petrol (BP) in die führende Position. An zweiter Stelle standen dann US-Ölgesellschaften, während die türkische Ölgesellschaft TPAO nur einen geringen Kapitalanteil von 1,65% an dem Konsortium hatte. Insgesamt wurde ein Investitionsvolumen von 7,7 Milliarden Dollar festgelegt, um Ölfelder zu erschließen, die auf 4 Milliarden Barrel (1 Barrel = 159l) geschätzt werden.

Hinter den nüchternen Zahlen und Kürzeln steht ein Wettlauf um Macht und Profit, der noch in vollem Gange ist. Da die SOCAR jetzt nochmals 5% verkaufen muß, weil die aserbaidschanische Regierung in Finanzschwierigkeiten steckt, geht der Run auf die Kapitalanteile weiter. Anwärter sind einerseits westliche Ölkonzerne wie SHELL, MOBIL, EXXON etc. und auf der anderen Seite die türkische TPAO sowie die staatliche iranische Ölgesellschaft IRNA.

Daß die USA die Beteiligung des Iran am Öl-Konsortium nicht zulassen werden, ist sicher. Sicher ist auch, daß Aserbaidschan dies akzeptieren muß. Doch der Machtkampf ist damit nicht beendet, denn Baku hat dem Iran, der der wichtigste Handelspartner Aserbaidschans vor dem Embargo der USA war, Anteile an der Erschließung von Ölfeldern angeboten, die nicht unter den Vertrag fallen.

Um die Auflistung derer, die in Mittelasien ihren Einfluß geltend machen wollen, zu vervollständigen, ist noch Saudi Arabien zu nennen. Dem saudischen Königshaus geht es wie den USA vor allem darum, den Einfluß des Iran in Zentralasien zu unterbinden. Dazu schickt es nicht nur Tausende von religiösen Schriften und Gelehrte nach Zentralasien: Im Dezember letzten Jahres wurden einer saudi-arabischen Ölgesellschaft Anteile an dem Öl-Konsortium übertragen, bezeichnenderweise von der US-amerikanischen Ölgesellschaft UNACOIL.

Die Türkei, zu Beginn dieses Jahres noch um eine Annäherung an den Iran bemüht, drückte ihren eigenen Wunsch nach einer höheren Beteiligung der TPAO am Konsortium mit Rücksicht auf die iranischen Interessen dann auch in verhaltenen Tönen aus. Dabei spielten sogenannte sicherheitspolitische Erwägungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran innerhalb regionaler Wirtschaftsgemeinschaften eine Rolle.

Mit der Invasion türkischer Truppen in den Nordirak am 20. März 1995 hat sich nunmehr das Verhältnis beider Länder sichtlich verschlechtert. Das iranische Regime befürchtete, der Türkei gehe es um die Erweiterung ihres Territoriums, woraufhin sie der PKK-Guerilla ihre Grenzen für den

Rückzug öffnete. Die Türkei hat sich in ein Dilemma manövriert, ist sie doch auf Kooperation mit dem Iran angewiesen - nicht zuletzt, weil möglicherweise eine Teilstrecke der Pipelines für das aserbaidschanische Öl und das turkmenische Erdgas über den Iran verläuft.

Die skizzierten Schwierigkeiten hinsichtlich der Festlegung und der Befugnisse der einzelnen Anteilseigner am Konsortium für das Öl aus Aserbaidschan sind symptomatisch: Es geht um Macht und Einfluß letztlich in der ganzen Region.[2] Wenn es tatsächlich jemals ein Machtvakuum in der Region gegeben hat, das einzelne Regionalmächte wie die Türkei auf eine stärkere Rolle hoffen ließ, so ist das längst nicht mehr der Fall. Eine Vielzahl internationaler Akteure konkurrieren in Zentralasien um die Pfründe. Die Türkei bleibt zunächst unter ferner liefen - und dies, zumal ihr mit Rußland ein neuer alter Konkurrent erwächst.

Rußlands neue Macht in Zentralasien

Als Rohstofflieferanten hatten mehr oder weniger alle Länder Mittelasiens zu Zeiten der Sowjetunion einen quasi kolonialen Status inne, der von ökonomischer Abhängigkeit geprägt war und nun schwer abzuschütteln ist.[3] Nach ihrer staatlichen Unabhängigkeit versuchten die zentralasiatischen Länder mit der Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen ausländisches Kapital anzulocken, um mit diesen Investitionen eine von Moskau unabhängige Wirtschaft aufzubauen.

Die Erwartungen erfüllten sich nicht in gewünschtem Maße: Die Investitionen aus den westlichen Ländern fließen nur in einzelne, schnellen Gewinn versprechende Projekte. Die potentiellen Regionalmächte Iran und Türkei sind aufgrund ihrer eigenen schlechten wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage, umfangreich zu investieren. Nach enttäuschten Erwartungen und in wirtschaftlicher Zwangslage wenden sich die zentralasiatischen Republiken wieder zunehmend Rußland zu.

Dieser Entwicklung entsprechen Verschiebungen der russischen Außenpolitik. Nach dem Ende der UdSSR ausschließlich auf Beziehungen mit den westlichen Ländern konzentriert, gewann etwa ab Mitte des Jahres 1992 der Süden der ehemaligen Sowjetunion zunehmend an Aufmerksamkeit. Zentralasien wird als Interessengebiet russischer Sicherheitspolitik definiert. In dem „Vertrag über kollektive Sicherheit" vom 15.5.1992[4] ist die Schaffung eines Verbundes der zentralasiatischen Republiken auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene unter der Führung Moskaus vorgesehen. Eine im November 1993 verabschiedete Militärdoktrin erlaubt den russischen Truppen, die in den zentralasiatischen Republiken stationiert sind, die Interessen Moskaus „aktiv durchzusetzen".

Bedrohungsszenarien von islamisch fundamentalistischen Bewegungen und ethnischen Konflikten, die die Sicherheit Rußlands gefährden, wurden entworfen, um die neue Außenpolitik zu rechtfertigen. Dahinter stand jedoch schlicht die Absicht, Zentralasien nicht dem Einfluß der Türkei oder dem Iran zu überlassen. Daß sich die russische Föderation dabei als mächtiger erwies als diese beiden Länder, hat sich inzwischen gezeigt.

Der Alleingang der Türkei, die, wie es Michail Gorbatschow formulierte, glaubte, „sich den zentralasiatischen Republiken auf einem goldenen Tablett präsentieren zu können", ist gescheitert. Bei dem ersten Besuch nach ihrer Amtsübernahme in Moskau am 10. September 1993 mußte die türkische Ministerpräsidentin Tansu Çiller die Parolen von der „Verbundenheit der Turkvölker" revidieren. Damit gestand sie ein, daß diese schrillen nationalistischen Töne den Beziehungen zu Rußland geschadet hatten; und die sind für die Türkei bedeutend, denn die Russische Föderation ist der wichtigste Handelspartner der GUS für die Türkei. Auch in der Auseinandersetzung um das turkmenische Erdgas hat Rußland gute Karten.

Turkmenistan besitzt nach Angaben seines Staatspräsidenten Niyazow weltweit das viertgrößte Erdgasvorkommen. Und: Turkmenistan akzeptiert inzwischen, wenn auch nicht innerhalb der GUS, so doch auf der Basis bilateraler Abkommen, die Vorherrschaft Rußlands.

Am 17. Januar diesen Jahres wurde auf einem Gipfeltreffen in Ankara beschlossen, eine Erdgaspipeline von Turkmenistan über den Iran in die Türkei zu bauen.[5] Neben den Energieministern der Türkei, Rußlands, Kasachstans, Turkmenistans und des Iran nahm auch der frühere Außenminister der USA, Alexander Haig, teil. Er ist Vorsitzender eines Konsortiums US-amerikanischer Firmen, die das turkmenische Erdgas fördern wollen sowie persönlicher Berater Niyazows.

Der russische Energieminister Schatalow, der nicht am Treffen teilnahm, ließ sogleich wissen, daß es ohne Rußland keine Pipeline gebe. Der turkmenische Staatspräsident Niyasow betonte daraufhin, daß man Rußland an dem Bau der Pipeline teilhaben lassen wolle. Die türkische Regierung war vorsichtig genug zu betonen, daß sie das turkmenische Erdgas als Ergänzung zu den russischen Erdgaslieferungen sehe, nicht als Konkurrenz. Die Türkei ist auf Erdgaslieferungen aus Rußland angewiesen - 1994 bezog sie 6,2 Milliarden m^3 Erdgas.

Sollte die Pipeline wie vorgesehen über den Iran in die Türkei gebaut werden, wäre das ein Erfolg für die Türkei. Jedoch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Rußland dringt auf die Nutzung bestehender Pipelines auf seinem Herrschaftsgebiet und will dafür Turkmenistan jährlich 1,4 Milliarden Dollar Schulden erlassen. Die USA wird in diesem Falle auf Seiten Moskaus stehen. Auch für die „Sicherheitspolitik" Rußlands im „nahen Ausland" hat die USA Verständnis signalisiert, zumindest soweit es ihre eigenen Interessen nicht berührt.

Wer in die Röhre guckt

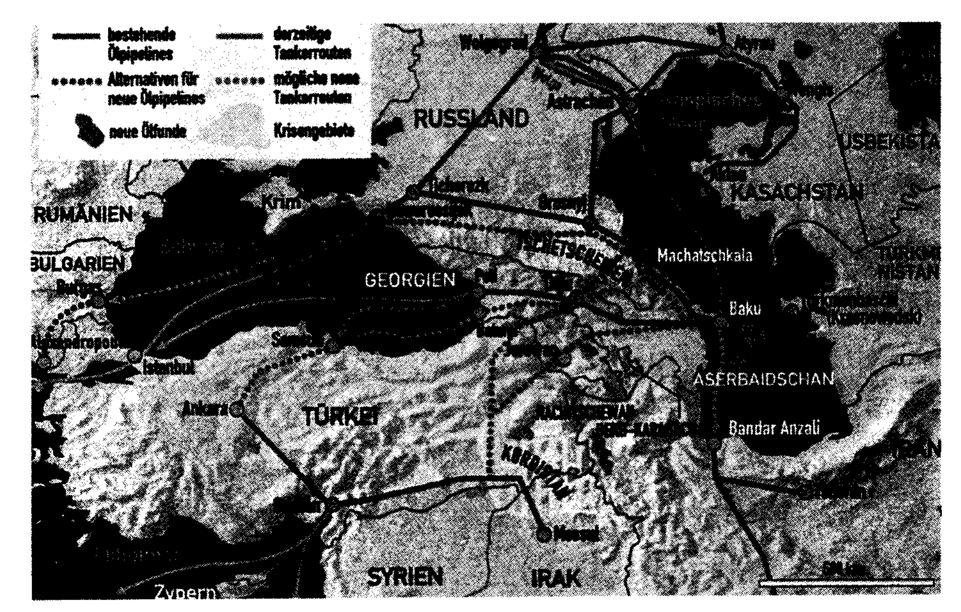
Ebenso wie im Erdgas-Konflikt, ist auch in der Auseinandersetzung um das aserbaidschanische Öl der Verlauf der Pipeline von größter Bedeutung. Die ökonomische und politische Landkarte der Region wird hier mitgeprägt. Auf längere Sicht geht es nicht nur um das aserbaidschanische Öl, sondern um die weiteren Ölreserven Zentralasiens. Nach US-amerikanischen Schätzungen stehen diese an zweiter Stelle hinter Saudi-Arabien.

Die Vorschläge zum Verlauf der Röhren spiegeln die jeweiligen Hegemonialansprüche wider: Wird die Öl-Pipeline über russisches Gebiet und unter Umgehung der Türkei verlaufen oder wird sie den türkischen Golf von Ceyhan erreichen?[6]

Die türkischen Vorstellungen zielen darauf, die Pipeline von Baku an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan nahe der türkisch-syrischen Grenze zu führen. Eine weitere Möglichkeit würde in der Nutzung der bestehenden Pipeline von Baku über Georgien bestehen, wo das Öl mit Tankern zum türkischen Schwarzmeerhafen Samsun gebracht würde, um in einer neu zu errichtenden Pipeline zum Golf von Ceyhan gepumpt zu werden.

Die russischen Pläne, nach denen das Gebiet der Türkei mit den bestehenden Pipelines unter russischer Kontrolle umgangen würde und vom russischen Schwarzmeerhafen Noworossisk mit Tankern durch Bosporus und Dardanellen zum Mittelmeer verschifft werden soll, lehnt die Türkei mit ökologischen und verkehrstechnischen Argumenten ab. Nun sind die ökologischen Bedenken der türkischen Regierung keinesfalls von der Hand zu weisen, doch dienen sie offensichtlich zur Verschleierung der eigenen Interessen, nämlich das Öl über türkisches Gebiet zu befördern.

Die russische Regierung gab nun bekannt, daß sie die Bedenken der Türkei bezüglich der großen ökologischen Probleme respektiere und schloß mit der bulgarischen und griechischen Regierung ein



Abkommen über den Bau einer Pipeline von Burgaz (Bulgarien) nach Alexandropolis (griechischer Mittelmeerhafen). Das Abkommen vom September 1994 sieht vor, weiterhin die russische Pipeline für das Öl Kasachstans und Sibiriens zu benutzen, das dann mit Tankern von Noworossisk über das Schwarzmeer nach Burgaz gebracht werden soll.

Insel der Stabilität?

Zur Pipelinefrage kommt der armenisch-aserbaidschanische Konflikt hinzu. Soll das aserbaidschanische Öl, am Iran vorbei, an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan fließen, ist eine Einigung zwischen Armenien und Aserbaidschan unerläßlich. Doch ein Ende des Konflikts um die armenische Enklave Berg Karabach scheint in weiter Ferne zu liegen. In letzer Zeit bemüht sich die Türkei, ihre Beziehungen zu Armenien zu normalisieren - für die Türkei ein schwieriges Unterfangen, will sie doch andererseits nicht ihre Beziehungen zu Aserbaidschan aufs Spiel setzen. Dessen Staatspräsident Alijew laviert derweil zwischen den Interessen der Türkei, Irans und Rußlands und versucht, die Unabhängigkeit seines Landes zu erhalten.

Der Putschversuch der aserbaidschanischen Polizei Mitte März verunsicherte die westlichen Ölgesellschaften des Konsortiums. In dieser Situation preist sich nunmehr die Türkei als Stabilitätsinsel der Region an, wozu auch die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen mit Armenien dienen. Doch haben Diskussionen um die Öffnung des Luftkorridors und der Grenzen zwischen der Türkei und Armenien, das 28% aserbaidschanisches Gebiet besetzt hält, auf aserischer Seite heftige Proteste ausgelöst. Baku kontert mit der Drohung, die Pipeline über den Iran zu führen und der iranischen Ölgesellschaft Anteile abzutreten. Oder doch über Rußland? Der Spielraum der Türkei ist eng.

Indessen wird in der Diskussion um den Verlauf der Pipelines seitens der Türkei wohlweislich eine Tatsache verschwiegen: Auf der „Insel der Stabilität" findet ein Krieg statt. Durch das Kriegsgebiet Nordwestkurdistan müßten beide Pipelines, für das Erdgas aus Turkmenistan und das Öl aus Baku, verlaufen. Die kurdische Arbeiterpartei PKK ließ zu Verhandlungen zwischen der Türkei und Kasachstan über eine Pipeline für das kasachische Öl verlauten: „Da dieses Projekt den schmutzigen türkischen Spezialkrieg finanziell unterstützen wird, werden wir selbstverständlich auch dagegen kämpfen und versuchen, dieses zu verhindern."

Im Süden der Nahe Osten

Im Unterschied zu den bisher wenig von Erfolg gekrönten Bemühungen der Türkei um Einfluß im Osten ist ihre Position gegenüber den südlichen Nachbarn stärker. Die Exporte der Türkei in die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sind zwar in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte gesunken, hauptsächlich bedingt durch das UN-Embargo gegen den Irak. Jedoch verfügt die Türkei über einen Rohstoff, der sie mächtig macht: Wasser. Das Wasser von Euphrat und Tigris ist für Syrien und den Irak unentbehrlich. So hängt etwa die Bewässerung und Stromversorgung Syriens zu fast drei Vierteln vom Euphratwasser ab.

Mittels eines gigantischen Staudammprojektes soll nun das Wasser von Euphrat und Tigris die trockene Harran-Ebene in Südostanatolien in eine `Kornkammer' verwandeln. Das Südostanatolien-Projekt (GAP) mit einem Investitionsvolumen von 32 Milliarden Dollar wird von der türkischen Regierung als ein Entwicklungsprojekt gepriesen, das den armen Südosten des Landes, sprich die kurdische Region, in die kapitalistische Entwicklung einbinden soll. Das GAP-Projekt umfaßt 22 Staudämme und Bewässerungskanäle, womit eine Fläche von 14.000 km^2 überschwemmt werden soll - für den Profit einiger Agro-Konzerne und Elektrizitätsfirmen, die aus den angelegten Stauseen Strom gewinnen. Die kurdische Bevölkerung der Region wird dafür „umgesiedelt".

In Bezug auf Wasserlieferungen an den Irak und Syrien hat sich die Türkei bisher erfolgreich geweigert, an Verhandlungen teilzunehmen, die eine internationale Vereinbarung ermöglichen sollen. Als Herkunftsland des begehrten Rohstoffes nimmt die Türkei im Süden eine starke Position ein. Im Osten dagegen, in den ehemaligen Sowjetrepubliken, treffen die Machtinteressen so vieler Staaten (und Konzerne) aufeinander, daß viele, die von der Regionalmacht Türkei träumten, sich erst einmal auf dem Boden der real existierenden Verhältnisse zurechtfinden müssen. Derweil geht der Wettkampf um die Kontrolle der Pipelines weiter - ob für Öl, Gas oder Wasser.

Sabine Ott

Anmerkungen:

1) Zu den Ländern Zentralasiens zählen Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Mitunter wird auch das nördlich dieser Länder liegende Kasachstan dazugezählt. Armenien und Aserbaidschan gehören zur kaukasischen Region.

2) Der Aspekt wirtschaftlicher Zusammenschlüsse sei hier nur am Rande erwähnt: Auch durch Regionalbünde v.a. mit den Republiken Mittelasiens versuchten Rußland, der Iran und die Türkei in vergangenen Jahren ihre Einflußsphären auszudehen. Diesem Ziel diente der Türkei auch die 1992 gegründete „Wirtschaftgemeinschaft der Schwarzmeerstaaten". Diese Abkommen, die etwa die Gründung von Freihandelszonen und Regionalbanken sowie den Abbau von Zollschranken beabsichtigen, sind jedoch über Absichtserklärungen bisher kaum hinausgekommen.

3) Die Verschuldung der zentralasiatischen Länder bei der Sowjetunion dient heute der Russischen Föderation als Instrument, ihre Interessen in der Region durchzusetzen.

4) Der „Vertrag über kollektive Sicherheit" wurde von der Russischen Föderation, Armenien und den zentralasiatischen Republiken (außer Turkmenistan) abgeschlossen. Allerdings haben nur Armenien, Kirgistan, Tadschikistan und die Russische Föderation diesen Vertrag bisher ratifiziert.

5) Die Pipeline, deren Kosten auf 5-6 Milliarden Dollar geschätzt werden, soll in Hasan Kuli/Turkmenistan beginnen. Nach 2.500 km erreicht sie die türkisch-iranische Grenze. An der Finanzierung hätten auch Australien und Länder der EU Interesse gezeigt, erklärte Niyazow. Mit dem Bau sollte im Mai diesen Jahres begonnen werden, damit in 5-6 Jahren turkmenisches Erdgas gen Westen gepumpt werden kann. Jährlich 30 Milliarden m^3 sollen dann durch die Pipeline fließen.

6) Eine bereits existierende Pipeline, die unter russischer Kontrolle steht, verläuft von Baku durch Tschetschenien nach Noworossisk am Schwarzen Meer. Eine weitere Pipeline unter russischer Kontrolle führt von Kasachstan ebenfalls nach Noworossisk.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die Russische Föderation, ihren Einfluß in Bezug auf Öl, Gas und Pipelines geltend zu machen, ist der Status des Kaspischen Meeres. In der Zeit der Sowjetunion wurde das Kaspische Meer als „See" definiert. Rußland fordert heute, daß das Kaspische Meer als „Meer" definiert wird. Das hätte die Einräumung einer 12-Meilen-Zone zur Folge. Der größte Teil des aserischen Öls befindet sich außerhalb dieser Zone, das heißt in internationalem Gewässer. Rußland will, daß nur Abkommen gültig sind, die von allen Anrainerstaaten anerkannt werden - und hätte ein Veto-Recht.

Aus Sorge um den einzelnen

Die Wiederkehr des Volkes in den politischen Diskurs



Man hat sich in den letzten Jahren über Schriftsteller, Politiker und Funktionäre gewundert, die nach den nationalistischen Exzessen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und anderswo einem neuen Nationalbewußtsein das Wort geredet haben. Nacheinander Botho Strauss, Hans Magnus Enzensberger, Martin Walser u.a. machten der politischen „Linken", von der man seit 1989 nicht mehr weiß, wo sie steht, den Vorwurf, unhintergehbare Bedürfnisse der Menschen übersehen bzw. aus ideologischer Fixierung mutwillig übergangen zu haben. Die positive Identifikation mit ihrer Nation dürfe auch den Deutschen nicht länger vorenthalten, die Bedienung des natürlichen Wunsches nach großformatiger Gemeinschaft nicht der „Rechten" überlassen werden. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts müsse dem ideologisch alleingelassenen Individuum auch von seiten der Demokraten ein Angebot gemacht werden.

Für diesen Vorstoß sind die Schriftsteller hinreichend und zu Recht gescholten worden. Ihnen unterlief bei ihrer Sorge um das Individuum im wiedervereinigten Deutschland eine Verklärung des unbestreitbaren Bedürfnisses nach „Wir-Gefühlen". Sie verdinglichten den Nationalismus, der eine historisch junge Erscheinung ist, zu einer ahistorischen, quasi-natürlichen Konstante menschlichen Verhaltens. In den Ausbrüchen von Gewalt erkannten sie menschliche Urkräfte und zweifelten unter dieser Prämisse an der nachhaltigen Wirkung des Zivilisationsprozesses. Je nach Mentalität neigten sie zu ästhetisierender Resignation oder erhoben den Ruf nach einem neuen Leviathan.

Die politische Tabuisierung des Nationalen, die ein Signum der alten Bundesrepublik war, hatte Schriftsteller und Intellektuelle immer wieder beschäftigt und herausgefordert. Die Frage, ob ein demokratischer Staat auf Dauer auf Nationalbewußtsein und Nationalgefühl als Steuerungs- und Integrationsmedium verzichten könne, stellt sich nach der Vereinigung offenbar mit neuer Eindringlichkeit. Nun, nach dem scheinbar naturwüchsigen und unaufhaltsamen Wiedererwachen des Nationalen überall auf der Welt, das sich blutig Bahn bricht in Pogromen und Bürgerkriegen, schien auch in Deutschland Anlaß und Gelegenheit, über die Grenzen der Aufklärung, über unerklärte Reste in der „Natur" des Menschen, über seine Zivilisierbarkeit und sein Verhältnis zur Nation erneut nachzudenken.

Soziologische Ideologiebildung

Etwas anderes als Verklärung erwartet man von Soziologen: Wenn nicht Aufklärung im Singular, dann doch Aufklärungen mit den Mitteln der Wissenschaft, vielleicht neue theoretische und empirische Erkenntnisse über Prozesse des sozialen Wandels und menschliches Verhalten in Umbruchsituationen. Die Ausbrüche nationalistischer Gewalt im vereinigten Deutschland scheinen jedoch auch Sozialwissenschaftler dazu zu verleiten, statt an der Theorie- an der Ideologiebildung mitzuwirken. Überraschend, daß bei dem Versuch, Originalität durch Tabubruch zu demonstrieren, Kategorien und Deutungsmuster wieder ins essayistische Repertoire gelangen, die aus gutem Grund in der Disziplin bereits abgelegt worden waren. Die Aufregung über die Dichter ließ übersehen, wie sich auch in der vormaligen Leitdisziplin der Moderne eine Wende zurück hinter Max Weber anzubahnen begann.

Anläßlich des 26. Deutschen Soziologentages im Herbst 1992 schrieb Karl Otto Hondrich[1], offenbar alarmiert von den Übergriffen gegen Asylbewerber, seinen Kollegen ins „Stammbuch", sie hätten eine gesellschaftliche Entwicklung, wenn nicht übersehen, dann „durch Erklärung verdrängt". „Wie konnten bei soviel kritischer Aufmerksamkeit (für die Paradoxien, Legitimationskrisen, Risiken der modernen Gesellschaft, d. Verf.) Gewaltpotentiale und ethnokulturelle Wir-Gefühle theoriepolitisch unbeachtet bleiben?" Unterschätzt hätten die Kollegen „die dauerhafte Macht und Prägekraft der kulturellen Wir-Gefühle, die fortdauernd, aber normalerweise unsichtbar, in der Latenz wirken". Weil aber das Individuum gerade in modernen Gesellschaften ohne „Ganzheitsbindungen wie die Nation oder Ethnie" nicht auskommen könne, müsse man den Tatsachen ins Gesicht sehen: „Die alten ethno-kulturellen Prägekräfte bleiben und bleiben und formen sich in immer neuen Erscheinungen aus." Es handele sich um „uralte Erfahrungen", um „elementare Kulturprodukte, unter ihnen

vorrangig ethnische Identitäten und ritualisierte Gewalt", die sich „unseren Machbarkeitswünschen" nicht beugten. Zu diesen Kulturprodukten, die dem unvermeidlichen Suchen nach Wir-Gefühlen Form geben, gehörten „Nationalismus und - horribile dictu - Volksbewußtsein," sowie „kollektive Affekte und Gewalt."[2]

Alchemie der Gewalt

Wer mit der Figur der „Verdrängung" operiert, hat immer schon recht. Die der Verdrängung Geziehenen können nur betreten in sich gehen, und alles, was sie als Gegenargumente vorbringen, wird weiter als Verleugnung Gegenstand therapeutischen Beistands sein.

Gewagt sei dennoch die Frage, ob Schriftsteller, Politiker und Soziologen gut beraten sind, wenn sie sich die Kategorien der Beschreibung sozialer Konflikte, die sie in der Gesellschaft vorfinden, analytisch zu eigen machen und Programme und Theoriegebäude darauf errichten. Theoriepolitisch jedenfalls scheint es riskant, aus der Tatsache, daß Straftäter ihre Brandanschläge oder Stammtischstrategen ihre Aversionen mit ausländerfeindlichen oder rassistischen Parolen rechtfertigen, zu schließen, dies hätte etwas mit bleibenden Wir-Gefühlen, einem unübersehbaren Bedürfnis nach Abgrenzung und „Volksbewußtsein" zu tun. Man könnte auch von Delinquenz, „jugendlichem Irresein" (Katharina Rutschky) oder von „Gelegenheitsstrukturen" (Heinz Bude) sprechen. Dann käme man jeweils zu anderen theoretischen Schlußfolgerungen und zu anderen politischen Konsequenzen.

Weil immer wieder ethnische Differenzen zum Anlaß von gewalttätigen Konflikten werden, muß nicht umstandslos unterstellt werden, dies sei eine quasi-anthropologische Konstante, mit der auch die Gesellschaftstheorie zu rechnen habe. Vielmehr wären methodologische Reflexionen geboten. Es könnte sich bei dem anthropologisierenden Vorgehen um eine Schlußfolgerung des Typs handeln, die Alchemisten im 17. Jh. die Durchsichtigkeit bestimmter Materialien mit der okkulten Eigenschaft „transpa" erklären ließen, oder den Doctor Georg Ernst Stahl 1697 zu der Annahme verleiteten, die Entflammbarkeit von Holz sei durch „Phlogiston" bedingt. Vielleicht ist es am Ende des 20. Jahrhunderts methodologisch sinnvoller, das, was man erklären will, nicht von Beginn an als gegeben zu postulieren. Man vermeidet Essentialismus und Reduktionismus.

Stattdessen könnte eine Soziologie, die vor den Ausbrüchen fremdenfeindlicher Gewalt nicht naturalisierend und anthropologisierend resigniert, beobachten, wie eine Gesellschaft, die jahrzehntelang unter dem Druck eines nach dem 2. Weltkrieg errichteten Tabus darauf verzichtet hatte, ihre Wir-Gefühle „in die kulturelle Form des Nationalismus" zu gießen, sich Zug um Zug - unter Beteiligung von Schriftstellern und Soziologen - die Ressource „Volk" und „Nation" wieder erschließt und welche politischen Folgen das hat.

An Beobachtungsgegenständen wäre kein Mangel. Als gesellschaftliches Phänomen zu analysieren wäre nicht nur der politische Diskurs der Ausländerfeindlichkeit, in dem über die Grenzen der finanziellen und kulturellen Belastbarkeit des deutschen Volkes geredet und aus ebenso durchsichtigen wie schäbigen Motiven das Eigene vom Fremden abgehoben wird. Von Interesse wären die wiederkehrenden, von der Sozialpsychologie und der Ethologie gemachten sozio-biologischen Angebote und ihre bereitwillige Rezeption in liberalen Medien, in denen Spekulationen über die natürliche „Angst vor den Anderen" und „das warme Wir-Gefühl" in die Frage münden, „Wer ist das Volk?"[3]

Soziologisch aufschlußreich wäre die Analyse der unbeabsichtigten Nebenfolgen des Anti-Rassismus, der die Wirklichkeit von „Rassen" nicht als soziale Konstruktion, sondern als Einstellungsproblem von Individuen und Institutionen zu der vermeintlichen „Wirklichkeit" behandelt. Als Vorbote und Wegbereiter für eine Wiederkehr der Kategorie „Volk" in den politischen Diskurs ist auch der ausländerfreundliche Diskurs des Multikulturalismus beschrieben worden, der - gleichsam von „links" - dem ratlosen Individuum ein Angebot machen wollte und dazu kulturelle und vor allem ethnische Unterscheidungen in die politische Diskussion wieder eingeführt hat - lange bevor Soziologen ihr Interesse am „Volk" entdeckten.

Von Rassen, Ethnien, Völkern und Kulturen

Im Multikulturalismus geschah die Wiederaneignung des „Volkes" in einer Form, der erst auf den zweiten Blick anzusehen ist, in welcher kategorialen Tradition sie steht. Im politischen Protestantismus ist seit Anfang der 80er Jahre mit Blick auf die Gastarbeiter von „anderen Kulturen, mit denen wir Anregungen, Impulse und geistige Herausforderungen verbinden" die Rede, von „kultureller Vielfalt", von „ständiger Kommunikation zwischen Einwanderern und Einheimi-

Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989

Am 30. Juni beschloß der deutsche Bundestag, daß die Bundeswehrmacht künftig in Jugoslawien dabei sein soll, wenn die UNO als vierte Kriegspartei in das allseitige Gemetzel eingreift. Ungeachtet dessen, ob eskalierende oder deeskalierende, ob humanitäre oder den blinden Völkerhaß aufstachelnde Auswirkungen zu erwarten sind - kämpfende deutsche Soldaten werden wieder eine „Normalität" darstellen, die kaum rückgängig zu machen ist. Erfolgt der Einsatz diesmal (noch) eingebettet in einen internationalen Rahmen, so ist doch der entscheidende Schritt zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik getan.

Der Entscheidung des Bundestages ging eine seit 1989 andauernde Debatte um die Rolle Deutschlands in der Welt voraus. „Globale Verantwortung", „Normalisierung" und „Selbstbewußtsein" hießen die Schlagworte mit denen verschiedene Fraktionen unterschiedliches bezweckten. Aber gemeinsam wollten sie Deutschland wieder als einen der großen Akteure in der internationalen Politik sehen. Die verworrene Lage in Jugoslawien und das große Leid der vom Krieg betroffenen Bevölkerung ließ schließlich auch große Teile der Friedensbewegung antimilitaristische Positionen vergessen. Statt „Schwerter zu Pflugscharen" heißt es nun „Böcke zu Gärtnern".

Diesen außenpolitischen Verschiebungen entspricht eine Veränderung des Diskurses darüber, was die Gesellschaft im bundesdeutschen Staat zusammenhält. Die Fiktion der deutschen Nation oder des deutschen Volkes als eine Kulturnation und Abstammungsgemeinschaft scheint dem Verfassungspatriotismus der alten BRD den Rang abzulaufen. Ob im autoritären Gleichschritt, in der die Nation und die Gemeinschaft alles, der oder die Einzelne hingegen nichts zählt, oder im humaneren multi-völkischen Gewande „Einheit in Vielfalt": allerorten boomt der Wahn des Nationalen als politische Kategorie.

Der „Wiederkehr des 'Volkes' in den politischen Diskurs" aus Sorge um den nach Gemeinschaft dürstenden Bürger und als Folge der Bemühungen von ausländerfreundlichen Kreisen, die „Kultur von Fremden" unter Artenschutz zu stellen, widmet sich **Frank-Olaf Radtke** in unserer Reihe **„Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989"**. Der Autor arbeitet im Themenbereich „Migration und Minderheiten" des Fachbereichs Erziehungswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main. Der Aufsatz ist zuerst erschienen in der Zeitschrift „Mittelweg 36" (Heft 5/93) des Hamburger Instituts für Sozialforschung.



Ein Volk findet zusammen

schen", und von „gegenseitiger kultureller Bereicherung".[4] Der programmatische Charakter solcher Sätze liegt auf der Hand.

Hervorgehoben wird bei der Beschreibung der Einwanderungsgesellschaft die nationale Herkunft der Zuwanderer, die zu kulturbedingten Konflikten führen werde. Zur Überwindung der nur konfliktverschärfend wirkenden Fiktion einer „rassisch-ethnischen Homogenität" solle nicht mehr mit der „Einheitsidee des Nationalstaates" operiert, sondern „Einheit in Vielfalt" organisiert und „als positiver Wert verständlich und erfahrbar" gemacht werden.[5] Was aber heißt das anderes als nach der Fiktion der nationalen Homogenität nun die Konstruktion der ethnischen Heterogenität und nicht z.B. die soziale Lage, Geschlecht, Alterskohorte, ökonomische Interessen oder politische Überzeugungen als gesellschaftskonstituierende Merkmale und Prinzipien zu postulieren. Die den Nationalismus stützende Idee der „ethnischen Bindungen" lebt in multiplizierter Form fort. Ethnien, d.h. Völker ohne Staat, die eine Erfindung des 19. Jahrhunderts sind, werden essentialisiert und sollen bewahrt und in der „multikulturellen Gesellschaft" gleichberechtigt mit- und nebeneinander leben.

Diese Programmatik handelt sich die wiederkehrende Schwierigkeit ein, die entsteht, wenn ein Denkgebäude von den Füßen auf den Kopf gestellt werden soll: seine entscheidenden Kategorien bleiben erhalten und entfalten auch gegen die Absicht der Autoren soziale und politische Wirkung. Das könnten Soziologen beobachten und die Engagierten und Wohlmeinenden aus der Distanz des Beobachters über die (unbeabsichtigten) Folgen ihrer Intervention aufklären.

Wenn man die in der Gesellschaftsbeschreibung des Multikulturalismus benutzten Unterscheidungen beim Namen nennt, haben wir es mit „Volk", „Gemeinschaft", „ethnischen Unterschieden", „primordialen Bindungen", kurz mit einer „Kultur" zu tun, der wie vordem der „Rasse" eine quasinatürliche Prägekraft zugeschrieben wird. Mit einer direkten Verwendung dieser Kategorien würden Erinnerungen geweckt, die als Zukunftsvorstellungen einer modernen Gesellschaft wenig attraktiv wären. „Volk" und „Gemeinschaft" sind, bzw. waren bis 1989, als das „Volk" mit dem Ruf nach nationaler Einheit (der Wirtschaft) die politische Bühne betrat, auch nach den Anstrengungen zur Normalisierung der deutschen Geschichte, für die „linke" Diskussion eine ziemlich unverdauliche Kost.

Erst auf dem Hintergrund der zeitgeistigen Diskussionen um die sogenannte Postmoderne gewannen die Unterscheidungskategorien, die kulturelle Vielfalt, kulturelle Relativität, kulturellen Partikularismus und Differenz hervorheben, als eine Form des Anti-Logo-, Ethno- und Eurozentrismus eine neue Zustimmungsfähigkeit. Die alten, diskreditierten Kategorien „Volk" und „Gemeinschaft" sind gleichsam durch den anglo-amerikanischen Diskurs wie durch eine chemische Reinigung hindurchgegangen und werden nun im Kontext des fröhlich-verzweifelten Kultus der postmodernen Differenz als „Ethnie" und „Community" goutiert. Aber mit der „ethnischen Identität", dem „Eigenen" und der komplementären „Fremdheit" wird das Denkgebäude des Nationalismus fortgeschrieben, in dem sich die Mehrheit als Volk ja schon in der Differenz und aggressiven Abgrenzung zu den Fremden konstituiert hat.[6]

Rückschritt in die Moderne

Bezogen auf die atavistische Dichotomie von Vereinnahmung und Ausstoßung, die sich in der amtlichen Ausländer-Politik manifestiert, könnte der Eindruck entstehen, die Kompromißformel der „multikulturellen Gesellschaft" breche die fatale Zweiwertigkeit der Logik des Umgangs mit den anderen zugunsten einer Drei- bzw. Mehrwertigkeit auf. Aus Xenophobie soll, wenn schon nicht Xenophilie, dann jedenfalls ein gelassener Umgang mit dem Fremden werden. Multikulturalismus wäre so gesehen ein zivilisierter bzw. zivilisierender Versuch, einen Weg des Umgangs mit den Anderen zu suchen, der Integration und Differenz zugleich ermöglicht. So ist das Konzept von seinen Propagandisten gemeint. Aber die Wahl des kategorialen Apparats hat unbeabsichtigte Nebenwirkungen.

1. Als Reaktion auf den Multikulturalismus kann man eine ethnische Formierung der Mehrheiten durch eine Konturierung und Stilisierung von Minderheiten beobachten. Wo an den Hinzugekommenen das „Fremde" hervorgehoben wird, liegt es nahe, auch das „Eigene" in der politischen Auseinandersetzung mit neuem Nachdruck geltend zu machen. Das Eigene ist bei ethnischer Differenzierung nicht mehr der Beruf, die politische Überzeugung oder die Familie, sondern das „Deutsche", das im Zuge der nationalen Vereinigung - wie eh und je - soziale Differenz, d.h. Ungleichheit, zu überbrücken hat. Die positive Bewertung ethnischer und kultureller Differenz im Diskurs des Multikulturalismus unterstützt die Hervorkehrung von Fremdheit, die die Zugewanderten in allen Bereichen, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Betrieb und in der Politik zu nicht integrierbaren „Fremdkörpern" macht, die allenfalls mit einem Extra-Aufwand an Toleranz und Gelassenheit ertragen werden können. Daß sie als Arbeiter, Taxifahrer, Pizza-Bäcker, Ärzte, Schriftsteller und Ballettmeister in einer funktional differenzierten Gesellschaft ihren Dienst tun, wird bei der Betonung von Kulturkonflikten leicht übersehen.

2. Der Multikulturalismus wird zum ungewollten Türöffner für wissenschaftlich subventionierte Gesellschaftsbeschreibungen, die der Politik affirmativ ihre eigene nationale Melodie nachpfeifen und damit zusätzliche Legitimation verschaffen.

Das müßte die Soziologie nicht wiederholen. Die Versuchung allerdings scheint groß. Erst wird in der „Zeit" beklagt, daß die Soziologen das „Volksbewußtsein" als soziales Faktum übersehen hätten. Ein paar Monate später, auf dem Höhepunkt der Asyl-Debatte, schreibt derselbe Soziologe, nun im Spiegel, wo öffentliche Meinung gemacht wird, der Staat verstehe „das Volk mit seinen Sorgen und Wünschen" nicht. Noch fragt Hondrich rhetorisch und behauptet nicht: „Sind es tief in die Stammesgeschichte eingelassene Gruppen-Gefühle, die das Eigene bevorzugen und das Fremde abweisen? Kommen die im Nationalsozialismus pervertierten Wir-Gefühle wieder?"

Ein Volk erkennt sich selbst

Dem anthropologisierenden Blick erscheint Nationalbewußtsein als etwas, das im Nationalsozialismus zeitweise pervertiert wurde (und, so darf man in der Logik der Argumentation bleibend vermuten, im Stalinismus oder Titoismus bloß gewaltsam stillgestellt war oder „geschlafen hat"). Es sei nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Kränkung „kollektiver Gefühle" durch Nichtanerkennung, die zu Wut und Gewalt führe als dem symbolischen Ausdruck von Enttäuschung und Überforderung. Heute gehe es darum, das Volk „anzunehmen", die Hypothek des Nationalsozialismus, „die Nichtannahme des deutschen Volkes durch seine Eliten" abzuwerfen und durch symbolische Akte, z.B. die Änderung des Grundgesetzartikels 16, Verständnis zu signalisieren. „Das Volk sieht darin auch eine Anerkennung seiner selbst".[7]

So ist nach Jahren der begründeten Abstinenz auch der Soziologe aufs Volk gekommen und macht sich publikumswirksam einer Politik dienstbar, die auf nationalistische Integration setzt, seit Jahren bei ihrem Spiel um Regierung und Opposition mit der Schaffung von Feindbildern operiert und dazu „die Ausländer" benutzt hat. Man kann als Soziologe über das „Volk" und seine Erfindung im 19. Jahrhundert mehr wissen, als die okkulten Annahmen, mit denen K.O. Hondrich hantiert,[8] und man könnte sich reflexiver zu den politischen Folgen der eigenen Theorieangebote verhalten.

Die Gesellschaften westlichen Typs sind, ebenso wie die aus dem Sowjetsystem entlassenen osteuropäischen, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der mit dem Feindbild „Kommunismus" bzw. „Kapitalismus" klare Wertorientierungen zu liefern schien, in eine neue Phase der Orientierungslosigkeit eingetreten, in der sichtbar wird, daß Lösungen für zentrale Probleme globalen industriellen Wirtschaftens nicht verfügbar sind: weder das Problem der Naturzerstörung, noch die Fragen des sozialen Ausgleichs zwischen erster, zweiter und dritter Welt, noch die mit der Internationalisierung des Marktes einhergehenden Wanderungsbewegungen etc. können mit den herkömmlichen politischen Mitteln beherrscht werden. Die vielzitierte „Politikverdrossenheit" resultiert nicht zuletzt daraus, daß auch die politischen Eliten den Anschein, sie hätten Lösungen, nicht mehr aufrechterhalten können.

Darauf aber zu antworten mit den Konzepten des 19. Jahrhunderts, mit „Volk" und „Nation", scheint wenig aussichtsreich. Wer nun nach „Bindungen" ruft, weil er angesichts krimineller Entgleisungen dem Individuum nicht zutraut, selbst einen vernünftigen Lebensentwurf zu verfertigen, und nach dem Angebot des „Multikulturalismus", nun „Autorität" und ein „neues Nationalbewußtsein" auf der Basis des Territorialprinzips[9] favorisiert, überschätzt die Möglichkeiten einer Regression zu Formen der Vergesellschaftung, die der vergangenen Moderne angehören. Die Fadenscheinigkeit solcher Angebote haben diejenigen längst durchschaut, die mit nationalen „Werten" und „Tugenden" wieder auf die Einhaltung von Regeln verpflichtet werden sollen, ohne daß ihnen etwas geboten würde zur Lösung ihres Problems: nichts zu haben, das - ideell oder materiell - ihnen gehört und Identität stiftet.

Frank Olaf Radtke

Anmerkungen:

1) Karl Otto Hondrich: Wovon wir nichts wissen wollten, in: Die Zeit vom 25.9.92, S.68
2) alle Zitate: ebenda
3) vgl. eine Serie mit gleichlautenden Titeln von Dieter E. Zimmer in der „Zeit" vom 9. 16. 23. 7. 1993
4) alle Zitate Jürgen Micksch (Hg.): Deutschland - Einheit in kultureller Vielfalt, Frankfurt 1991, S.7-10
5) Ebenda
6) Lutz Hoffmann: Die Konstitution des Volkes durch seine Feinde, in: Manfred Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a.M. 1993, S.13-37
7) alle Zitate Karl Otto Hondrich: Das Volk, die Wut, die Gewalt, in: Der Spiegel 1/1993, S. 29-30
8) Lutz Hoffmann: Das „Volk" - Zur ideologischen Struktur eines unvermeidbaren Begriffs, Z.f.Soz. 20 (1991) 3, S.191-208
9) Claus Leggewie: Plädoyer eines Anti-Autoritären für Autorität, in: Die Zeit vom 5.3.93, S.93 und Thomas Schmid: Ein Vaterland der Bürger, in: Die Zeit vom 5.3.93, S.6

Parteipolitik und Interessenvertretung

„Türkische" Migrantenorganisationen

Deutschland ist Einwanderungsland. Vor allem Zuwanderer aus der Türkei leben seit Jahrzehnten hier. Ihre Kinder und Enkel etwa kennen die Türkei nurmehr vom Hörensagen oder als Touristen. Trotzdem bestimmt selbst bei ihnen noch die Herkunft ihrer Großeltern die aktuelle Debatte um Isolation und Integration. Gegen diesen Diskurs wollen wir in den folgenden Artikeln den Alltag stellen. Er bestimmt in seinen tausend Formen das Leben der einzelnen - nicht ihre (oder ihrer Eltern) nationale Herkunft.

Zunächst skizziert Ertekin Özcan die Phasen der Immigration und der Migrantenorganisationen in der BRD. Am Schluß seiner Darstellung plädiert er für bundesweite Dachorganisationen zur Interssenvertretung türkischer Einwanderer. Er meint, mit solchen Dachverbänden könnte die türkische Minderheit ihre gemeinsamen Forderungen gegenüber den hiesigen Institutionen effektiv vertreten. Für uns stellt sich jedoch die Frage, ob nicht unterschiedliche Interessen innerhalb der Gruppe solche überwiegen, die alle Türken in Deutschland qua Herkunft verbinden. Einerseits ist es notwendig, trotz besagter unterschiedlicher Interessen gemeinsame Forderungen zu stellen, wie die nach Wahl- oder Einbürgerungsrecht, andererseits besteht die Gefahr, daß jede separate Organisation anhand ethnischer nationaler oder kulureller Kriterien, wie z.B. die Gründung eigener Sportvereine, der Diskriminierung Vorschub leistet, die sie bekämpfen soll. -- Die Redaktion

In der Bundesrepublik leben gegenwärtig etwa 7 Mio. Nichtdeutsche. Mit ca. 2 Mio. Menschen stellt die aus der Türkei stammende Minderheit die größte Gruppe dar. Die EinwanderInnen leben seit 1955 in der Bundesrepublik. Im Lauf des Immigrationsprozesses haben sich ihre Lebensbedingungen grundsätzlich verändert und parallel dazu auch das Selbstverständnis, die Ziele, Arbeitsbereiche und Formen der Organisationen, die sie vertreten. Dieser Prozeß vollzog sich in drei Phasen.

Die erste Phase ist die Immigrationsphase, von 1960 bis 1973. In ihrer ersten Hälfte (1963-1967) gab es neben der ATÖF (Türkische Studentenföderation in Deutschland e.V.: Almanya Türk Ögrenci Federasyonu) und ihren Mitgliedsvereinen die 'Türkischen Arbeitervereine' (Türk Isci Dernekleri), die keinerlei parteipolitische Ausrichtung hatten, sondern vielmehr als eine Art 'Zuhause in der Fremde' fungierten.

Die Polarisierung und Ausdifferenzierung der politischen Parteien und Organisationen in der Türkei nach ideologischen und klassenspezifischen Standpunkten übertrugen sich ab Mitte der sechziger Jahre auf die türkischen Arbeiter in der BRD und Berlin West. Es kam zur Gründung linksgerichteter, rechtsgerichteter und religiöser türkischer Vereine und Dachorganisationen. Ab 1967 enstanden politische Arbeitervereine, die im Laufe der Zeit parteipolitischen Charakter gewannen.

Nationalismus von rechts, Integration von links?

Die Familienzusammenführung stellt die zweite Immigrationsphase dar. Nach dem Anwerbestop von 1973, als gleichzeitig die Periode der Militärregierung (vom 12. März 1971 bis September 1973) in der Türkei zunächst zu Ende ging, nahm die Familienzusammenführung der türkischen ArbeitsimmigrantInnen in der Bundesrepublik und in Berlin West aufgrund entsprechender rechtlicher Maßnahmen kontinuierlich zu. Im Vorfeld der 1980 beschlossenen Zuzugsbeschränkungen holten dann viele türkischen ImmigrantInnen noch vor dem Inkrafttreten der neuen Regelungen ihre EhegattInnen und Kinder in die BRD.

Da die politische und soziale Entwicklung in der Türkei sich in Zielsetzungen, Organisationsformen, Arbeitsbereichen und Aktivitäten der Organisationen türkischer ArbeitsimmigrantInnen in der BRD niederschlug, war ab Mitte der siebziger Jahre fast das gesamte Spektrum der rechts- und linksgerichteten politischen Parteien und Strömungen der Türkei durch die Gründung gleichgesinnter Organisationen in der BRD und Berlin West vertreten.

Im rechten Spektrum gibt es seit dieser zweiten Phase in der BRD eine große Bandbreite verschiedener parteipolitisch orientierter Dachorganisationen. Die Auslandsorganisationen der nationalistischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei unter Vorsitz des Ex-Obersten Türkes) wurden 1973 gegründet. Nach ihrem Verbot 1976 wurde 1978 von MHP-Anhängern die Türk-Föderation mit Sitz in Frankfurt/Main gegründet. Der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. wurde 1975 in Köln von Süleymanli-Anhängern gegründet, die sich für die Errichtung eines islamischen Staates in der Türkei einsetzten und mit der Türk-Föderation und der konservativen HÜR-TÜRK zusammenarbeiteten. Weiterhin existiert die der orthodox-islamischen MSP (Nationale Heilspartei unter Vorsitz Erbakans) nahestehende Türkische Union in Europa e.V. bzw. AMGT (Organisation der Nationalen Sicht in Europa e.V.) und die Islamische Jugend in Europa mit Sitz in Köln. Ende 1979 wurde die konservative HÜR-TÜRK von AP- (Gerechtigkeitspartei) und CDU-Parlamentariern in Bonn gegründet.

Im linken Spektrum sind ebenfalls parteipolitisch orientierte Dachorganisationen aktiv. 1977 wurde die an der Sowjetunion orientierte FIDEF (Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.), die sich seit 1987 GDF (Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.) nennt, gegründet. Außerdem entstand 1976 die maoistisch-albanische ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD e.V.), 1977 die sozialdemokratisch/demokratisch-sozialistisch orientierte HDF (Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e.V.) und andere linksgerichtete Organisationen, wie zum Beispiel: Dev-Yol bzw. Devrimci-Isci, die alevitisch orientierte DYBF (Föderation für den Demokratischen Patriotenbund, 1979), die albanisch-maoistische DIDF (Föderation demokratischer

Arbeitervereine aus der Türkei in Deutschland, 1980) sowie kurdische Föderationen wie KOM, KAR, KKD etc.

Gemeinsam war den parteipolitisch orientierten Dachorganisationen und ihren Mitgliedsvereinen in dieser Zeit die Verbreitung ihrer politischen Überzeugungen und Ideologien in der türkischen Bevölkerung zur Unterstützung ihrer Mutterparteien bzw. Organisationen in der Türkei, da sie auf sie fixiert waren, von ihnen abhingen und die Immigration als ein vorübergehendes Phänomen ansahen. Außerdem bemühten sie sich um Hilfestellung bei der Lösung der Alltagsprobleme ihrer Mitglieder und Sympathisanten.

Die orthodox-islamischen und die rechtsradikalen Organisationen erfüllten und erfüllen die Funktion der Herstellung einer Identität bei einer diskriminierten, gesellschaftlich ausgesonderten Stellung ihrer Landsleute im Immigrationsland, wobei unter den Bedingungen des Immigrationsprozesses nationalistische und religiöse Radikalisierungstendenzen beinahe unvermeidlich zunahmen. Die orthodox-islamischen Orgnisationen befriedigten religiöse und kulturelle Bedürfnisse und instrumentalisierten dabei den Islam, um ihren Einfluß auf die türkische Bevölkerung zu verstärken. Die rechtsradikalen Organisationen versuchten ebenfalls über den Bezug auf nationale, kulturelle und religiöse Gefühle Einfluß auf die türkischen Arbeitsimmigranten zu gewinnen.

Die sehr unterschiedlichen linksgerichteten Organisationen waren diejenigen Gruppen, die sich mit ihrem kritischen Potential neben dem Bezug auf die Türkei noch am bewußtesten mit der deutschen Umwelt auseinandersetzten. Sie interessierten sich wesentlich mehr als die rechtsgerichteten Organisationen für Diskussionen und Aufklärung über Erziehungs- und Bildungskonzepte für ihre Kinder, bessere Wohnverhältnisse, den Kampf gegen Ausländer- bzw. Türkenfeindlichkeit und politische Partizipation der ImmigrantInnen. In den linksgerichteten Organisationen wurden zudem wichtige Vermittlungsfunktionen zwischen den türkischen ImmigrantInnen und gesellschaftlichen Institutionen wie politischen Parteien, Gewerkschaften, Mietervereinen und sonstigen Initiativgruppen und ImmigrantInnenvereinen anderer Nationalitäten wahrgenommen. Durch ihren Pragmatismus trugen sie ganz erheblich zur Integration ihrer Landsleute in das politische System der BRD bei.

Pragmatismus heißt die neue Devise

Anfang der 80er Jahre hat eine neue Phase für die türkische ArbeitsimmigrantInnen in der Bundesrepublik begonnen, die heute als Niederlassungsphase bezeichnet wird. Die Phase ist geprägt durch die Zunahme der Wohnbevölkerung und die Abnahme des Anteils der türkischen Erwerbstätigen. Waren ca. 80% der türkischen Wohnbevölkerung 1967 erwerbstätig, so sank ihr Anteil 1970 auf 70%, 1978 auf 44% und 1993 auf 34%. Diese Veränderung der Gesellschaftsstruktur der türkischen Minderheit hatte auch Folgen für das Selbstverständnis und die Organisationsstruktur der türkischen ImmigrantInnen: Die Organisationen erleben einen Übergang von parteipolitisch auf die Türkei ausgerichteten Organisationen zu Interessensorganisationen der gesamten eingewanderten türkischen Minderheit in der Bundesrepublik.

Nach meinen Schätzungen gibt es zur Zeit in der Bundesrepublik neben ca. 700 bis 800 Sportvereinen über 700 islamisch-gemäßigte Moscheen und Vereine, die dem Amt für Religionsangelegenheiten der aus der Türkei gelenkten DITB angehören.



Lange fällig: Das Wahlrecht für MigrantInnen

Außerdem existieren zwischen 600 und 800 Kultur- und Freizeitvereine und sonstige Initiativen. Im Verhältnis zu den parteipolitisch ausgerichteten Organisationen nehmen die oben genannten Vereine, Initiativen und Interessenverbände zu. So existieren zum Beispiel türkische Eltern-, Frauen-, Jugend-, Studenten- und Akademikerverbände sowie Verbände, die die Interessen von verschiedenen Berufsgruppen vertreten, wie z.B. Mediziner oder Kaufleute. Solche Interessenverbände sind in Dachverbänden auch auf Bundesebene organisiert.

Zudem existieren Dachorganisationen, die sich für die Interessenvertretung der gesamten türkischen Minderheit in den jeweiligen Städten und Bundesländern und für die Gründung der „Türkischen Gemeinden in Deutschland" einsetzen. Zu ihnen zählen z.B. das Bündnis Türkischer Einwanderer (TGB) in Hamburg, der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg, die Türkische Gemeinde in Hannover, Essen, Rhein/Main und Bremen. Diese Dachorganisationen orientieren sich an den Problemen der türkischen Minderheit sowie an den Voraussetzungen und Erwartungen des Einwanderungslandes.

Sie leisten damit einen großen Beitrag sowohl zur Integration der MigrantInnen in das politisch-gesellschaftliche System der Bundesrepublik, als auch zur Integration der türkischen Minderheit in ihre eigenen Organisationen. Sie müßten, wie in den Niederlanden und in Schweden, seitens des Staates finanziell und politisch unterstützt und gefördert werden, um ihnen eine Artikulation ihrer Interessen und die Weiterentwicklung ihrer Selbsthilfeansätze zu ermöglichen. Die Rahmenforderungen und -vorschläge der neu gegründeten Dachorganisationen der eingewanderten türkischen Minderheit auf Landesebene (z.B. des Türkischen Bund Berlin-Brandenburg oder des TGB in Hamburg) und der parteipolitisch ausgerichteten Dachorganisationen haben sich im Laufe des Immigrationsprozesses angeglichen. Die Anerkennung der Multikulturalität, die Einführung des Niederlassungsrechts, des Kommunalwahlrechts, die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens, die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts in den deutschen Schulen, die Abschaffung von diskriminierenden Gesetzen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Wohnverhältnisse sowie die Einführung von Anti-Diskriminierungsgesetzen sind inzwischen gemeinsame Forderungen aller Organisationen der türkischen Minderheit.

Alle Dachorgansiationen - ob mit parteipolitischer oder anderer Ausrichtung - können aber nur dann auf die Institutionen in Deutschland Einfluß nehmen, wenn sie helfen, eine autonome Interessen-Dachorganisation für die gesamte türkische Minderheit auf Bundesebene zu gründen, die deren Interessen repräsentiert und ihre Potentiale für die gemeinsamen Ziele mobilisiert.

Ertekin Özcan

Stark gekürztes Schlußkapitel aus: Ertekin Özcan: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, HITIT-Verlag, Berlin 1992 (2.Auflage)

Drei Generationen

Lebenswege „türkischer" Frauen in Deutschland

Mehrere Generationen türkischer Frauen leben mittlerweile in Deutschland. Vor allem die Frauen zwischen 35 und 55 stehen den verschiedensten Rollenerwartungen gegenüber - Probleme, die ihre Mütter noch nicht und ihre Tochter vielleicht nicht mehr beschäftigen. Die Lebenswege dieser Frauen stehen für die Möglichkeiten und Grenzen der Selbstbestimmung vieler Migrantinnen in Deutschland.

Ausländische Frauen in der Bundesrepublik werden gemeinhin als Gradmesser für die Integrationsbereitschaft von AusländerInnen betrachtet. Türkische Frauen, die aufgrund ihrer Kleidung und ihres Verhaltens äußerlich nicht anpassungsbereit erscheinen, werden als Beweis für die grundsätzlich mangelnde Integrationsbereitschaft der TürkInnen in die deutsche Gesellschaft gesehen. Abgesehen davon, daß die Gleichsetzung von „Kopftuch" und „unterdrückter Frau" eine typisch eurozentrische Betrachtungsweise ist und nicht die Realität widerspiegelt, zeigt sie auch, daß man es sich im Fall der sogenannten „ausländischen Frauen" immer noch erlauben kann, undifferenziert Stereotypen zu benutzen. Nicht beachtet wird die Vielfalt und der Wandel von Lebensformen auch bei den türkischen Frauen in Deutschland.

Zu Beginn der türkischen Migration nach Westeuropa war der Anteil der Frauen an den MigrantInnen gering. Zwischen 1961 und 1976 standen 678.702 angeworbenen türkischen Männern nur 146.681 Frauen gegenüber. Seit Mitte der 70er Jahre hat sich jedoch der Anteil der Frauen an der türkischen Bevölkerung in Deutschland allmählich dem Anteil der Männer angeglichen. Während er 1961 bei 17,5% und 1974 bei 36% lag, beträgt er heute 45%. Angeworbene Frauen wurden vorwiegend als un- oder angelernte Arbeiterinnen für spezielle feinmechanische Tätigkeiten im verarbeitenden Gewerbe oder für Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich eingestellt. Zum Teil wurden sie von ihren Familien in der Hoffnung vorgeschickt, nach einer kurzen Zeit die Ehemänner oder andere männliche Familienmitglieder in die Bundesrepublik nachholen zu können. Aber auch alleinstehende, geschiedene oder verwitwete Frauen kamen nach Deutschland, die in ihren Heimatländern keine ökonomische Basis für ihr Leben finden konnten.

Nahezu alle in den 60er und frühen 70er Jahren gezielt angeworbenen Frauen reisten alleine ein und wohnten zunächst in Sammelunterkünften der Firmen, die sie angeworben hatten. Erstmals mußten sie ohne die gewohnte Familie im Hintergrund leben. Während dies einerseits die Gefahr der Vereinsamung, psychischer Probleme durch Heimweh, Ängste und damit verbundene Depressionen barg, war andererseits damit die Chance verbunden, Selbständigkeit zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen. Auf diese Weise wurden wichtige Kompetenzen im Umgang mit den Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft entwickelt, was oft Probleme mit den später hinzugezogenen Ehemännern nach sich zog, die diese Entwicklung ihrer Frauen nicht immer nachvollziehen und akzeptieren konnten.

Eine zweite Gruppe von Frauen, etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Türkinnen, kam im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland. Rechtlich gesehen waren sie gegenüber der ersten Gruppe im Nachteil, da sie aufenthalts- und arbeitsrechtlich von ihren Ehemännern abhängig waren. Erst nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland haben türkische Ehefrauen Anspruch auf eine allgemeine Arbeitserlaubnis. Die Neuregelung des Aufenthalts- und Arbeitsrechtes für schon länger in der Bundesrepublik lebende Frauen hat teilweise rechtliche Sicherheiten gebracht. Es gilt aber immer noch die Regelung, daß eine mindestens vierjährige (bei Türkinnen aufgrund des EU-Assoziierungsabkommens zwischen der Türkei und der EU eine dreijährige) eheliche Gemeinschaft existiert haben muß, um zu einem eigenen Aufenthaltsstatus zu kommen. Frauen müssen daher auch bei gravierendsten Eheproblemen so lange in der Ehe ausharren, bis die Wartezeit für einen eigenständigen Aufenthaltsstatus verstrichen ist. Auch die Zuflucht in ein Frauenhaus o.ä. ist nicht möglich, weil die Frauen dort von Sozialhilfe abhängig wären, was wiederum ein Grund für eine Ausweisung sein kann.

Heute stellen türkische Frauen mit ca. 200.000 Erwerbstätigen fast ein Drittel der türkischen ArbeitnehmerInnen (Stand: Juni 1993). Aufgegliedert nach ihrer Stellung im Beruf stellt sich heraus, daß 2,7% der erwerbstätigen türkischen Frauen Selbständige (jede/r 10. türkische Selbständige ist eine Frau), 13% Angestellte und 84,3% Arbeiterinnen sind. Bei der niedrigen Erwerbsbeteiligung türkischer Frauen spielt die Altersverteilung eine große Rolle. Vor und nach der „Familiengründungsphase" sind sie sehr viel stärker am außerhäuslichen Erwerbsleben beteiligt. Während 47% der türkischen ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 35 und 40 Jahren weiblich sind, gilt dies nur für 32% derer zwischen 20 und 25 Jahren. Aber auch Frauen, die nicht beruflich eingebunden sind, gaben bei einer Befragung zu 71,6% an, gerne arbeiten zu wollen, 17,6% sind teilweise interessiert und nur 10,8% ist überhaupt nicht an außerhäuslicher Erwerbsarbeit interessiert. Dies zeigt eine hohe Bereitschaft zur außerhäuslichen Tätigkeit, die auch in Verbindung mit dem Wunsch steht, intensivere Kontakte zu Deutschen zu haben (bei 80,8% der Frauen, die sich einen intensiveren Kontakt zu Deutschen wünschen, ist eine Erwerbsbereitschaft vorhanden). Neben dem primären finanziellen Interesse spielt der Wunsch nach mehr Abwechslung, Kontakten und Selbständigkeit eine große Rolle für die Erwerbsbereitschaft.

Sozial mobil und beruflich flexibel, ...

Eine Gruppe von besonderer Bedeutung ist die der jungen Frauen, die heute im Alter von 35-55 sind. An ihnen und ihren Lebenswegen lassen sich exemplarisch die Möglichkeiten und Grenzen der Selbstbestimmung von Migrantinnen in Deutschland aufzeigen. Einige Frauen dieser Generation haben die soziale Mobilität der MigrantInnengesellschaft für sich zu nutzen gewußt.[1] Dabei spielt der Aspekt der Berufstätigkeit eine zentrale Rolle. Es handelt sich um eine eher kleine Gruppe, die sich im Laufe der 80er Jahre durch Deutschkurse, betriebliche

Fortbildung, Abendkurse etc. weitergebildet haben und heute einem Lehr- oder Beratungsberuf nachgehen (Lehrerin, Sozialarbeiterin, Erzieherin, Beauftragte im kulturellen Bereich). Ursprünglich sind sie als angeworbene Arbeiterinnen nach 1961 oder im Rahmen des Familiennachzugs nach 1974 als Ehefrauen der ersten 'Gastarbeitergeneration' in die Bundesrepublik gekommen. Eine andere Gruppe dieser Frauen hat den Schritt in eine bescheidene selbständige Erwerbstätigkeit - oftmals als Besitzerinnen von Änderungsschneidereien oder Boutiquen - gewagt.

Beiden Gruppen mit ihrem sozialen Hintergrund kommt eine integrative Funktion zu. Sie kennen die hiesigen und heimatlichen sozio-kulturellen Bedingungen der Mehrzahl der türkischen Bevölkerung in Deutschland aus eigener Erfahrung und sind selbst mit der Problematik der Migration gut vertraut. So werden sie von der hiesigen türkischen Bevölkerung als Bezugs- und Identifikationspersonen anerkannt. Insbesondere für türkische Mädchen der zweiten Generation stellen sie gesellschaftliche Vorbilder dar.

Die zwei Berufsgruppen bzw. -branchen gelten hierzulande vielleicht als „typisch weiblich" und daher wenig innovativ bzw. 'frauenbewegt'. Dennoch zeugt die berufliche Umorientierung der Frauen von mehr Selbstbestimmung, wenn berücksichtigt wird, daß diese Frauen der ersten MigrantInnengeneration angehören, und deshalb weder über deutsche Schulabschlüsse noch sonstige, hier anerkannte Diplome verfügen.

... keine typisch deutsche Karriere

Aus den Untersuchungen wird deutlich, daß zwar spezifische Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft türkische Frauen in der beruflichen Entwicklung unterstützen können (ebenso auch behindern), aber die Wahrnehmung dieser Gegebenheiten in erster Linie von den persönlichen und familiären Voraussetzungen abhängt. Wie sich gezeigt hat, brachte die Gruppe der befragten Frauen wesentliche Voraussetzungen für eine berufliche und soziale Integration in die deutsche Gesellschaft aus der Türkei mit. Sowohl Voraussetzungen im familiären und Bildungsbereich, als auch durch Erfahrungen mit der Binnenwanderung machen sie sozial relativ mobil. Die Frauen der untersuchten Gruppe weisen überwiegend eine starke Bildungsmotivation auf und das Bedürfnis, selbständig zu sein. Sie haben oft in Zusammenhängen außerhalb des traditionellen Familienverbandes (mit nur einem Elternteil bzw. losgelöst von dem größeren Familienumfeld) gelebt und verfügen aufgrund ihrer Ausbildung und Tätigkeiten in der Türkei über Kenntnisse und Fähigkeiten, die ihnen bei der beruflichen Veränderung in Deutschland nützten. Da sie in den wenigsten Fällen ihre Berufswahl in der Türkei selbst bestimmen oder beeinflussen konnten und auch ihr beruflicher Einstieg in Deutschland weniger an persönlichen Interessen denn an pragmatischen Gesichtspunkten orientiert war, waren sie gegenüber den Chancen einer beruflicher Veränderung in Deutschland flexibel.

Stolperstein Familie

Die Einreisemotivation der meisten war nicht die Flucht aus einer akuten, finanziellen Notlage, vielmehr stand eine Verbesserung des Lebensstandards sowie ein Interesse für „Europa" im Vordergrund. Die überwiegende Mehrheit der Frauen hat den Wechsel in ein Angestelltenverhältnis im Sozialbereich oder in die Selbständigkeit erst aufgenommen, nachdem deutlich wurde, daß sich der zeitlich begrenzt gedachte Aufenthalt in Deutschland auf unabsehbare Zeit verlängern würde. Hinzu kamen gesellschaftliche Veränderungen (veränderte demographische Zusammensetzung der Migrantengesellschaft nach dem verstärkten Familienzuzug nach 1974 etc.), die die vermehrte Anstellung türkischer Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen notwendig machten. Die Frauen konnten trotz relativ ungünstiger Anfangsvoraussetzungen in einer sprachlich und kulturell fremden Umgebung in Berufe überwechseln, die eine hohe sprachliche Kompetenz und selbständige Handlungsfähigkeit erfordern.

Die Familie ist jedoch nach wie vor für die überwiegende Mehrheit der Frauen ein sehr wichtiger Faktor in ihrem Leben - auch wenn ein Drittel der Gesprächspartnerinnen geschieden ist bzw. getrennt lebt. Kinder gehören selbstverständlich zum Leben der Frauen, eine endgültige Trennung vom Ehemann wird nur in den seltensten Fällen vollzogen, da sie mit einem Verlust der engeren Bindung zur türkischen Gemeinschaft in Deutschland verbunden ist. Obwohl die Frauen es kritisch betrachten, dem Anspruch des Partners sowohl beruflich als auch innerhalb der Familie und des Haushaltes gerecht werden zu müssen, lehnen sie sich in den seltensten Fällen gegen die Rollenaufteilung in der Familie auf, die auch der berufstätigen Frau die Erledigung des gesamten Haushalts und die Erziehung der Kinder zuschreibt. Wenn diese Doppelbelastung einmal abgelehnt wird oder die Frau durch Umstände wie Arbeitslosigkeit des Ehemanns zur Hauptverdienerin in der Familie wird, treten oft Probleme zwischen den Ehepartnern auf, die auch zu Trennungen führen. Eine Rolle spielt dabei die Entwicklung der Frau von der Hausfrau oder Arbeiterin, die auf der gleichen oder niedrigeren sozialen Stufe wie ihr Mann steht, zu einer Angestellten im Sozialbereich oder Selbständigen mit breitgefächerten sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten, die nun auf einer höheren sozialen Stufe als ihr Mann steht. Dieser kann das in vielen Fällen nicht mit seinem Selbstverständnis als Oberhaupt der Familie vereinen, woraus dann in



Voll integriert

einigen Fällen schwere familiäre Krisen resultieren.

Positiv beurteilten die Frauen ihr in Deutschland verändertes Freizeitverhalten (mehr sportliche Aktivitäten, Besuch von kulturellen Veranstaltungen und Fortbildungskursen), das offenere und entspannte Verhältnis zur islamischen und christlichen Religion und die Ablehnung eines rigiden „Ehrverständnisses". Sie stellten bei sich auch eine größere Selbständigkeit und die Entdeckung der eigenen Persönlichkeit durch das Leben in Deutschland fest. Zurückgeführt wird dies auf mehr persönliche Freiheit und mehr Handlungsspielraum für Frauen. Dabei wird der Berufstätigkeit eine große Rolle eingeräumt, was zwar auch Einfluß auf eine andere Einstellung zur Partnerschaft in der Ehe oder in einer Beziehung hat, die aber nur in wenigen Fällen auch in die Realität umgesetzt wird. Allerdings wünschen sich die Gesprächspartnerinnen diese Umsetzung für ihre Töchter. Neben der grundsätzlich vorhandenen Offenheit gegenüber der deutschen Gesellschaft stufen die Frauen den Kontakt zu Gleichgesinnten in der türkischen Gemeinschaft in Deutschland als wichtig für die eigene Identität ein, obwohl er oft schwer herzustellen ist.

Aus der Sicht der befragten Frauen hat sich ihr Leben im Vergleich zu dem ihrer Mütter positiv verändert. Allerdings fehlt bislang eine Auseinandersetzung mit denjenigen, die Rollenzuschreibungen weiterhin verfestigen und damit eine umfassende Selbstbestimmung von Frauen verhindern. Das ist - nicht nur für türkische Frauen - nicht einfacher geworden.

Yasemin Karakaşoğlu

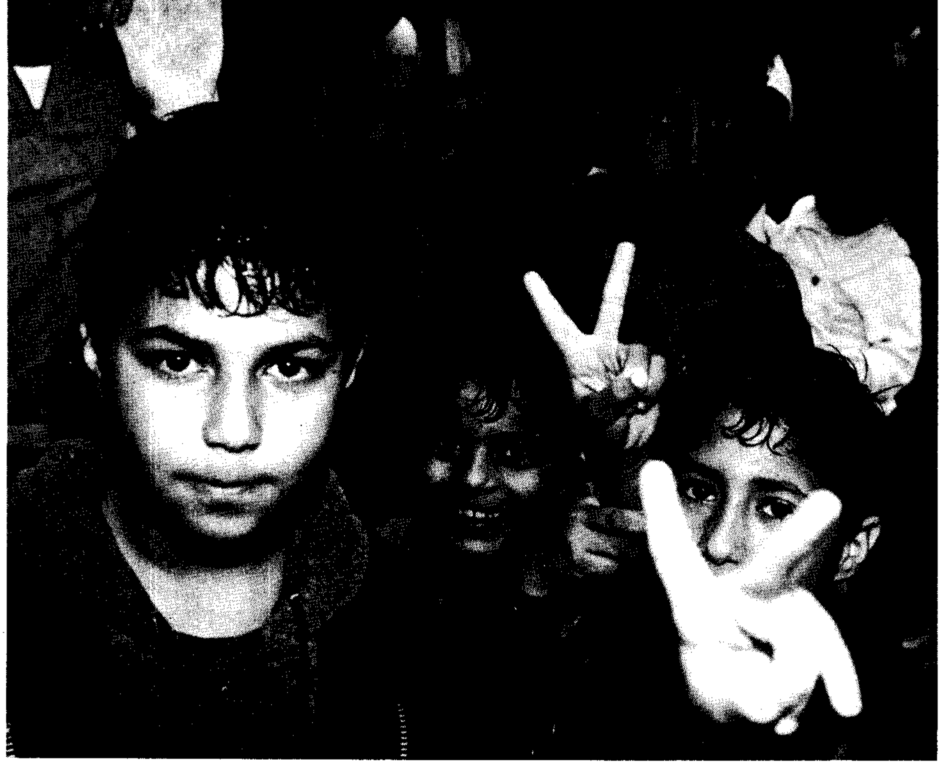
Anmerkungen:

1) Diese Gruppe wurde in einer Untersuchung befragt. Die Ergebnisse der Befragung spiegeln sich im Text wider.

Kinder des Kiez

„Türkische" Jugendliche in Schöneberg

Heftige Diskussionen löst momentan die von deutschen Beobachtern diagnostizierte „Türkisierung" türkischer MigrantInnen aus. Sie wird als Selbstisolation oder als Folge von Diskriminierung unterschiedlich gewichtet. Kategorien nationaler Zugehörigkeit stehen dabei hoch im Kurs. Einen Perspektivenwechsel fordert Arnd-Michael Nohl nach seinen Erfahrungen mit dem Alltag von Berliner türkischen Jugendlichen.



Die migrationspolitische Diskussion in der BRD wird bestimmt von dem Problem der nationalen Zugehörigkeit der zugewanderten Minderheiten. Hierbei wird jedoch nur der staatspolitischen und gesamtgesellschaftlichen Perspektive Rechnung getragen, während die Sichtweise der MigrantInnen ins Abseits gerät. Nimmt man statt der nationalen Differenzierungen in z.B. „deutsch"/„türkisch" die Alltagspraxis der MigrantInnen als Ausgangspunkt der Analyse, werden lokale Bindungen deutlich, die nationale Zugehörigkeiten in den Hintergrund drängen.

Das „Zuzugsalter" von Kindern türkischer ArbeitsmigrantInnen, die im Rahmen der Familienzusammenführung in die BRD kamen, wurde in den siebziger Jahren unter dem Aspekt festgelegt, welches Höchstalter noch zur Assimilation an die deutsche Kultur befähige. Als in den achtziger und neunziger Jahren die nationale Loyalität zum Kriterium der Staatsbürgerschafts- und Wahlrechtsdiskussion wurde, ging es nicht um Aufenthaltsrechte, sondern um Rechte auf politische Mitbestimmung. Die Frage lautete: Kann eine Türkin, die der Türkei noch emotional und wirtschaftlich verbunden ist, die Politik einer deutschen ‚Schicksalsgemeinschaft' mitbestimmen, in die sie selbst nicht hundertprozentig eingebunden ist? Eine Klärung dieser von falschen Prämissen ausgehenden Frage steht noch aus.

Währenddessen wird das Vertrauen der bundesdeutschen ‚progressiven' Öffentlichkeit in die Abkehr der MigrantInnen von ihrem Herkunftsland erschüttert und das Mißtrauen der Konservativen bestätigt: Die Kriegsparteien im kurdischen Konflikt entdeckten die BRD und deren türkische und kurdische Gemeinden als ökonomisch und propagandistisch nützlichen Nebenkriegsschauplatz. Im konservativen Lager rief man aufgrund der „Gewalt", mit der die Sympathie kurdischer MigrantInnen für die ‚nationale Sache' des kurdischen Volkes zutage trat, schnell nach Strafe und Ausweisung. In progressiven Kreisen ist man bestürzt über die Resonanz, die die nationalistische Propaganda des türkischen Regierungssenders TRT-INT für „unsere Soldaten" in der türkischstämmigen Bevölkerung hat und sieht im Hintergrund eine Selbstisolation von der deutschen Gesellschaft.[1] Die Popularität türkischer Fernsehsender dient hier als „objektiver" Nachweis einer „Türkisierung", ohne daß überhaupt gefragt würde, welche Bedeutung diese Programme für die MigrantInnen haben.

Noch weit über dreißig Jahre nach Beginn der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik beherrscht die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit und Loyalität der MigrantInnen den öffentlichen Diskurs. Gleich jedoch, ob nationale Bindungen abgelehnt oder gefordert werden - durch die Reduktion der Migrationsproblematik auf den Begriff ‚Nation' wurde genau diese Zuordnung nach nationalen Kategorien ständig reproduziert. Die Differenzierungen in „deutsch" und „türkisch" werden zu Etiketten.

Nationale Etikettierungen werden nicht nur in der Politik, sondern auch von den MigrantInnen selbst gebraucht. Insbesondere dann, wenn sie nach ihrer nationalen Identität gefragt werden, wie es so häufig in Journalismus und Umfragen geschieht. Auf dieser Ebene wird aber nur deutlich, wie Identität der Außenwelt symbolisch vermittelt wird, bzw. an welche der beiden ihnen

zur Verfügung stehenden Nationalitäten die MigrantInnen sich gebunden fühlen wollen. Der Facettenreichtum von Identität wird nicht mehr wahrgenommen, wenn sie auf die nationale Etikette verdichtet wird. Leben reduziert sich aber nicht auf die Entscheidung für eine Nationalität. Erfahrungen in Schule, Familie, Ausbildung, Haushalt, Beziehungen zu Bekannten, Erfahrungen in staatlichen Behörden und beim Konsum - der Alltag also - nehmen einen breiteren Raum ein. Wenn wir Erzählungen über Alltagserfahrungen daraufhin analysieren, was sich in ihnen über die MigrantInnen selbst dokumentiert, gewinnen wir Zugang zu einer Identität, die hinter nationalen Symbolen liegt. Es wird deutlich, welch geringen Stellenwert nationale Etiketten im täglichen Leben der MigrantInnen haben.

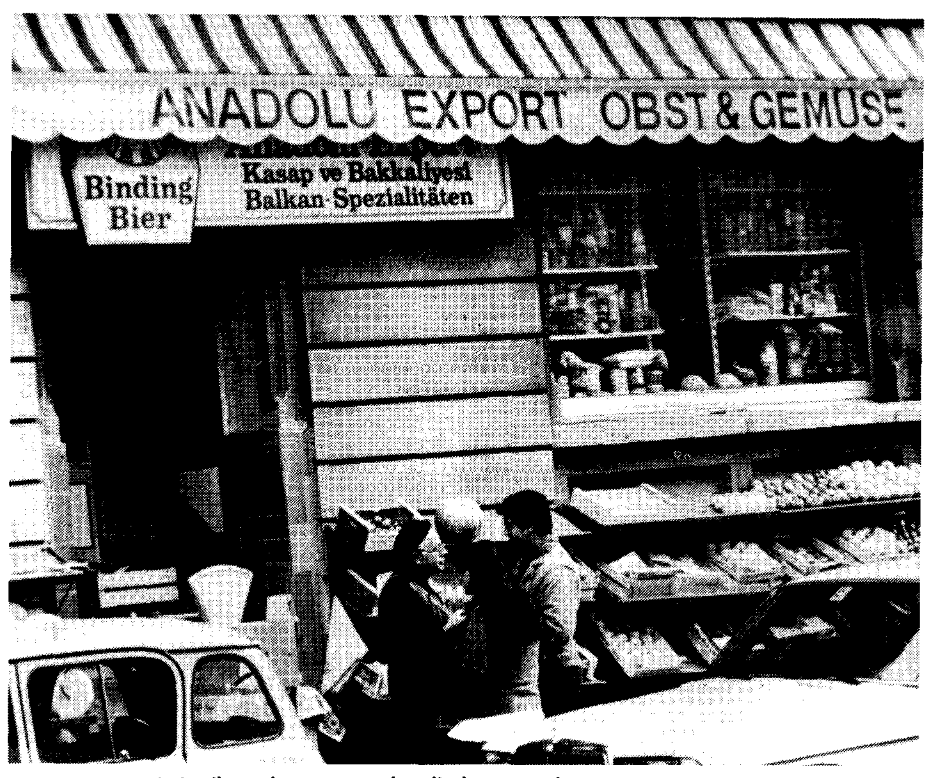
Alltagserfahrungen, die es also zum Ausgangspunkt der migrationspolitischen Diskussion zu machen gilt, sind mannigfaltig und verschieden. Daher möchte ich die Ergebnisse der Studie, die ich im folgenden vorstellen werde, nicht zu Aussagen über die TürkInnen in Deutschland verallgemeinern. Ein angemessener Zugang zur Migrationsproblematik kann nur gesichert werden, wenn Offenheit und Neugier gegenüber den vielfältigen Lebenslagen der Betroffenen gewahrt bleiben.

Kumpels und Forscher

Im Rahmen eines Forschungsprojektes wurden ca. 60 Gruppen männlicher Lehrlinge aus verschiedenen Stadtbezirken Berlins befragt. Die geplante Einbeziehung von weiblichen Jugendlichen in die Studie wurde leider nicht finanziert. So konnten wir das, was die jungen Türken aus dem Bezirk Schöneberg über ihr Leben erzählen, zwar nicht mit Erzählungen junger Türkinnen, wohl aber mit denen deutscher Gruppen von Fußballfans, Musikern und anderen Jugendlichen vergleichen.

Hakan, Ismail, Baki und Deniz sind Jugendliche im Alter von 17 bis 22 Jahren. Wir haben sie in verschiedenen Jugendzentren des Berliner Bezirks Schöneberg kennenglernt, wo sie häufig im Kreise ihrer Freunde anzutreffen sind. Wie für ihre deutschen Altersgenossen sind auch für Hakan und die anderen Jugendlichen ihre Gruppen sehr wichtig. Hier können sie ihre Freizeit verbringen, Erfahrungen, die sie zu Hause oder in Schule und Arbeit gemacht haben, verarbeiten und Pläne für die Zukunft entwickeln. In den Cliquen gibt es niemanden, der noch zur Schule geht. Einige der jungen türkischen Männer sind in der Ausbildung, andere arbeitslos. In ihrer Freizeit spielen sie Karten, Billard, einige ‚sprayen', und eine Gruppe verbringt ihre freien Abende mit Breakdance.

Immer, wenn wir das erste Mal eines der Jugendzentren besuchten, fühlten wir uns wie Eindringlinge in einem Wohnzimmer.



Ein paar Gemüseläden ihrer Eltern prägen das Klischee vom Kiez

An dem Abend, an dem wir Baki und seine Clique kennenlernten, kamen wir in den Aufenthaltsraum und hielten Ausschau nach den SozialarbeiterInnen. Baki, der hinter einer Theke stand, rief uns zu: „Ich bin hier zuständig". Daß die Jugendlichen den Raum als ihren Raum betrachten, wurde uns wenig später noch deutlicher. Aus einer anderen Ecke kam ein junger Türke auf uns zu, fragte nach unserem Anliegen und forderte uns schließlich auf, uns vorzustellen: „Wenn man wo neu ist, muß man doch erzählen, wer man ist". Nachdem wir die Jugendlichen näher kennengelernt hatten, klärte uns Baki darüber auf, daß wir die Möglichkeit, im Jugendzentrum zu forschen, lediglich der Großzügigkeit und dem Vertrauen der Jugendlichen zu verdanken hätten. Während die Hausordnung versteckt in einer Ecke hängt, bestimmen die ‚ständigen Gäste' des Jugendzentrums dessen eigentliche Regeln.

Interpretation von Diskriminierung

Dabei hat unser Eindruck der Metamorphose des öffentlichen Raums in die Privatsphäre einer Wohnstube wenig mit einer Abgrenzung von den deutschen ForscherInnen zu tun. Wir wurden vielmehr dadurch zu Fremden, daß die Jugendlichen sich alle untereinander „von klein auf kennen" und, wenn schon nicht dickste Freunde, so doch wenigstens alle „Kumpels" sind, wie sie selbst sagen. Die gemeinsame Sozialisation in den sie umgebenden Straßenzügen schafft gegenüber Fremden eine Solidaritätsbreitschaft untereinander, die auch Interessensunterschiede und differierende Lebensziele in den Hintergrund rücken lassen.

Obwohl keine der uns bekannten Gruppen von Auseinandersetzungen mit Skinheads berichtet, kommt das Gespräch unter den Jugendlichen immer wieder auf Diskriminierungen. Baki, der nach dem Abbruch einer Ausbildung wieder auf Arbeitssuche ist, erzählt von Gesprächen mit ArbeitgeberInnen: „Man redet mit denen am Telefon, macht einen Termin klar und am Telefon kriegen die nicht mit, daß man Ausländer ist... Weil wir zum Teil sehr gut Deutsch sprechen... Und wenn wir dort hingehen, sehen die unsere schwarzen Haare und sehen daran, daß wir Türken beziehungweise Ausländer sind. Und danach stellen sie irgendwelche Hürden auf, daß man diesen Beruf nicht kriegt. Also, wenn du zum Beispiel aussiehst wie ein Zwanzigjähriger, sagen die, diesen Job kriegt man erst mit fünfundzwanzig Jahren..." In diesem auf einer recht allgemeinen Ebene gehaltenen Diskurs ist nicht erkennbar, ob die ArbeitgeberIn Baki tatsächlich diskriminieren wollte, oder ob der Jugendliche die fehlgeschlagene Bewerbung so interpretiert.

Genau dies ist aber das Problem, das sich in den Erzählungen vieler Jugendlicher über rassistisches Verhalten ausdrückt: Da diejenigen, die diskriminieren, sich hinter „Ausreden" verstecken und insofern inauthentisch sind, können die Jugendlichen sich der Intentionen ihres Gegenübers nicht sicher sein. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über rassistisches Verhalten wird dadurch unmöglich. Auf der anderen Seite laufen die Jugendlichen Gefahr, Situationen fehlzuinterpretieren, wenn die häufigen Diskri-

minierungserfahrungen außerhalb konkreter Situationen, z.B. durch mündliche Weitergabe oder Verbreitung durch Medien, zu stereotypen Interpretationsmustern sozialer Situationen werden. Nicht mehr nur der einfache, offene Rassismus gefährdet also die Kommunikation zwischen Deutschen und MigrantInnen, das Problem ist viel komplexer geworden: Wo auf der einen Seite inauthentisches Verhalten waltet und auf der anderen Seite die Wahrnehmung durch die Furcht vor Diskriminierung geprägt ist, wird eine Verständigung immer schwieriger.

Die jungen türkischen Männer werden gerade mit dem Eintritt in den Arbeitsmarkt mit Diskriminierung hinsichtlich ihrer Herkunft konfrontiert. In der folgenden Erzählung zeigt sich, in welch mißliche Situation Ismail dadurch gerät, daß er die Diskriminierung nicht thematisieren kann: „Seit ich arbeite, weiß ick, daß ick en Ausländer bin. Davor war mir das gar nicht bewußt, die waren alle gleich für mich in der Schule, kein Problem. Die nennen mich alle da (auf der Arbeit, AMN) Mustafa, die können nicht meinen richtigen Namen aussprechen... Und denn ab und zu die Ausländerwitze, kann ick gar nichts sagen, wenn ich da was sage, dann scheiß ich mich ja selbst an." Erst dadurch, daß ArbeitskollegInnen die individuelle Authentizität von Ismail nicht anerkennen und ihn mit einem türkisch- ethnischen Namen etikettieren, wird Ismails Identifikation mit den Gleichaltrigen und seine Selbstgewißheit erschüttert. Die Fremdetikettierung führt zu einer Reflexion der eigenen Identität, ohne daß allerdings in einer nationalen Zugehörigkeit Zuflucht genommen wird.

Nicht türkisch, nicht deutsch und auch nichts dazwischen

Nicht alle jugendliche Cliquen führt die Konfrontation mit Rassismus zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen Identität. In subkulturell orientierten Cliquen, die in Breakdance oder auch krimininalisierbares Verhalten „eintauchen", verlieren die Herkunft einzelner betreffende Diskriminierungen entweder an Bedeutung oder sie dienen der Eskalation von körperlichen Auseinandersetzungen. So muß man an die Erzählungen derjenigen anknüpfen, die sich angesichts diskriminierender Fremdetikettierungen ihrer Identität neu vergewissern müssen, um sich der Identität bzw. Kultur der türkischen Jugendlichen zu nähern. Dabei ist zu beachten, daß die Jugendlichen eben nur von außen, durch die ForscherInnen und DiskriminiererInnen, ihrer Selbstgewißheit beraubt werden und ihre Kultur explizieren.

Hakan, der ebenfalls von Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche berichtete, warf den ArbeitgeberInnen vor, einen „Nationalitätenmensch" einem „richtigen Arbeiter" vorzuziehen. Die Jugendlichen lehnen es also selbst dort ab, sich als Türke oder Deutscher zu definieren, wo ihre nationale Identität zum Gegenstand der Diskussion gemacht wird. Mein Ansatz, nicht nationale Etiketten, sondern den Alltag der MigrantInnen zum Ausgangspunkt der Diskussion zu machen, findet in den Erzählungen der Jugendlichen eine Entsprechung. Sie favorisieren Kategorien, die sich auf ihre Kompetenzen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft beziehen.

Baki: „Wenn ich einen Jugendlichen sehe, der genauso alt ist wie ich und kaum Deutsch spricht, dann ist er für mich blöd. Ich meine, er ist genauso großgeworden wie wir und der lebt hier in Deutschland. Er muß auf jeden Fall die Sprache der Deutschen lernen. Das hört sich irgendwie dumm an, wenn ein Türke, der genauso alt ist wie wir, kommt und sagt, ‚Lies mal bitte vor, was hier steht'. Wie will er dann weiterleben, er fängt dann von dort an, wo auch sein Vater vor zwanzig Jahren angefangen hat. Zum Glück ist es bei uns nicht so. Unsere Eltern haben hier schon sehr viel erreicht, und wir müssen das irgendwie fortsetzen und nicht an der gleichen Stelle bleiben." Die Aufstiegsabsicht, die Baki hier im Rahmen der Familienbiographie entwickelt, impliziert keine Anpassung, sondern gründet sich auf Kompetenz. Dies wird auch deutlich, wenn ein Freund Bakis Rede mit einem türkischen Sprichwort illustriert: „Versuch, irgendetwas auf die Beine zu stellen, und werde nicht so ein Esel wie dein Vater."

An dem Sprachverhalten der türkischen Jugendlichen dokumentiert sich deren Alltagspraxis, die nicht als eine zwischen den Kulturen liegende bezeichnet werden kann, auch wenn die Jugendlichen „Mischmasch" sprechen, wie sie selbst sagen: Was sie in einer deutsch dominierten Umwelt erlebt haben, erzählen sie auch in deutsch. Obwohl die türkischen Übersetzungen von „Kaufhaus" oder „Ausländeramt" existent sind, werden sie nicht benutzt. Umgekehrt finden Erlebisse im türkischen Milieu ihren besten Ausdruck in der türkischen Sprache. Mit der Charakterisierung als „Mischmasch" ist aber nur ein Aspekt ihrer Alltagspraxis beschrieben.

Heimweh nach Schöneberg

Eine besondere Bedeutung für die Identität der Jugendlichen spielt das Stadtviertel. In Bakis Gruppe zeigte sich eine Solidaritätsbereitschaft, die alle diejenigen einschließt, die im gleichen Quartier aufgewachsen und daher „Kumpels" sind. Wenn hingegen Deniz und seine Freunde über ihr Wohngebiet reden, verschmelzen der Ort der gemeinsamen Sozialisation und die Aura der eigenen Bande: „Wir sind Schöneberger Jugendliche und in Schöneberg sind ja die Red Devils berühmt... Die Red Devils wurden am Schillerplatz gegründet. Da wo wir alle herkommen, so in der Gegend." Die enge Bindung an den heimatlichen Bezirk wird auch in der Abgrenzung von anderen Stadtteilen konstruiert.

Angesichts drohender Diskriminierungen gehen die türkischen Jugendlichen nur in Gruppen in den Ostteil der Stadt. Aber auch der Bezirk Kreuzberg erscheint in den Erzählungen von Ismail als ein Synonym für das Chaos: „Nee hier (in Schöneberg, AMN) ist es eigentlich jut. Ich war heute in Kreuzberg, ich steig aus und dacht, ich bin in der Türkei. Ich schwör dir, die ganzen Junkies und die ganzen Türken..."

Während Schöneberg Heimat verkörpert, ist die Türkei für die jungen Migranten ein fremdes Land, in dem sie Urlaub machen oder Verwandte besuchen. Zwar berichten die Jugendlichen von Plänen ihrer Eltern, im Rentenalter in die Türkei zuückzukehren. Wie unvorstellbar eine „Re"integration aber für sie selbst ist, wird schon in den Erzählungen über vergangene Urlaube deutlich. Diese Besuche, von Ismail als „schrecklich" bezeichnet, werden bisweilen aus Heimweh, nicht nach Deutschland, sondern nach Schöneberg, vorzeitig abgebrochen. Angesichts einer derartigen „Bodenständigkeit" kann es nicht verwundern, daß die türkischen Jugendlichen auch nach ihrem Auszug aus der elterlichen Wohnung in Schöneberg bleiben wollen. Auf das Problem der Wohnungsknappheit hingewiesen, erklärt Deniz: „Sie müssen mir hier eine Wohnung geben. Meine Eltern leben schon seit dreißig Jahren in Schöneberg, im selben Haus. Und alle meine Brüder wohnen auch in Schöneberg. Mein Vater erlaubt gar nicht, daß wir wegziehen." Nicht nur in der Aura der Banden und der Sozialisation, sondern auch in der Familiengeschichte konstituiert sich die identitätsprägende Bindung an das Stadtviertel.

Neben solchen Bindungen vollzieht sich eine „Türkisierung", so sie denn überhaupt zu beobachten ist[2], also allenfalls auf einer symbolischen Ebene. Wenn ich die „Bodenständigkeit" dieser jungen Migranten vergleiche mit den vielen Ortswechseln, die ich selbst in einer kaum längeren Lebensspanne mitgemacht habe - und die sich aufgrund des arbeitsmarktpolitischen Zwangs zur Mobilität sicherlich auch in vielen anderen Lebenläufen niederschlagen -, wird deutlich: der auch von mir mangels Alternativen gebrauchte Begriff „MigrantIn", also WanderIn, erhält seine Legitimation nur noch aus dem meist im Ausland liegenden Geburtsort und den Bestimmungen des Ausländergesetzes, denen die Jugendlichen unterworfen sind.

Arnd-Michael Nohl

Anmerkungen:

1) Dazu etwa die Diskussion in der TAZ vom 9., 18., 23. und 29. Mai über Integration und „Rückzug" der TürkInnen in Deutschland.

2) Ich habe jedenfalls in der vergangenen Zeit bei den Jugendlichen keine Zunahme der Verwendung nationaler türkischer Symbole oder anderer Zeichen einer „Türkisierung" feststellen können.

Kruzitürken!

Die Kontinuität von Feindbildern

Konstruktionen vom Eigenen und Fremden sind meist verbunden mit Selbstüberhöhung und Abwertung. Auch das Bild der Deutschen von TürkInnen folgt dem Muster. Nicht zuletzt durch Schulbücher werden solche Konstrukte transportiert. Margret Spohn hat sich diese Mechanismen im Geschichtsunterricht angeschaut. Sie weist nach, wie das im 15. Jahrhundert entstandene negative Türkenbild eher zementiert als revidiert wird.



Jahrhundertelang beflügelte das Bild des „bedrohlichen" Türken die Phantasie der Europäer

„Kümmeltürke", „Kruzitürk", „Das ist wohl getürkt?" - bis heute werden diese und ähnliche Ausdrücke gebraucht, ohne daßsich die BenutzerInnen darüber im klaren sind, daß sie damit auf jahrhundertealte Vorurteile zurückgreifen. Wer weiß schon, daß man mit „Kümmeltürken" Studenten aus der Gegend von Halle bezeichnete? Dort wurde viel Kümmel angebaut, was als „burschikoses" Nahrungsmittel galt. So ist es jedenfalls im Wörterbuch der Gebrüder Grimm von 1857 nachzulesen; ebenso der Verweis auf die ursprüngliche Bedeutung des Verbs „türken". Damit ist nicht etwa gemeint, daß es Menschen dieser Volksgruppe mit der Wahrheit nicht so genau nähmen. „Türken" steht vielmehr für „Gefechtsübung gegen einen angenommenen Feind; eingedrilltes, parademäßiges Vorexerzieren bei militärischen Besichtigungen". Bei einem enthusiastischen „Hurra" schließlich wird sich kaum jemand bewußt sein, daß er damit den Schlachtruf der Osmanen skandiert. Bei den kriegerischen Begegnungen interpretierten die des Osmanischen unkundigen Christen den Kriegsruf „Vurha!, schlag los" als „Hurra", was sich bis heute als Siegesruf oder Freudengeschrei erhalten hat.

Bei einer näheren Anlalyse dieser Begriffe wird deutlich, daß die meisten aus dem militärischen Bereich stammen. Ein Rückblick in die abendländisch-osmanische Geschichte zeigt, daß das beiderseitige Verhältnis jahrhundertelang durch die Angst der Deutschen vor den Osmanen geprägt war. Erklärtes Ziel der römischen Kurie, der Kaiser und des Adels vom 15. bis ins 17. Jahrhundert war, diese Angst zu schüren.

Bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts herrschte in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung noch ein positives Bild des Osmanischen Reiches vor. Aus diesem Grund wanderten nach den Bauernaufständen um 1520 viele Bauern in diese Region ab, da dort die Steuerabgaben klar definiert und sozialer Aufstieg möglich war.

In dieser für Adel, Klerus und Kaiser bedrohlichen Situation begann die römische Kurie eine breit angelegte „Anti-Türkenpropaganda". Ab Mitte des 15. Jahrhunderts wurden sogenannte 'Türkenpredigten' in allen katholischen Kirchen gehalten, die „systematisch das Bild eines verruchten Heiden und Erzfeindes" aufbauten. 'Türkenglocken' läuteten seit 1456 in allen katholischen Gebieten gegen 12 Uhr und erinnerten die Gläubigen daran, für die Erlösung aus der 'Türkengefahr' zu beten. Drei Vater Unser und drei Ave Maria waren dafür tagtäglich erforderlich. Ab 1571 wurden spezielle 'Türkengebete' eingeführt, die sich rasch verbreiteten. Eine 1686 aufgenommene Gebetssammlung listete 117 verschiedene 'Türkengebete' in 89 deutschen Städten auf. Auch Maria wurde für die Sache der Christen vereinnahmt. Als 'Türkenmadonna' erfreute sie

sich großer Beliebtheit in Gemälden und Skulpturen. Eine 'Türkenmadonna' kann man auch heute noch 'bewundern'. „Die besterhaltene hängt in der Kirche von Kirchsahr: die Madonna steht auf dem Halbmond, die von ihr ausgehenden Strahlen münden in die Kugeln eines Rosenkranzes, in der Rechten hält sich emporgezückt das Schwert, auf der Linken sitzt ihr der Jesusknabe, der mit seiner Linken, den abgeschlagenen Kopf eines Türken an seiner Skalplocke hält."[1]

Kreuzzugspropaganda, Horrorgeschichten über das unerträgliche Leid von Christensklaven im Osmanischen Reich schafften es schließlich, das in weiten Kreisen der Bevölkerung positive Bild dieses Reiches in ein durch Angst und Panik verzerrtes zu verwandeln. Es änderte sich erst mit der zweiten Wienbelagerung, die den militärischen Niedergang der Osmanen in Europa besiegelte und ihnen den Nimbus ihrer Unbesiegbarkeit nahm. Die Vorstellung vom grausamen Türken blieb zwar fest im (Unter) Bewußtsein der Menschen verankert, doch die alte Angst wurde nun durch ein Überlegenheitsgefühl abgelöst.

Feindbild für jeden Zweck

Die jahrhundertealte Propaganda gegen die Osmanen/Türken hat sich bis in die jüngere Geschichte erhalten. 1938 entwarf Hans André im Auftrag der nationalsozialistischen Regierung ein Bronzerelief zu dem Thema: „Kampf des Deutschtums gegen den Osten". Dieses Relief sollte auf dem Kahlenberg bei Wien (Niederlage der Türken 1683) aufgestellt werden. Die Spitze der türkischen (!) Fahne trug einen Davidstern. Türken und Juden wurden als Bedrohung der Deutschen gleichgesetzt.

Ebenso bediente sich die holländische Resistance der Türken - diesmal jedoch, um die faschistische Gefahr zu symbolisieren. 1941 erschien der „zweite Türkenkalender" in Groningen (der „erste Türkenkalender" war 1454 von Johannes Gutenberg als Warnung vor den Türken herausgegeben worden), in dem unter dem Deckmantel der Türkengefahr vor den deutschen Faschisten gewarnt wurde.

Faschisten und Widerstandskämpfer zweier Länder, Angehörige unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, verwendeten unabhängig voneinander das gleiche Symbol - 'den Türken' - zur Versinnbildlichung von Gefahr und Bedrohung!

Um das vorurteilsbeladene Verhältnis zwischen Deutschland und den Ländern Polen, Frankreich und Israel zu revidieren, wurden viele Anstrengungen unternommen: Jugendaustausch, Symposien, Schulbuch-Kommissionen etc. Im Verhältnis Deutschland-Türkei nimmt man jahrhundertealte Vorurteile nicht wahr und entwickelt daher auch keine Gegenstrategien. Insbesondere im Schulbereich wirkt sich das negativ aus. Gerade der Geschichtsunterricht dient primär der (deutschen) Identitätsbildung. Dort werden andere Staaten und Kontinente nur dann behandelt, wenn die eigene Nation davon unmittelbar betroffen ist (z.B. durch Kreuzzüge, Kriege, kulturelle Beeinflussung o.a.). Da die Türken nicht wie die Griechen und Römer mit dem Werden der europäisch/deutschen Kultur in Verbindung gebracht werden, wird ihnen kaum Platz im Lehrangebot eingeräumt. Sie erscheinen allenfalls im Umfeld von Kriegen („die Türken vor Wien"), die als Bedrohung des gesamten Abendlandes interpretiert werden. Nach der für die Christen erfolgreichen zweiten Wienbelagerung verschwinden sie wieder in der Versenkung der Geschichte, um gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder als „Kranker Mann am Bosporus" aufzutauchen und dann endgültig ins Dunkel der Geschichte abzutauchen.

Zeige mir deine Bücher, und ich sage dir, wer du bist

Eine vergleichende Untersuchung von sechs Lehrbüchern[2] für den Anfangsunterricht Geschichte, die zwischen 1963 und 1986 herausgegeben wurden, ergab, daß sich an der Behandlung des Themas „Türken" oder „Islam" kaum etwas geändert hat. Die 30-jährige Migrationsgeschichte hinterließ keine Spuren in den Geschichtsbüchern, etwa in Form von Querverweisen auf das Leben der muslimisch-türkischen Bevölkerung in Deutschland.[3]

Mittlerweile besucht bereits die dritte Generation von Kindern türkischer Herkunft deutsche Schulen. Die Themen „Türkenkriege", „Islam" oder auch „Kreuzzüge" würden sich hervorragend eignen, sich mit der türkisch-muslimischen Bevölkerung in Deutschland auseinanderzusetzen. Lediglich in dem Lehrbuch „Unsere Geschichte" finden sich Berührungspunkte mit türkischen MigrantInnen und zwar in Form einer Bearbeitung des Themas Islam. Nach dem Einstieg über das Zitat 'eines islamischen Theologen' über 'die Frau': „(...) Die Frau soll im Innern des Hauses bleiben (...) mit den Nachbarn soll sie nicht reden (...) sie soll stets nur ihren Mann im Sinne haben (...) in allen Dingen ihm Freude zu machen suchen (...)" bekommen die SchülerInnen die folgende Arbeitsanweisung: „Informiert Euch über die Stellung von Frauen und Mädchen in türkischen Gastarbeiterfamilien. Wie leben sie? Worin sind sie gegenüber ihren Männern benachteiligt?"

Nur mit diesen Vorgaben können die SchülerInnen kaum etwas anderes als ein Negativbild des Islam aufbauen. Platz für kontroverse Diskussionen wie beispielsweise über die Gemeinsamkeiten von Islam und Christentum oder was die beiden Religionen zur Stellung der Frau sagen, bleibt nicht. Die religiöse Situation der ArbeitsmigrantInnen wird nur marginal gestreift. Die Chance einer Auseinandersetzung mit Islam und Christentum sowohl im historischen als auch im gegenwärtigen Kontext wird so vertan.

Geschichte und Kultur von TürkInnen stellen keinen Unterrichtsgegenstand dar. Sie erscheinen für die SchülerInnen quasi aus dem Nichts und treten lediglich im Umfeld von Kriegen, als Träger einer Religion und als Bedrohung Europas und Deutschlands auf. So entsteht ein Bild von türkischen ArbeitsmigrantInnen, die weder Geschichte noch Kultur kennen. Hans Göpfert geht sogar davon aus, daß die jetzige Form des Unterrichts SchülerInnen zu der Auffassung bringen kann: „Wenn ArbeitsmigrantInnen etwas zuwege bringen wollen, müssen sie nach Deutschland als Gastarbeiter kommen. Hier wird ihnen Kultur beigebracht."

Die langfristige Wirkung dieser Unterrichtseinheiten ist nicht zu unterschätzen. Geschichtsunterricht spielt beim Erwerb und bei der Tradierung von Vorurteilen und Feindbildern eine große Rolle, was sich insbesondere auf das Verhältnis gegenüber den türkischen MitschülerInnen auswirkt. Die deutschen Kinder werden sich in ihrer nationalen Identität bestärkt sehen, auf die ausländischen Kinder herabschauen und sie als nicht gleichberechtigt akzeptieren.

Daher können die zwar mit Enthusiasmus und Idealismus durchgeführten deutsch-türkischen Begegnungen, mulitkulturellen Stadtfeste, interkulturelle Initiativen etc. nur an der Oberfläche bleiben. Eine Verbesserung des deutsch-türkischen Verhältnisses bedarf weitgehenderer Schritte. Einer davon wäre die Gründung einer deutsch-türkischen Schulbuchkommission, um die Lehrbücher zu überarbeiten und neu zu gestalten. Vor allem aber sollte in der Öffentlichkeit auf die Kontinuität jahrhundertealter Vorurteile aufmerksam gemacht werden.

Margret Spohn

Anmerkungen:

1) aus: Haefs, Hanswilhelm: Handbuch des nutzlosen Wissens. München 1989

2) Grundzüge der Geschichte Band 1/2, 1963; Wir erleben die Geschichte Band 1, 1976; Geschichtliche Weltkunde Band 1, 1979; Fragen an die Geschichte Band 1/2 1983; Unsere Geschichte Band 1, 1984; Bsv Geschichte 1N Band 1/2, 1986

3) Auf Nachfrage der Autorin wurde von LehrerInnen bestätigt, daß sich bis heute an der Situation nur wenig verändert hat. Zumindest in den Rahmenrichtlinien der Lehrpläne werden aber inzwischen Themen wie z.B. Islam u.ä. aufgenommen

Puschen, puschen, puschen

IWF-Gegengipfel 1988 und Klimaaktivisten 1995 - ein Vergleich

Die Hochkonjunktur internationaler Konferenzen, u.a. der diesjährige Klimagipfel, hat der Diskussion um die Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisationen neuen Auftrieb gegeben. Mit dem folgenden kritischen Vergleich der fundamentaloppositionellen Anti-IWF und Weltbankkampagne mit den NRO-Aktivitäten zum Klimagipfel, möchten wir die Diskussion um Sinn und Unsinn der Lobbyarbeit (s. 'blätter' Nr. 201) fortsetzen. Weitere Beiträge folgen.

Die beiden gesellschaftlichen Mobilisierungsprozesse zum diesjährigen Klimagipfel und zur sieben Jahre zurückliegenden Tagung der Weltbank (WB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1988[1] bieten sich für einen Vergleich an: Die Suche nach neuen Orientierungsmustern und Problemlösungsstrategien nach dem Ende des 'real existierenden Sozialismus' hat erste Konturen hervorgebracht. Die politische Arena wird durch neue Interessenkoalitionen sowie neue Aktionsformen und neue Formen der politischen Auseinandersetzung quer durch die politischen und ökonomischen Lager geprägt. Die Bildung von problemorientierten Netzwerken ist in Mode gekommen und die sich formierende „Netzwerkgesellschaft" scheint die politische Perspektive der Zukunft zu sein.

Die Bedingungen für die beiden erfolgreichen Mobilisierungsprozesse waren ähnlich. In beiden Fällen handelte es sich thematisch um globale Problemzusammenhänge, die im Brennpunkt einer internationalen Konferenz jeweils intensiv politisch aufgearbeitet wurden. Die Mobilisierungsphase betrug jeweils über ein Jahr und folgte einer ähnlichen Dynamik: Die Organisations- und Strukturierungsphase wurde durch Öffentlichkeitsveranstaltungen und mit dem Näherrücken des Konferenztermins verstärkt durch medienwirksame Aktionen ergänzt. In beiden Fällen trug auf der regionalen Ebene ein etwa gleich großes und heterogenes Akteursspektrum aus über 100 Organisationen, Verbänden und sonstigen Gruppierungen wesentlich zum Mobilisierungsprozeß bei.

Darüber hinaus überwogen freilich die Unterschiede beider Prozesse. Schon durch den Namen „Anti-IWF und -Weltbankkampagne" wurde die Zielrichtung der Mobilisierung gegen das herrschende System und die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen definiert. Damals resümierte die 'taz' dann auch „es gab keine Gegenöffentlichkeit, vielmehr: die Kritik an IWF und Weltbank beherrschte die Öffentlichkeit"[2].

Lobbying statt Gegengipfel

Diese klare „Anti"-Haltung wurde von den Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) hinsichtlich des Klimagipfels bewußt vermieden. Ihr grundsätzliches Selbstverständnis hat ein Sprecher des Berliner „Klimaforum '95" wie folgt charakterisiert: „Vor einem Jahr gab es zwei Modelle: den Gegengipfel oder die Beeinflussung. Wir haben uns für das Zweite entschieden"[3]. „Wogegen", argumentiert später ein NRO-Aktivist, „hätte mensch auch gipfeln sollen - gegen Klimaänderungen? Gegen die U.N.? Gegen Kohl, das Kapital und alles, was sonst noch schlecht ist auf der Welt?". Stattdessen bestehe ein „fundamentales Interesse, daß globale Verhandlungen zur Begrenzung des Treibhausgasausstoßes geführt werden". Vor diesem Hintergrund wurde im Berliner Kongreßzentrum (ICC), dem Tagungsort der offiziellen Vertragsstaatenkonferenz, vor allem von den national und international agierenden NROs Lobbyarbeit betrieben.

Politischer Pragmatismus bestimmte dabei die Vorgehensweise. Mit konkreten und realistischen Forderungen und ohne Berührungsängste sollten die Gipfelteilnehmer auf allen Ebenen des offiziellen Verhandlungsprozesses unter Druck gesetzt werden. In der NRO-Unterstützung des von Indien vorgelegten „green paper", das zur Grundlage der Entwicklungsländer für Verhandlungen mit der EU und anderen OECD-Staaten wurde, läßt sich die versuchte Einflußnahme über eigene Positionspapiere, informelle Gespräche und über die gezielte Nutzung der Medien besonders deutlich nachzeichnen. Selbst Umweltministerin und Gipfel-Chefin Angela Merkel rief zu dieser Aktionsform auf: Die NROs sollten „pushen, pushen, pushen", damit die PolitikerInnen merken, daß die Natur eine Lobby hat.[4]

Dessen ungeachtet wurde den NROs zum Gipfelauftakt der Zutritt zum Plenarsaal verwehrt, so daß Kontaktaufnahmen mit politischen EntscheidungsträgerInnen an den ersten beiden Konferenztagen gar nicht möglich waren. Erst nach hartnäckigen und intensiven Protesten wurden den NROs die Türen des Plenarsaals geöffnet. Die eigentlichen Verhandlungen und Absprachen fanden allerdings in anderen Foren statt, von denen sie weiterhin ausgeschlossen blieben. So wurde die Informationsbeschaffung und -weiterleitung zu einer der Hauptaufgaben und zur Herausforderung für die professionellen LobbyistInnen.

Daß der Zutritt zum Plenarsaal und die diffuse, kaum zu analysierende Konferenzbeeinflussung schon als Erfolg gefeiert wurden, läßt den politischen Pragmatismus und die grundsätzliche Offenheit der NROs für den Dialog mit dem politisch-administrativen System (PAS) erkennen. Es besteht die Gefahr, daß sich die Sprache der Umwelt-AktivistInnen allmählich verändert: „Sie wird von dissidenten Inhalten gesäubert, wird umgestaltet und ist schließlich als neutrales Expertenwissen bereit, sich mit dem herrschenden Weltbild zu verbinden"[5]. Der Zuspruch, den Bundeskanzler Kohl für seine angeblich beeindruckende Rede zur Eröffnung der Ministerrunde von bestimmten NRO-Kreisen erhielt, stellt einen Beleg dafür dar. Auch abseits des offiziellen Konferenzgeschehens bildeten sich zwischen den vorwiegend in Berlin und Brandenburg politisch agierenden NROs und dem PAS inhalt-

liche und interessengeleitete Schnittmengen heraus, die in gemeinsame Aktivitäten mündeten. Die Beiträge der NROs zur Klima-Broschüre, die vom Senat in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium herausgegeben wurde, die gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltungen, die Verteilung des NRO-Bulletins durch die Energieleitstelle des Senats und die personellen Verflechtungen waren Formen der direkten Kooperation. Gleichzeitig profitierte der Senat aufgrund seiner mißlungenen Gipfel-Publicity, die durch den Fast-Absturz beim millionenschweren Drahtseilakt am bildhaftesten verdeutlicht wurde, auch indirekt von den NROs. Die Gipfelthemen im speziellen und die vermeintliche Ökohauptstadt im allgemeinen wurden von ihnen weitaus effektiver und werbewirksamer in die (Welt-)Öffentlichkeit lanciert.

900.000 Mark für den Umbau der Industriegesellschaft

Dementsprechend groß war die Bereitschaft des PAS zur finanziellen Unterstützung der NROs. Die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen können mit denen der Akteure, die zur IWF/WB-Tagung mobilisierten, nicht annähernd verglichen werden. In ihrer Arbeit, Organisationen und Termine zu koordinieren, Aktionen zu planen, Informationen zu sammeln und weiterzuleiten sowie Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, wurden die NROs mit 900 000 Mark von der senatseigenen Beratungs- und Servicegesellschaft Umwelt, der Bundesstiftung Umwelt und aus den Töpfen der Arbeitsförderung unterstützt. Damit wurde zwar der finanzielle Spielraum der NROs erheblich erweitert, gleichzeitig aber auch der Kooptation und Instrumentalisierung der NROs durch das PAS Vorschub geleistet. Die geringe Konfliktbereitschaft gegenüber dem PAS und die weitgehende Profillosigkeit der NROs und ihrer Netzwerke waren sicherlich diesen Vereinnahmungsversuchen geschuldet. Trotz ihres gebündelten oppositionellen Gewichtes haben es die NROs und Netzwerke nicht verstanden (oder angestrebt), sich als ernstzunehmende politische Einflußgröße gegenüber dem PAS in der Öffentlichkeit in Szene zu setzen.

Während 1988 noch dem kapitalistischen System im allgemeinen und den „Multis" im speziellen erheblicher Widerstand entgegengebracht wurde, haben sich mittlerweile zwischen dem Kapital und den NROs weitreichende Berührungspunkte herausgebildet. Die Auswirkungen der drohenden Klimakatastrophe brachten die Versicherungsgesellschaften und Klein- und Großunternehmen, die sich den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben, mit den NROs an einen Tisch bzw. in die gleiche Ausstellungshalle unter dem Berliner Funkturm.

Das gemeinsame Ziel, den Auswirkungen der Katastrophe vorbeugen zu wollen, lenkt davon ab, daß gerade die kapitalistische Konsumtions- und Produktionsweise die eigentliche Ursache für die (Umwelt-) Krise ist. Statt dessen wird - nicht zuletzt aufgrund fehlender Utopien - die Hoffnung genährt, die Klimakatastrophe sei durch den ökologischen Strukturwandel der Gesellschaft und durch technologische Innovationen im Rahmen des herrschenden Systems in den Griff zu bekommen. Die Funktionslogik des Systems insgesamt wird nicht in Frage gestellt und die Notwendigkeit radikaler struktureller Veränderungen aus der Diskussion verdrängt.

Abschied von der Globalanalyse

Die Akteure im Mobilisierungsprozeß zur Zeit der IWF/WB-Tagung orientierten sich genau an dieser Funktionslogik. Eine Art „Imperialismuslexikon" war das Bindeglied für die verschiedenen Gruppen, das die Ursachen und Verursacher benannte und die Kooperation mit Markt oder Staat weitgehend ausschloß. Demnach sind IWF und Weltbank die zentralen Institutionen und Stützen einer ungerechten kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, die zur Ausbeutung des Südens durch den Norden führt. Die Projektfinanzierungen und Konditionen bei der Kreditvergabe bereiten gleichzeitig den anderen Banken und Konzernen den Weg, sich an dieser Ausbeutung zu beteiligen. Die Vielfältigkeit des Problems entsteht also durch ein Strukturmuster.

In diesem Sinne wurde zwar die Streichung der Schulden der Entwicklungsländer eingefordert. Dies wäre aber erst als Problemlösung gesehen worden, wenn die ungerechten kapitalistischen Weltmarktstrukturen beseitigt würden. Viele (Spontan-)Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen, der Gegengipfel und andere Protestformen richteten sich konsequenterweise gegen die in Berlin ansässigen „Multis" und Banken und sollten den reibungslosen Ablauf der Tagung der „Staatsbonzen" verhindern. Anschläge aus radikaler Orientierung heraus und aktiver Widerstand gegen das geballte Auftreten der Staatsgewalt, wie sie noch bei IWF/WB-Tagung zu registrieren waren, landeten während des Klimagipfels in der Mottenkiste des revolutionären Kampfes - von wenigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen.

Das links-alternative Spektrum orientierte sich bei der kritischen Analyse der weltweiten asymmetrischen Machtstrukturen des kapitalistischen Systems und der antikapitalistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Argumentation perspektivisch am Sozialismus. Dagegen bewegten sich die reformorientierten NROs während des Klimagipfels zu den Themen Reduktion der CO_2-Emmissionen oder Ökosteuer sowie bei ihren konkreten Forderungen nach einer „anderen Ausrichtung der Mittelvergabe der internationalen Entwicklungsbanken" oder nach „umweltverträglichen lokalen Technologien" im Bereich des kurz- und mittelfristig Realisierbaren. Dadurch wurden die NRO-, parteien- und staatsübergreifenden Aktionskoalitionen überhaupt erst möglich.

Der Wunsch nach gemeinsamen Problemlösungsanstrengungen und der Bedeutungszuwachs der Wissens- und Informationsvermittlung auf dem komplexen Feld der Klimapolitik hat dazu beigetragen, daß auch zwischen den Presse- und NRO-VertreterInnen die Kooperation intensiviert wurde. Was bei der IWF/WB-Tagung noch als eine Besonderheit galt, nämlich das „Anspringen" der Massenmedien auf die Protestaktionen, gehörte vor und während des Klimagipfels bereits zur Routine der medialen Aufarbeitung internationaler Konferenzen. Die Mobilisierungsfähigkeit auf der einen und die Professionalität und fachliche Expertise

Anti-IWF-Protest 1988 ... (Foto: Umbruch Bildarchiv)



... und Klimaprotest 1995 (Foto: Bimm)

auf der anderen Seite hielt die mit der UNCED-Konferenz in Rio einsetzende Konjunktur der NROs in Schwung und ermöglichte ihnen den problemlosen Zugang zu Presse, Funk und Fernsehen. Damit ist noch nicht geklärt, ob die NROs das politische Potential für gesellschaftliche Veränderungsprozesse besitzen oder - mangels anderer gesellschaftlicher Subjekte, die einen solchen Prozeß initiieren könnten - (mediengerecht) zu Hoffnungsträgern für eine gerechte und ökologische Welt aufbereitet werden.

Hoffnungsträger oder Feigenblätter?

Das Durchblättern nicht nur der „Frankfurter Rundschau", die bereits im Januar mit der Sonderberichterstattung zum Berliner Klimagipfel begann, dokumentiert eindrucksvoll den großen öffentlichen Raum, der den NROs eingeräumt wurde. Nicht nur in der Medienöffentlichkeit entwickelten die NROs Arbeitsstrukturen und -fähigkeiten, die weit über den Aktionsradius der Akteure bei der IWF/WB-Tagung hinausgingen. Während bei letzteren der Koordinationsrat, der in vier Arbeitsgruppen untergliedert war, noch eine überschaubare Struktur hatte, und viele Aktionen „im kleinen" geplant und durchgeführt wurden, verloren in der global vernetzten institutionellen und personellen Struktur der NROs zum Klimagipfel auch die Insider den Überblick, so zahlreich waren die unterschiedlichsten Verflechtungen.

Allein auf der lokalen und nationalen Ebene engagierten sich fünf NRO-Netzwerke, die wieder zahlreiche Kontakte zu Organisationen, Verbänden und Netzwerke aus anderen Ländern unterhielten. Dies darf aber nicht als Zeichen für demokratischere Verhältnisse innerhalb der globalen NRO-Community fehlinterpretiert werden. Die ungleiche Verteilung der Ressourcen Macht und Geld lassen bereits auf der lokalen und nationalen Ebene hierarchische Strukturen entstehen und spiegeln im internationalen Kontext zusätzlich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte des Weltmarkts wider.

Dies gilt auch für den Zugang zu den technischen Möglichkeiten des weltweiten Datenaustauschs, wie er durch e-mail-Anschlüsse, Funktelefone und Faxgeräte als Handwerkszeug der NROs gegeben ist. Die gemeinsamen Absprachen und der fachliche Austausch unter den NROs wurde damit zwar erleichtert, gleichzeitig traten jedoch die anderen Aktionsformen der politischen Einflußnahme in den Hintergrund. Wenn der Protest in Form von gemeinsam erarbeiten Dokumenten, Stellungnahmen und Forderungskatalogen in die Korridore der Macht drängt, verkommt die Gegenmacht zur reaktiven Widerstandsstrategie und legitimiert die internationale Gipfelgläubigkeit, ohne daß diese hinsichtlich der drohenden Klimakatastrophe bereits greifbare Ergebnisse hervorgebracht hätte.

Basisferne

Der Vergleich beider Mobilisierungsprozesse ist auch bezüglich ihrer Basisnähe lehrreich. Während die links-alternativen Kräfte bei der IWF/WB-Tagung aufgrund ihrer Utopie und den darauf basierenden Aktionen das Problem der gesellschaftlichen Vermittelbarkeit hatten, befinden sich nun aufgrund der verwissenschaftlichten und professionellen Politik(mit)gestaltung vor allem die national und international agierenden NROs auf dem integrativen Weg zur Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig besteht für die NROs, die auf der lokalen Ebene agieren, die Gefahr, daß die Rückbindung an die Basis und damit die gesellschaftliche Anschlußfähigkeit in dem Maße verloren geht, wie sie sich an ihren großen national und international agierenden Vorbildern orientieren.

Der Vergleich des Klimagipfels mit der IWF/WB-Tagung zeigt, daß aus der erfolgreichen Mobilisierung und Problemaufbereitung keine quantifizierbare Beeinflussung des internationalen Verhandlungsverlaufs der jeweiligen Konferenz abgeleitet werden kann. Insofern muß die NRO-Community ihre große Erwartungshaltung und ihr darauf basierendes Engagement ebenso wie ihre Aktionsformen und ihre reformorientierte Einstellung kritisch hinterfragen, zumal die Frauenkonferenz in Peking die vorerst letzte der großen internationalen Konferenzen ist. Es könnte sich erweisen, daß es hauptsächlich das Ereignis der 'Megakonferenz' ist, das den Brennpunkt und eigentlichen Aktionsraum der NRO- und LobbyistInnen-Bewegung darstellt und sie ohne diese Termine höchster Aktivität in ein Konjunkturloch fällt.

Allerdings haben die vielfältigen gesellschaftlichen Organisationsansätze unter den NROs ein breites Feld für weitere Aktivitäten eröffnet, die nicht der Anschlußfähigkeit an die Markt- oder Staatskräfte und der damit einhergehenden Profillosigkeit geopfert werden dürfen. Die Rückbesinnung auf die Fähigkeit, eigenständige Interessen und Politikkonzepte zu formulieren und Gegenmacht auf der Grundlage der kritischen Analyse des Systemzusammenhangs aufzubauen, ist auch in der Umweltpolitik längst überfällig. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse von Berlin müßten dann um die im Ozonloch wieder verschwindende „Netzwerkgesellschaft" noch keine Krokodilstränen vergossen werden.

Heike Walk/Achim Brunnengräber

Anmerkungen:

1) Die nachstehenden Ausführungen und die nicht mit einer Fußnote versehenen Zitate beziehen sich auf den Aufsatz von Jürgen Gerhards (1991): Die Mobilisierung gegen die IWF- und Weltbanktagung 1988 in Berlin: Gruppen, Veranstaltungen, Diskurse, in: Roland Roth / Dieter Rucht (1991): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, S. 213-234
2) taz vom 30. September 1989
3) Sascha Müller-Kraenner am 29.3.95 während einer Pressekonferenz des Berliner „Klimaforum '95" im ICC Berlin.
4) FR vom 7.1.95
5) Wolfgang Sachs (Hrsg.) (1994): Der Planet als Patient. Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Berlin, Basel, Boston, S. 8.

Solidarität im Supermarkt

Eine Replik auf die Kritik am ‚fairen Handel'

Ungünstige Preisstaffelungen für die Kleinbauern, Ausschluß der Landlosen, der Weg in den Supermarkt und damit Imagegewinn und höhere Profite für die herkömmlichen großen Kaffeeanbieter waren einige der Kritikpunkte, die Ulf Baumgärtner in der letzten Ausgabe der 'blätter' TransFair vorwarf. Auf seine Kritik und seine Vorschläge antwortet die TransFair-Geschäftsstelle. Dabei ist eines klar: Marktwirtschaftliche Prinzipien bestimmen die Solidaritätsarbeit der alternativen Händler.

Seit der Einführung von Kaffee mit dem TransFair-Siegel in den bundesdeutschen Supermärkten sind rund 9400 Tonnen solchen Kaffees verkauft worden und damit den von TransFair geförderten ProduzentInnen fast 50 Millionen DM Direkteinnahmen zugeflossen. Besonders der „ethische Markt" (dazu können die Ökobank, Bioläden, difairse Versicherungen etc. gezählt werden; d. Red.) hat es mit einer zunehmenden Zahl kritischer VerbraucherInnen zu tun, die weder „dumm" noch „gutgläubige AktivistInnen" sind, wie Baumgärtner meint. Deshalb sieht TransFair hinter diese Zahlen Akzeptanz und Glaubwürdigkeit seines Konzepts des Fairen Handels in der breiten Öffentlichkeit bestätigt. Nach einer EMNID-Untersuchung vom September 1994 liegt der Bekanntheitsgrad von TransFair unter der bundesdeutschen Bevölkerung bereits bei 22 Prozent. Bekanntheitsgrad und hohe Akzeptanz sind das Ergebnis einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit von TransFair.

Der Ansatz von TransFair geht davon aus, daß der internationale Handel auf Marktmechanismen beruht. TransFair will in diesem „Normalmarkt" sozial und ökonomisch verträgliche Beziehungen auf freiwilliger Basis ermöglichen. Deshalb versteht sich TransFair als Angebot an den „Normalhandel", freiwillig sein Handeln und seinen Handel (zumindest teilweise) gemäß anerkannten Standards für eine sozial und wirtschaftlich verträgliche Entwicklung im Süden zu ändern. Dieser Ansatz, mit dem „Normalhandel" zusammenzuarbeiten - wobei TransFair die Bedingungen setzt - schränkt notwendigerweise die Möglichkeiten der Kritik an den MarktteilnehmerInnen ein, macht sie aber nicht unmöglich.

TransFair setzt in gewisser Weise die jetzt 25-jährige Tradition der „Aktion Dritte Welt Handel" (A3WH) fort. Es gibt aber einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem „Alternativen Handel" der A3WH und dem „Fairen Handel" von TransFair: Der „Alternative Handel" bietet eine Alternative angefangen von den ProduzentInnen über die Importeure bis zu den Weltläden, den Aktionsgruppen und den KonsumentInnen. TransFair dagegen setzt nur Bedingungen (nicht identisch, aber vergleichbar denen des „Alternativen Handels") für die Geschäftsbeziehungen zwischen den ProduzentInnen im Süden und den Importeuren/VerarbeiterInnen im Norden. TransFair's „Fairer Handel" gilt nur für einen Teil der Handelskette. Einen anderen Anspruch hat TransFair nie vertreten.

Dieser Unterschied ist notwendig, um den Umsatz fair gehandelter Produkte - und damit die Einnahmen der vom Welthandel benachteiligten (Klein-) ProduzentInnen - deutlich zu erhöhen. Durch Kaffee mit dem TransFair-Siegel haben von der Umsetzung bis heute zahlreiche Kooperativen und ihre Mitglieder samt Familien aus rund 20 Produzentenländern profitiert. Sie erzielten nicht nur ein höheres Einkommen, sondern erfuhren durch genossenschaftlich finanzierte Einrichtungen im Sozial,- Gesundheits- und Bildungswesen und im Bereich der Ökologie eindeutige Verbesserungen ihrer Lebensqualität. Mittlerweile werden im gemeinsamen KaffeeproduzentInnenregister von TransFair und seiner Schwesternorganisation Max Havelaar mehrere hundert Kooperativen geführt. Weitere Anträge liegen vor.

Natürlich existiert mancherorts eine Konkurrenzsituation zwischen bereits aufgenommenen Kooperativen und solchen, die es werden wollen. Aber es gibt auch Kooperativen aus dem Register, die ihrerseits Empfehlungen zur Aufnahme bestimmter Genossenschaften geben. Bis heute sind noch nicht alle im ProduzentInnenregister geführten Genossenschaften in den Fairen Handel eingebunden. Der hiesige Markt gibt das bei weitem nicht her.

Trotzdem hat sich TransFair bereits häufiger mit der Kritik beschäftigt, ob und wie auch ArbeiterInnen auf Kaffeeplantagen und landlose PflückerInnen langfristig am fairen Handel partizipieren könnten. Das praktizierte Modell der ArbeitnehmerInnengremien auf Teeplantagen könnte zumindest für die Kaffeeplantagen als Vorbild dienen. Weniger zukunftsträchtig sieht es für die PflückerInnen aus: „Den Ärmsten der Armen kann der Faire Handel nicht helfen", schrieb das ehemalige TransFair-Vorstandsmitglied Doris Köhn in ihren Diskussionsthesen 'Positive Entwicklungseffekte durch Fairen Handel'. „Für sie", so heißt es, „müssen andere Formen der Unterstützung gefunden werden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Landlosen, die keinen eigenen Kaffee anbieten und somit auch nicht in den Genuß fairer Handelsbedingungen kommen können. Langfristig wäre in Zusammenarbeit mit den am Fairen Handel teilnehmenden Kleinbauerngruppen vielleicht an spezielle Regelungen (=Extrazahlungen) für die landlosen KaffeepflückerInnen zu denken. Jedoch muß man sich im klaren darüber sein, daß der 'Umverteilung der Armut' immer Grenzen gesetzt sein werden - auch die Kleinbauern und -bäuerinnen haben nichts zu verschenken." Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen und pragmatischer Erwägungen wandte sich TransFair als erster Zielgruppe den benachteiligte ProduzentInnen, den Kaffeekleinbäuerinnen und -bauern, respektive ihren Zusammenschlüssen, zu.

In den TransFair-Materialien für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit stehen genau diese Mitglieder der Genossenschaften im Vordergrund. Und es wäre auch geradezu einfältig, den Fairen Handel losgelöst von den an ihm

partizipierenden Menschen derart zu abstrahieren, daß ausschließlich formale Fakten mitgeteilt würden. Menschen interessieren sich nun einmal auch für Menschen und nicht nur für abstrakte Informationen. Deshalb ist „ständig die Rede vom Kleinbauern."

In dem Maße, in dem es TransFair gelingt, auf die Lebensumstände von Kleinbauernfamilien aufmerksam zu machen, wächst hierzulande die Bereitschaft von VerbraucherInnen, zu Verbesserungen dieser Lebensbedingungen beizutragen. Aufgeklärte VerbraucherInnen und deren Organisationen schaffen den Nachfrage-Druck, ohne den der hiesige Handel seine Produktpalette nicht erweitert. Ergo: Zuerst gab es die informierte Kundschaft und als Reaktion rechtfertigten Industrie und Handel die Einführung von Kaffee mit dem TransFair-Siegel strategisch mit der Sinnhaftigkeit des sozial verantwortlichen Handelns.

Der von Baumgärtner kritisierte Weg in die Supermärkte wurde nicht wegen der dortigen Info-Möglichkeiten gewählt, sondern weil dort verkauft wird. Dabei werden ohnehin rund 80 % der Kaufentscheidungen für ein Produkt nicht im Supermarkt, sondern vorher getroffen. Deshalb macht TransFair eine intensive Informationsarbeit, wozu natürlich auch die angegriffene Präsenz in Talkshows gehört. Komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich zu vermitteln, legitimiert die in Erstinformationen mitunter vereinfachte und verkürzte Darstellung. Detaillierte Informationen stehen auf Nachfrage zur Verfügung.

Mit der Bereitstellung von Informations- und Werbematerialien wird TransFair einem Kernpunkt seines Vereinszwecks gerecht, nämlich der Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Fairen Handels. Hierzu gehört es, das TransFair-Siegel zu promoten - wovon auch die Lizenznehmer profitieren. Dies ist aber nicht mit einer kostenlosen Werbung für die Kaffeeanbieter gleichzusetzen, wie es Baumgärtner darstellt, da durchaus ein Zusammenhang zwischen der gezahlten Lizenzgebühr und der von TransFair zu leistenden Öffentlichkeitsarbeit besteht.

Zur Förderung des Fairen Handels gehört es aber auch - damit nämlich der Handel überhaupt mitmacht - darauf hinzuweisen, daß seine Gewinnspanne durch den Fairen Handel nicht geschmälert wird. Überhöhte Gewinne bei TransFair-Lizenznehmern oder im Lebensmitteleinzelhandel werden immer wieder behauptet - nachgewiesen wurden sie nicht. „Normale" Gewinne werden gemacht. Daß Gewinne anfallen, ist eine Bedingung dafür, daß der Ansatz von TransFair überhaupt funktionieren kann. Niemand im „Normalmarkt" würde freiwillig draufzahlen.

Die von Baumgärtner geforderte transparentere Preispolitik wäre zwar wünschenswert, würde aber eine Offenlegung von Bilanzen erfordern, zu der die TransFair-Lizenznehmer nicht bereit sind und zu der sie auch nicht verpflichtet werden können. Auch Baumgärtners Vorschlag der Festlegung einer Siegelkaffee-Quote, wonach die einzelnen Lizenznehmer einen fixen Prozentsatz ihres Gesamtumsatzes an gesiegeltem Kaffee zu verkaufen hätten, ist nicht realisierbar. Eine Verpflichtung zu einer derartigen Festlegung - so sie denn juristisch durchsetzbar wäre - würde eine Verbreitung von fair gehandeltem Kaffee behindern und stünde in jedem Fall potentiellen Lizenznehmern beim Ersteinstieg im Weg.

Da TransFair sich bewußt auf marktwirtschaftliche Strukturen eingelassen hat, geht der Verein zweckorientiert auch mit den entsprechenden Spielregeln um. Übrigens ist auch der Alternative Handel der A3WH keine Alternative zum System des ungerechten Handels im Kapitalismus, sondern der wichtige und notwendige Versuch, eine Nische innerhalb des Systems zu schaffen. Zwänge, die auch dort herrschen, z.B. Abhängigkeit von internationalen Fracht-, Versicherungs- und Finanzunternehmen/Banken, werden in der Regel nicht thematisiert.

Allmählich entwächst TransFair den Kinderschuhen: Was anfangs in der Theorie sinnvoll erschien, hat sich in einzelnen Aspekten in der Praxis nicht langfristig bewähren können. Hierzu zählt - im Zuge der gestiegenen Weltmarktpreise - besonders die von der FRENTE (ein Zusammenschluß von Kaffee-Kleinbauernorganisationen aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und Gründungsmitglied von TransFair) vorgebrachte Kritik an der degressiven Staffelung der TransFair-Preise, die auch Baumgärtner anführt. Danach ist der TransFair-Preis mit dem normalen Marktpreis (inklusive Qualitätszuschlag) identisch, sobald dieser bei oder über 165 US-Cents/lb liegt.

Auf dem Treffen der KaffeeproduzentInnen aus dem Kaffeeregister von TransFair/ Max Havelaar (im Juni 1995 in Kopenhagen) wurde das degressive System mit Wirkung zum 1. Oktober 1995 abgeschafft. An seine Stelle tritt ein fixer Aufschlag auf den Weltmarktpreis von 5 US-cents/lb ohne Begrenzung nach oben. Gleichzeitig wurde der Mindestpreis um rund 6 US-cents/lb angehoben, der bei Weltmarktpreisen unter 121 US-cents/lb (für Arabicas) in Kraft tritt. Der Bio-Aufschlag von 15 US-cents/lb wird weiterhin zusätzlich gezahlt.

Anlaß zu Aussprachen gab auch die Regelung der sogenannten Vorfinanzierung, die auch von Baumgärtner vorgeschlagen wird. Nicht ganz schuldlos an hier bestehenden Mißverständnissen sind die unterschiedlich formulierten Aussagen in den Materialien von TransFair - eine Vereinheitlichung sei an dieser Stelle zugesagt. Grundsätzlich gilt: Auf Wunsch muß der Kaffeeimporteur der jeweiligen Produzentenorganisation einen Kredit von bis zu 60% des Mindestwertes des Kaffees, über den ein Kaufvertrag abgeschlossen wurde, ermöglichen. Die Auszahlung soll vor der Ernte erfolgen. An dieser Regelung wurde auf dem ProduzentInnentreffen in Kopenhagen nichts geändert.



Transfair versiegelt - der etwas bessere Kaffee

TransFair ist eine junge Organisation, die sich nur an wenigen Vorbildern orientieren kann. Nicht alle Entwicklungen verlaufen optimal und mit jedem neuen Produkt werden neue Probleme auftreten. Vor diesem Hintergrund liefert TransFair immer wieder Gesprächsstoff, der die totgeglaubte Debatte um entwicklungspolitische Themen belebt. Wenn mensch eines TransFair nicht vorwerfen kann, so ist es eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit!

TransFair-Geschäftsstelle, Köln

BUKO suicide

Kongreß tanzt zwischen Kampagnen und Selbstauflösung

Es ist so klar wie beklagenswert, der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) laviert momentan unentschlossen zwischen Selbstinstitutionalisierung in den Kampagnen und Selbstauflösung.

Natürlich ist Solidaritätsarbeit heute komplizierter als vor zwanzig Jahren. Die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Sichtweisen haben sich verändert. Gelder von staatlichen Organisationen und privaten Spendern gehen bei Soli-Gruppen nur noch tröpfelnd ein und Objekte der Solidarität werden knapp. Mit dem Verschwinden sozialistischer Regierungskonzepte in den Ländern der Peripherie ist die Soli-Bewegung in ein ideologisches Loch gefallen. Die Konsequenz daraus wurde auf verschiedene Weise gezogen: Die einen sehen sich selbst oder die Institution in kapitalistische, patriarchale und neokolonialistische Strukturen verstrickt, die keinen anderen Ausweg als den Ausstieg aus der Gesellschaft zu lassen scheinen; die anderen 'lobbyieren' vor sich hin und die dritten diskutieren über Sinn und Unsinn postmoderner Politikverdrossenheit.

So kamen zum Buko 1995 im Mai in Wuppertal, der unter dem Motto „Solidaritätsbewegung und Patriarchat" stand, nur etwa 30 seiner 200 Mitgliedsgruppen; vor fünf Jahren waren es noch 90 gewesen. Auch 120 'Unorganisierte' interessierten sich für das Thema. Um dem Patriarchat im BUKO keine Chance zu geben, wurde statt der bisher üblichen Podiumsdikussion in Kleingruppen gearbeitet und erstmals gab es ein Männerplenum. So wurde das Motto wenigstens auf formaler Ebene umgesetzt, die inhaltliche Auseinandersetzung ließ nämlich zu wünschen übrig.

Organisation tötet ...

„Demokratische Verhältnisse weltweit durchsetzen?" war die Frage, der sich eine Kleingruppe widmete - und fand eine Antwort, die dann im Verlauf des Kongresses immer wieder im Raum stehen sollte: „Organisierung tötet Inhalte". Jede Organisation arbeite vor allem an ihrer Selbsterhaltung. Gedacht worden war bei der Formulierung dieser These v.a. an Parteien und regionale Netzwerke. Der analytische Ehrgeiz reichte mithin nicht aus, die These an sich selbst, dem BUKO, zu überprüfen. Als Diskussionsergebnis formulierte die Kleingruppe: „Demokratie ist ... ungeeignet für unser Ideal vom herrschaftsfreien Zusammenleben.". Denn in jeder historischen Demokratie drücke sich Herrschaft aus, die materiell oder durch ungleiche soziale, kommunikative Fähigkeiten der Menschen begründet sei. Der demokratischen Mehrheitsentscheidungen vorzuziehen sei daher die Konsensfindung, weil diese Minderheiteninteressen integrieren könne.

Viele Diskussionen beschränkten sich auf eine ähnlich abstrakte Ebene. Ein Zusammenhang der formulierten Thesen mit der BUKO-Realität, z.B. seinem Dasein als Organisation, seiner institutionalisierten Kampagnenarbeit, dem Verfahren der Mehrheitsentscheidung im Gesamtplenum, wurde meist nicht hergestellt.

In einigen Kleingruppen stellte sich das Ideal der Konsensfindung als realisierbar heraus. In der Sitzung des BUKO- Gesamtplenums mit zwanzig stimmberechtigten TeilnehmerInnen wurde die Umsetzung des Konsensprinzips dagegen gar nicht erst probiert, sondern gleich abgestimmt. Die spektakulärste, weil das Selbstverständnis des BUKO in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft betreffende Entscheidung des Abends betraf die Frage, ob der BUKO weiterhin die Sitze in Anspruch nehmen wird, die er im Dritte-Welt-Ausschuß bei den Grünen-Stiftungen innehat. Mit einer Mehrheit von elf Gruppen gegen eine Minderheit von fünf Unentschlossenen und vier Gegenstimmen wurde beschlossen, die drei Mandate des BUKO zurückzugeben.

Hinter dieser Entscheidung standen durchweg Frust-Argumente. Mit der B90/Grünen-Politik könne man sich nicht mehr identifizieren, die Ausschußarbeit sei enorm kräftezehrend und bringe nichts, da die Sitze im Ausschuß ein geringes Gewicht hätten und wichtige Beschlüsse in den Stiftungen auch ohne Einwirkungsmöglichkeit dieses Gremiums gefaßt würden.

Mit dieser Entscheidung hat sich im BUKO eine Fraktion durchgesetzt, die dem Verfolgen einer politischen Strategie ihren Frust und die Ablehnung der etablierten B90/Grünen entgegensetzt. Somit sind die ohnehin geringen Möglichkeiten, im Zuge einer Neustrukturierung der Stiftungen quasi von innen deren Demokratisierung einzufordern, aufgegeben worden. Dabei ist Kritik an den Grünen-Stiftungen, ihrer geistigen und organisatorischen Annäherung an die 'Altstiftungen' der anderen Parteien, dringend angesagt.

...den BUKO?

Der BUKO verortet sich also abseits der institutionalisierten Strukturen des Politischen. Das kann die logische Konsequenz aus der These „Organisation tötet" sein - wenn auch nicht bis zuende, nämlich bis zur Selbstauflösung, gedacht. Was zu einer wirklichen Verortung bisher fehlt, ist die Formulierung eines Selbstverständnisses, einer Alternative zur Arbeit in den 'Institutionen'. Dazu müßten die im BUKO (noch) Organisierten zunächst einmal dessen angestrebte gesellschaftliche bzw. politische Funktion debattieren und definieren. Ansätze dazu können sich nur aus detaillierten, kritischen Positionen zu Solibewegungs-relevanten Themen ergeben - die Abgrenzung zu Netzwerken, Parteien und Lobbygruppen genügt da nicht.

Die gegenwärtige Schwäche des BUKO wurde deutlich, als es im Gesamtplenum um den nächsten BUKO ging. Es fand sich zwar ein Thema - „Nachhaltige Herrschaft - Herrschende Nachhaltigkeit" -, aber die Frage nach einem Koordinierungsausschuß und dem Ort für den BUKO blieb erstmals offen, sein Stattfinden damit ungewiß. Die dringende Frage „Was soll der BUKO?" wagte in diesem Jahr niemand als Kongreßthema vorzuschlagen. Sie wird also frühestens 1997 in größerem Rahmen debattiert werden - vorausgesetzt, der BUKO existiert dann noch. Aber dafür wird die 'Organisation' schon sorgen.

Stefanie Theil

Gender Killer

Feminismus zwischen Elfenbeinturm und Amtsstuben

Daß die Frauenbewegung ihre besten Tage hinter sich hat, ist sicher nicht der Welle feministischer Postmodernität anzulasten, die seit Anfang der 90er Jahre aus dem angelsächsischen Sprachraum nach Deutschland schwappt. Nichtsdestotrotz werden gerade von der bekanntesten Vertreterin Judith Butler zwei Essentials feministischer Politik theoretisch noch einmal in Frage gestellt: die Unterscheidung zwischen sex und gender, zwischen biologischem und „sozialem" Geschlecht, einerseits sowie eine Politik, die im Namen „der Frauen" auftritt und dazu eine wie auch immer geartete „Frauenidentität" formuliert. Wer sich allerdings vom Titel des jüngst in der Editition ID-Archiv erschienen Buches „Gender Killer" eine - wenn auch kritische - Bestandsaufnahme der aktuellen Debatte erhofft, sei gleich vorweg gewarnt. Den Herausgeberinnen geht es jenseits der Dekonstruktion von Weiblichkeit um eine Repolitisierung des Feminismus, der in ihren Augen zwischen Akademisierung und Realpolitisierung hin- und herlaviert. Sein kritisches Potential bei der Benennung und Bekämpfung sexistischer Gewaltverhältnisse ist im feministisch eingerichteten Elfenbeinturm ebenso entschwunden wie in den Amtsstuben der Frauenbeauftragten.

Mit dem vorliegenden Band soll deshalb zunächst einmal der Austausch und die Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichsten Frauenprojekten und Einzelpersonen, die quer sowohl zum postmodernen als auch zum realpolitischen Mainstream liegen, angeregt werden. Diese wenig inhaltlich bestimmte Zielsetzung hat dazu geführt, daß in diesem Sammelband zusammenkommen mußte, was auf den ersten Blick wenig bis gar nichts miteinander zu tun hat: Bevölkerungspolitik, Biotechnologie, die Frauenbewegung im allgemeinen und besonderen, Migrantinnenpolitik, Rechtsradikalismus, weiblicher Arbeitsmarkt, Familienpolitik und weibliche Kunst- und Musikproduktion - alles, wirklich alles ist dabei.

Auf den zweiten Blick zieht sich ein, wenn auch dünner, roter Faden durch die Beiträge: die Kritik an den Verrechtlichungs- und Institutionalisierungsprozessen innerhalb der Frauenbewegung wird mit mehr oder weniger ausgefeilten staatskritischen Überlegungen verknüpft. Ein Kristallisationspunkt dabei ist das noch in den 70er Jahren ungebrochen eingeforderte Selbstbestimmungsrecht der Frau. Wie dieses Selbstbestimmungsrecht im Rahmen der letzten Jahre zur Durchsetzung bevölkerungspolitischer Programme benutzt wurde und durch die gezielte Inkorporation von Frauengruppen neue Akzeptanz für modernere Formen der Kontrolle geschaffen wurde, zeigt Susanne Schultz in ihrem Beitrag. Sie kommt zu dem Schluß, daß „der tendenzielle Übergang von Zwangsmaßnahmen zu konsensuellen und integrativen Konzepten ... bislang nichts an den Zielen von Bevölkerungspolitik als Machtstrategie des modernen Staates geändert (hat), der Bevölkerung zur Variablen erklärt, um sie zu regulieren und ihre Reproduktion zu kontrollieren." (21)

Anknüpfend an Foucaults Überlegungen aus „Sexualität und Wahrheit" sowie Balibars Analysen zur „fiktiven Ethnizität", die grundlegend bei der Konstruktion des „Staatsvolkes" mitwirkt, weist Juliane Rebentisch nach, daß heutige feministische Positionen zum Paragraph 218 durch ihre nationalstaatliche Fixierung die bevölkerungspolitischen Implikationen und die rassistischen Dimensionen ihrer Argumente übersehen. Trat die Frauenbewegung der 70er Jahre mit ihrer Forderung nach Selbstbestimmung und der Streichung des Paragraph 218 noch gegen staatliche Regulierungen ein („Mein Bauch gehört mir"), so geht es heute dem realpolitischen Mainstream nur noch darum, dem Gesetzgeber ein „Frauenrecht" abzuringen. Eine so ausgerichtete Politik, die sich auf Teilhabe beschränkt, übersieht jedoch, daß sie genau das reproduziert, was sie eigentlich kritisieren will: Sie bestätigt die Macht-Strukturen, die „die Frauen" als politische Subjekte hervorbringen und zugleich auch einschränken.

Diese Position wird noch einmal von Cornelia Eichhorn unterstrichen. Sie betont, daß es aufgrund der historischen Entwicklung der Frauenbewegung eine enge Koexistenz und notwendige Bezogenheit derselben auf die Nation gibt. In der heutigen Situation hat das fatale Konsequenzen. Denn mit der Durchsetzung einer „Staatsdoktrin", die die Gleichwertigkeit der Frauen in den Mittelpunkt rückt, ist der Weg nicht mehr weit, um im Namen von Fraueninteressen nationalstaatliche Machtpolitik durchzusetzen - eine Entwicklung, die sich im Bereich der internationalen Bevölkerungspolitik schon andeutet. Cornelia Eichhorn entwickelt daraus eine radikal antinationale Programmatik: „Dieses drohende Arrangement zu bekämpfen, kann heute nicht mehr alleine bedeuten, die Kritik der Nationform zu forcieren, sondern es muß auch heißen, endgültig mit jener „Frauenpolitik" zu brechen, die derzeit die Nationalisierung der Emanzipation betreibt."(88)

Wie dieses eher proklamatorisch vorgetragene Projekt inhaltlich gefüllt werden könnte, zeigt die Frankfurter Migrantinnen-Gruppe FeMigra (Feministische Migrantinnen). Anschaulich stellen sie vor dem Hintergrund der Anfang der 90er Jahre in der Frauenbewegung diskutierten feministischen Verfassungsänderung dar, wie die Nationalisierungstendenzen innerhalb der Frauenbewegung zu alten/neuen Ausschlüssen führen. Sie kritisieren deshalb auch das besonders in linksliberalen Kreisen favorisierte Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft, weil darin die Koppelung von Nationalität und Bürgerrechten aufrechterhalten bleibt. Im Gegensatz dazu wendet sich FeMigra gegen jede Form der „Identitätspolitik", die sich im nationalen bzw. kulturellen Raum verortet. Sie verstehen sich als Migrantinnen, nicht als „Schwarze Frauen", weil sie die soziale Dimension ihrer Situation hier hervorheben und keiner Kulturalisierung Vorschub leisten wollen.

Auch wenn die inhaltliche Stringenz einiges zu wünschen übrig läßt, ist mit dem Sammelband doch ein anregendes „Lesebuch" zu aktuellen feministischen Überlegungen entstanden. Ob sich allerdings die „Gender-Theorien" als akademisch bzw. konsumistisch-individualistisch abstempeln und ad acta legen lassen, wie es die Herausgeberinnen in ihrem Vorwort andeuten, wird erst noch zu beweisen sein.

Christine Parsdorfer

Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer, Texte zu Feminismus und Politik, Berlin 1994, 192 S., 24,- DM



BürgerSHELLte

Die Ökofront macht mobil

Was haben ein Fisch im deutschen Meer und ein Schwarzer in Südafrika gemeinsam? Einen bösen Feind in Gestalt des Ölriesen Shell und eine starke Lobby in Deutschland, die einsatzfreudig für ihr „Menschen"recht ficht.

Wer erinnert sich nicht mehr an die Zeit, als bundesweit Tribunale unter dem Motto „Shell betankt Apartheid" stattfanden; als wöchentlich kilometerlange Demonstrationszüge zu den Shell-Tankstellen zogen, unter wütenden „Shell-to-hell"-Parolen die gelben Fahnen verbrannt wurden und die eingeschüchterten Pächter unter unflätigsten Beschimpfungen der Passanten nur unter Polizeischutz in Sicherheit gebracht werden konnten; als in Hamburg im Beisein des Kanzlers und des Präsidenten das Schiff „Blackpeace" in See stach, um Nelson Mandela zu befreien und nach vollbrachter Tat Robben Island im Meer zu versenken?

„Boykottiert Shell" hieß das Motto, und um ehrlich zu sein und die Märchenstunde zu beenden: Immerhin haben einige Autonome ihre Duplos und Hanutas woanders geklaut.

Als Shell vor einigen Wochen das praktizierte, was alle Konzerne täglich machen, nämlich ihren Müll so billig wie möglich verschwinden zu lassen, waren die Medienritter von Greenpeace jedoch zeitig zur Stelle, um ihre Schlauchboot-Nummer abzuziehen. Und siehe da: Noch bevor die Wellen der Nordsee über der Brent-Spar zusammenschlugen, brach ein Sturm der Entrüstung über dem Öl-Konzern los. Rasch formte sich in Deutschland eine Boykott-Bewegung, um dem Bösewicht in die Hand zu fallen. Schon nach einigen Tagen waren die Einbußen für Shell so hoch, daß der Multi seine Bohrinsel auf dem Mond hätte billiger entsorgen können. Denn hierzulande sind Boykottaufrufe dann - und nur dann - erfolgsversprechend, wenn Deutschland sich bedroht, benachteiligt oder schlecht behandelt fühlt.

„Diese Menschen wollen Shell kaputtmachen", frohlockte die taz, das Organ des zivilisierten Deutschlands, und stellte eine Einheitsfront vor, von Kohl über Gysi bis Harald Juhnke, die Kaiser Wilhelm dazumal noch fordern mußte. So vergaß man den kleinlichen Parteienzwist, den Hader zwischen Otto und Otmar, die Antipathie zwischen Ossis und Wessis und tankte fortan bei Aral und Esso.

Die deutsche Gesundheitsbewegung hätschelte ihren Gesundheitswahn. Ein ökologisches Problem kann nicht einfach pragmatisch angegangen werden, ohne daß zuvor hysterische Untergangsszenarien wochenlang die Gemüter beunruhigen. Jeder Hamburger von Mc Donald's - das bringt jede verantwortungsbewußte Kindergartentante karottenwedelnd ihren Pimpfen bei - ist ein Anschlag auf den Volkskörper. Der Deutsche wird täglich vergiftet, verseucht und verstrahlt, sein Wald geht nicht kaputt wie andere Pflanzen, sondern er stirbt, und es grenzt fast an ein Wunder, daß die Lebenserwartung noch immer über siebzig Jahre liegt.

Einige Öko-Irre wollten da Abhilfe schaffen. In der aufgehetzten Atmosphäre drängte sie ihr Gewissen, den zündenden Funken im Sturm auf Shell zu entfachen. So schossen sie aus einem fahrenden (!) Auto mit einer Gaspistole auf die Umweltsau von Tankstellenpächter. Wenn es dem deutschen Fisch an die Schuppen geht und Shell Hand an die Scholle legt, der betreffende Konzern zumal noch ein ausländischer ist, dann durfte sich am Ende niemand wundern, daß auch Brandanschläge auf Benzinsäulen nicht fehlten.

Aber seien wir nicht ungerecht: Im Zuge der Aufregung um Shells Schweinereien springt womöglich auch etwas für die Schwarzen heraus. Denn auf einmal thematisieren die Medien, daß der Öl-Konzern seit zwei Jahrzehnten das Land der Ogoni verdreckt und die nigerianische Regierung in ihrer brutalen Bekämpfung des Widerstands der Ogoni unterstützt. Vielleicht findet sich nun eine Organisation, die die zivilgesellschaftlich bewegten Bundesbürger auffordert, sie sollen an Herrn Kohl schreiben, er solle an Herrn Shell schreiben, daß die Deutschen eine Patenschaft für die Ogoni übernähmen, da die Schwarzen schließlich auch nur Fische seien.

Jörg Später

Rechtsstaat gegen 'radikal'

Die Geschichte der 'radikal', die sich Anfang der 80er Jahre zur Zeitschrift der autonomen und Hausbesetzerszene entwickelte, ist seit ihrem Entstehen von staatlicher Repression geprägt. Seit 1984 erscheint sie daher aus dem Untergrund. Sie versteht sich als Forum für die Erfahrungen und Strategien linken Widerstands in der Bundesrepublik. In ihr werden unterdrückte oder totgeschwiegene Nachrichten, Texte zur radikalen Gesellschaftskritik und auch Erklärungen zu militanten Anschlägen veröffentlicht. Gegen ihre presserechtlich Verantwortlichen, Druckereien, Buchhandlungen, Infoläden und HandverkäuferInnen gab es daher zahllose Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren.

Die letzte massive Razzia (Blendschockgranaten wurden eingesetzt, Türen gesprengt und Leute eine Stunden lang nackt auf dem Boden gefesselt) in acht deutschen Bundesländern am 13.6. endete nach Angaben des UNRAST-Verlagskollektivs Münster mit 25 Verhaftungen, die alle im Zusammenhang mit 'radikal' stehen. Wieviele Verfahren tatsächlich eingeleitet und zu Verurteilungen führen werden, bleibt abzuwarten. Nach der Aktion erklärte Bundesinnenminister Kanther jedenfalls, Ziel sei eine „zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene" gewesen. Nicht oft wird von höchster Stelle derart offen die Ideologie des Rechtsstaates preisgegeben.

Wer sich den Forderungen nach Freilassung der unter Isolationshaftbedingungen einsitzenden vier Inhaftierten und nach Entkriminalisierung der 'radikal' im Rahmen der Pressefreiheit anschließen will oder weitere Fragen hat, kann sich wenden an:
UNRAST-Verlag
Postfach 8020
48043 Münster
Tel.: 0251/666293

Aus der Todeszelle

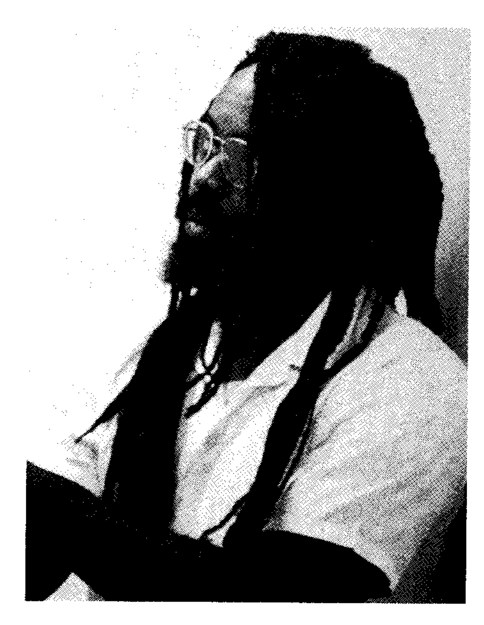
Am 17. August 1995 soll der Journalist Mumia Abu-Jamal in Pennsylvania hingerichtet werden. Das Todesurteil besteht seit 1982. Jetzt beginnt der seit Januar '95 amtierende Gouverneur Pennsylvanias, Thomas Ridge, mit der Einlösung seines Wahlversprechens, wonach in den Todeszellen „aufgeräumt" werden soll. Die über 170 Gefangenen in den Todestrakten des US-Bundesstaates sollen nach und nach hingerichtet werden.

Das Urteil, wonach Abu-Jamal im Dezember 1981 einen Polizisten im Dienst ermordet haben soll, ist heftig umstritten. Das Verfahren gegen Abu-Jamal wird von seinen Anwälten als „zu keiner Zeit rechtsstaatlich" bezeichnet. ZeugInnen wurden von Polizeibeamten unter Druck gesetzt. Den Beklagten entlastende ZeugInnen-Aussagen fielen bei der Urteilsfindung unter den Tisch. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft setzten andere ZeugInnen dermaßen unter Druck, daß sie gar nicht mehr oder widersprüchlich aussagten. Auch konnte die Tatwaffe nicht gefunden werden.

Der Grund für die Verurteilung und die jetzt angeordnete Vollstreckung der Todesstrafe liegt offensichtlich in der politischen Arbeit Abu-Jamals. Als er sich im Alter von 15 Jahren erstmals in der 'Black Panther Party' engagierte, wurde bereits seine FBI-Akte angelegt. Als Radiojournalist befaßte er sich später vor allem mit sozialen und politischen Themen aus der schwarzen und hispanischen community, mit Rassismus und Unterdrückung in den USA. Er wurde für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnet. Die FBI-Akte belegt, daß Abu-Jamal jahrelang Polizeiüberwachung, Schikanen und Medienhetze ausgesetzt war. Noch 1994 erreichte eine rechte Polizeigewerkschaft mit einer Hetzkampagne, daß ein Vertrag Abu-Jamals mit einem bekannten Rundfunksender über eine wöchentliche Kolumne wieder gelöst wurde.

Eben diese Polizeigewerkschaft hat jetzt mit Unterstützung ultrakonservativer Politiker und Medien eine Kampagne gegen Abu-Jamals Buch „Live from Death Row" gestartet hat. Das Buch setzt sich essayistisch mit Rassismus, Gefängnisalltag im Todestrakt, Todesstrafe und der gegenwärtigen reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung in den USA auseinander. Seit Juli '95 ist die deutsche Übersetzung mit dem Titel „... aus der Todeszelle" erhältlich (Verlag: Agipa-Press, Bremen).

In Deutschland arbeitet seit Jahren eine Solidaritätskampagne für die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Abu-Jamal. Dringend wird jetzt dazu auffordert, sich gegen die geplante Vollstreckung der Todesstrafe einzusetzen.
Weitere Informationen dazu bei:
Kampagne Mumia Abu-Jamal
c/o Archiv '92
Postfach 150323
28093 Bremen
Tel.: 0421/354029



Ohne Beweise zum Tod verurteilt: Mumia Abu-Jamal

Uniform gegen Ausländer

Gerade hat amnesty international weltweit einen Bericht vorgestellt, der deutschen Polizisten vorwirft, aus rassistischen Motiven systematisch Ausländer zu mißhandeln. Während die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten und Polizistinnen e.V." in bezug auf die 70 dokumentierten Fälle von der „Spitze eines Eisbergs" sprach, wies Polizeiminister Kanther die Vorwürfe in geübter Manier als „maßlos" zurück. Es handele sich um Ausnahmefälle, die konsequent verfolgt würden.

Es mußte wohl erst ai in London mit einem haarsträubenden Bericht zu Deutschland an die Öffentlichkeit treten, um deutsche Leitartikler aufzurütteln und einen Sturm der Entrüstung auszulösen. Dabei liegt seit Wochen eine ausführliche Studie des Berliner Informationsdienstes „Bürgerrechte & Polizei" vor, die beweist, daß es sich keineswegs um wenige schwarze Schafe innerhalb der Sicherheitsorgane handelt, die AusländerInnen beleidigen, erpressen, vergewaltigen und foltern.

Der Korpsgeist sowie hierarchische Strukturen innerhalb der Polizei stehen einer Aufdeckung von Straftaten im Dienst meist entgegen. In Strafverfahren werden Polizisten als 'Hilfsbeamte' der Staatsanwaltschaft tätig. Aus Angst vor Repressalien erfolgen Zeugenaussagen von Polizisten gegen Kollegen meist anonym, wodurch sie an juristischem Wert verlieren. Im Klartext heißt das: Von 4552 zwischen 1980 und 1988 abgeschlossenen Berliner Strafverfahren gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt wurden 4460 (98%) eingestellt. Alle 130 Strafverfahren, die seit 1988 gegen Polizeibeamte des Hamburger Schanzenviertels eröffnet worden waren, endeten mit Freispruch oder wurden eingestellt. „Wenn ein Ausländer sich beschwert, bekommt er den Ärger, und nicht der Polizist", so ein Berliner Rechtsanwalt.

Lösungsvorschläge für das Problem ungestraft prügelnder Polizisten kommen natürlich nicht aus dem Apparat selbst oder gar aus der Bundesinnenministerkonferenz (BMK). Als diese im November '94 in Magdeburg tagte, waren es Vereine der Bürgerrechtsbewegung, die der Konferenz einen Forderungskatalog vorlegte. Die Bürgerrechtsgruppen forderten die BMK unter anderem auf, die Polizei für Nichtdeutsche zu öffnen, und in den Länderparlamenten die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten einzurichten. Diesem Ombudsmann wurde von der Bürgerrechtsbewegung große

Bedeutung beigemessen, dient er doch Polizeiopfern ebenso als vertrauliche Anlaufstelle wie Polizisten, die bereit sind, Strafanzeige gegen Kollegen zu erstatten. Für völlig rechtlose Personen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung, die Hauptopfer polizeilicher Übergriffe, forderten die Vereine die Einrichtung einer an die Schweigepflicht gebundenen Instanz, wo diese Menschen Anzeige erstatten können.

Bezeichnend war die Reaktion der Innenminister auf diesen Forderungskatalog. Sie leugneten einmal mehr das Problem rassistischer Polizeigewalt, bemühten die alte Legende von wenigen schwarzen Schafen und sahen keinen Handlungsbedarf. Noch weiter scheint sich die Bundesregierung von der Realität entfernt zu haben. In ihrer jüngsten Antwort auf einen Fragebogen der „Rassismus-Kommission" des Europarates schrieb sie: „Soweit es in letzter Zeit zu Diskriminierungen von Minderheiten und fremdenfeindlichen Handlungen in der Bundesrepublik gekommen ist, gingen diese sämtlich nicht von Staatsorganen aus." Spätestens seit dem ai-Bericht zur deutschen Polizei ist diese offizielle Stellungnahme als Lüge und Freibrief für alle prügelnden Polizisten entlarvt.

Klaus Jetz

'Bürgerrechte & Polizei' u.a. (Hg.): Hilfe, Polizei. Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern
Elefanten Press, Berlin 1995
155 Seiten, 24,90 DM.

Frauen gegen Jubel

Mitte Juni trafen sich über 120 Frauen im Bonner Gustav-Stresemann-Institut zur entwicklungpolitischen Tagung „Vor Beijing". Veranstalterin war das deutsche NRO-Frauenforum - ein Zusammenschluß von Frauen aus entwicklungspolitischen und autonomen Verbänden, aus MigrantInnengruppen und aus der Wissenschaft. Die Tagung sollte zur Vorbereitung der 4. Weltfrauenkonferenz und des NRO-Forums dazu im September in China dienen.

In Bonn wurde von den Teilnehmerinnen vor allem die Bundesregierung und ihr Vorgehen beim Nationalen Vorbereitungskomitee und ihre Informationspolitik kritisiert. Die Arbeitsgruppenberichte wurden entgegen einer Abmachung in dem Regierungsbericht nicht berücksichtigt, er wird von den Frauen als unrealistische „Jubel-Bilanz" eingeschätzt, die Zusammenarbeit mit der Regierung als gescheitert betrachtet.

Ergebnis der Tagung war die Verabschiedung eines neun Kapitel umfassenden „Memorandums", das zwischen der Basisforderung nach strukturellen Veränderungen in allen Bereichen und realpolitischen Forderungen balanciert. Es ist fraglich, ob angesichts der analysierten Globalität des „neoliberalen" Wirtschaftsmodells die Bundesregierung die adäquate Adresse für die Forderungen ist. Dies einmal mehr, da die Regierung bei Fragen oder Kritik immer wieder auf die Europäische Union verweist, die in Beijing „mit einer Stimme" sprechen will. Diese Einstimmigkeit will die Regierung natürlich nicht durch einen Mißklang stören.

Ziel der offiziellen Weltfrauenkonferenz ist die Verabschiedung einer Aktionsplattform, von deren Entwurf allerdings bisher 40% umstritten ist. Setzen sich Vatikan, islamisch-fundamentalistische Staaten oder China durch, wird sie hinter bereits verabschiedete Dokumente bisheriger UNO-Konferenzen zurückfallen. Die Aktionsplattform spiegelt damit den globalen „rollback" bei der Durchsetzung frauenpolitischer Anliegen wider. Viele Frauen sind daher pessimistisch hinsichtlich der zu erwartenden Resultate der Regierungskonferenz. Vom NRO-Forum wird allerdings aufgrund des Ausbaus der internationalen Vernetzung ein großes Kraftpotential erwartet.

ASt

Betr.: Artikel zu „Demokratie als Herrschaftsinstrument" von Jochen Hippler

'blätter des iz3w', Nr. 205

Ich möchte Euch ausdrücklich danken für den Themenschwerpunkt zur Demokratisierung in der Dritten Welt und insbesondere für den Beitrag von Jochen Hippler über die Frage, inwieweit ursprünglich fortschrittliche Begriffe wie Demokratisierung in ihr Gegenteil verkehrt und schließlich als Herrschaftsinstrument von IWF, Weltbank etc. instrumentalisiert werden können.

In letzter Zeit führen wir hier in Ägypten ähnliche Diskussionen, vor allem bzgl. der Menschenrechtsfrage. Seit immer mehr internationale Hilfsorganisationen - seien es offizielle von der Regierung oder NGOs - Menschenrechtsfragen auf ihre Tagesordnung gesetzt haben, sprießen hier in Ägypten Menschenrechtsberatungs- und Forschungszentren wie Pilze aus dem Boden. Ehemalige Menschenrechtsaktivisten entdecken, daß seit in diesem Bereich die Entwicklungsgelder fließen, man mit den Menschenrechten auch seinen Lebensunterhalt verdienen kann - vorausgesetzt, man hat die entsprechenden Drähte ins Ausland. Natürlich bleibt das nicht ohne Auswirkung auf die Agenda der Menschenrechtsbewegung, die nicht direkt mit ihren neuen Geldgebern auf Konfrontationskurs gehen will.

Man könnte vielleicht die vorsichtige Hypothese wagen: Über die von außen finanzierten Menschenrechtsaktivitäten werden zunehmend Intellektuelle aus dem ehemals linken Spektrum in den pro-westlich/amerikanischen Herrschaftsdiskurs von der „Zivilgesellschaft" integriert. Die Menschenrechtsfrage hat dabei sozusagen Brückenfunktion, denn zumindest an der Oberfläche scheinen diese Intellektuellen ihren Prinzipien ja weiterhin treu zu bleiben, wenn auch diese Prinzipien zunehmend ihres politischen und sozialen Inhalts entleert werden. Damit wird die Linke wohl kaum zufällig eines Teils ihrer Köpfe beraubt; und dies zu einem Zeitpunkt, wo durch die umfassenden Strukturreformprogramme, die Ägypten nach dem Golfkrieg vom Währungsfonds auferlegt wurden, zunehmende soziale Konflikte zu erwarten sind.

Eine Reihe von Fragen sind hier angebracht. Womit beschäftigen sich die neuen Menschenrechtszentren und wer sind ihre Finanziers? Inwieweit haben sich die Themenschwerpunkte durch die internationale Finanzierung und das Verhältnis zur Staatsmacht geändert und inwiefern haben sie sich dem Diskurs der vor allem amerikanischen Geldgeber angepaßt? Stehen ihre Aktivitäten noch in Zusammenhang mit den tatsächlichen Menschenrechtsproblemen und -verletzungen im Land? In welchem Verhältnis stehen diese Organisationen zu den Voluntary-Organisationen wie der ägyptischen Menschenrechtsorganisation?

Diese Fragen sind nicht nur für Länder der Peripherie relevant, sondern sollten auch in der Solibewegung in den westlichen Industrieländern diskutiert werden.

Ivesa Lübben, Kairo

Marx hat die bürgerliche Gesellschaft treffend analysiert, aber mit seinen Prognosen hat er sich meist geirrt, seine Rezepte waren mehr als fragwürdig. Ähnlich der Eindruck, den J. Hipplers Schilderung der real existierenden Demokratie hinterläßt. Wahrscheinlich hat Hippler nicht die herkömmliche Auffassung vom Staat als „Ordnungshüter". Aber wenn vom „Kampf um den Staat" die Rede ist, bedeutet das auch Kampf um Macht, und dieser Kampf führt, wie die Geschichte lehrt (und auch Hippler belegt), immer zu Unterdrückung durch den Sieger statt zu einer Gesellschaft, die sicher nicht konfliktfrei ist, die aber ihre Konflikte auf faire Weise zu lösen bereit ist. Dem Staat ist jede Art von Selbstverwaltung ein Dorn im Auge, auch wenn er es bestreitet. Denn sie bedeutet, daß es auch ohne ihn geht, er verliert seine Legitimation. Was wird aus dem Heer von Politikern und Bürokraten? Staat und Selbstbestimmung sind ein „antagonistischer Widerspruch". Selbstbestimmung ist nur am Staat vorbei erreichbar. Aber solange Menschen bereit sind, eigene Verantwortung zu delegieren weil es bequemer ist, wird sich nichts ändern. „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit".

Stefan Kafka, Rechtmehring

Zeitschriftenschau

Dialog der Kulturen 1/95

Die neue Zeitschrift zu 'Multikulturalität' wird vom Zentrum für interkulturelle Bildung herausgegeben. Ihr Anspruch ist, wie im Editorial formuliert, ein Forum für Deutsche und Nicht-Deutsche zu sein, die ihre Erfahrungen mit der „multiethnischen Vielfalt" mitteilen wollen. Vor allem MigrantInnen sollen im Dialog zu Wort kommen. Die Nummer eins beschäftigt sich mit politischer Partizipation von Ausländern in Deutschland, wobei vor allem Beispiele aus der Kommunalpolitik gegeben werden. Über die Zustände in Ost-Timor nach zwanzig Jahren indonesischer Besetzung informiert ein Artikel, der eine Rubrik repräsentiert, die in den Dialog-Heften hoffentlich beibehalten werden wird. 5,- DM. Bezug: ZIB, Deutsche Straße(sic!)11, 44339 Dortmund.

Journal für Entwicklungspolitik (JEP) 1/95

Schwerpunkt der vierteljährlich deutsch-englisch erscheinenden Zeitschrift ist der „Neopopulismus in Lateinamerika". Neben einem Überblicksartikel zum Thema stehen Beiträge zu populistischer Politik in Brasilien und Mexiko. Für 1995 sind folgende Themen geplant: 2/95: „Neue Richtungen in der Hilfspolitik für ländliche Entwicklung", 3/95: „Migration", 4/95: „Arabischer Raum". 19,80 DM. Bezug:
Verlag Brandes & Apsel, Zeilweg 20, 60439 Frankfurt.

Lateinamerika Nachrichten 251

Anläßlich der 50jährigen „Befreiung vom Nationalsozialismus" erinnern die LN an die Menschen, die vor dem Nazi-Terror fliehen mußten. Die Porträts stellen einen persönlichen Bezug zum (Über-) Leben unter den Bedingungen des Exils her. Weitere Themen: Bolivien nach dem Ausnahmezustand * Der Stand der Verhandlungen in Chiapas * Die Verwicklung des CIA in den guatemaltekischen Bürgerkrieg * Junge Kunst im Berliner Haus der Kulturen. 6,- DM. Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 29, 10961 Berlin.

Solidaridad Nr. 178

Das Mai/Juni-Heft beschäftigt sich mit dem Thema „Drogen" in Chile. Neben einem kulturgeschichtlichen Abriß und einem Beitrag zur Rolle Chiles im Drogenhandel nimmt der Philosoph Martin Hopenhay zur modernisierten Gesellschaft und ihren Drogen Stellung. Auch neuere Entwicklungen wie die Etablierung der Volksdroge „Pasta base" in dem Heft werden thematisiert. Problematisch ist lediglich der Ansatz des Artikels „Auch Frauen suchen falsche Paradiese" - als ob sie gegen die Flucht aus dem Alltag besonders gefeit seien. Weitere Themen: Unmenschliche Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt * Hilfe für politische Gefangene. 4,-DM. Bezug: Katholische StudentInnengemeinde, Grevener Str. 89, 48159 Münster.

terre des femmes Rundbrief 2/1995

Spannend in diesem Rundbrief sind für „Dritte Welt" - Interessierte insbesondere der Bericht über Frauenbewegungen in Papua Neuguinea, Brasilien und Kurdistan sowie ein Artikel zu einem indischen Frauenzentrum-Projekt. Ein weiterer Schwerpunkt ist Kurdistan gewidmet, in dem u.a. zum Tourismus-Boykott gegen die Türkei aufgerufen wird. Weitere Themen: Frauenrechte - Menschenrechte: Kindschafts-Recht vs. Sorge-Pflicht * Biotechnologie oder: die frohe Botschaft * Gewalt gegen Frauen im Fernsehen * Prostitutionstourismus: Die Geschichte einer thailändischen Frau. 6,50DM. Bezug: Terre des femmes, Postfach 2565, 72015 Tübingen.

Kolumbien Rundbrief Nr. 36/Juni '95

Suggeriert das Titelbild mit dem phönixähnlichen, aufsteigenden Vogel auch einen „Wendepunkt" in der Menschenrechtsfrage, so wird er bereits im Editorial wieder auf den kolumbianischen Boden zurückgeholt, auf dem die Menschen und ihre Rechte nach wie vor, die vielen Beiträge dazu im Heft belegen es, mit Stiefeln getreten werden. Trotz des Eingeständnisses von Präsident Samper zum Massaker von Trujillo und auch nach der Kolumbienkonferenz in Brüssel ist offenbar von Besserung der Verhältnisse nicht zu sprechen. Grund genug für die Redaktion, das Thema des vorletzten Heftes wieder aufzugreifen und eine Bilanz, sowohl der Menschenrechtskampagne sowie der Arbeit der Kolumbiengruppe selbst zu ziehen. Weitere Themen: Zum Stand der Blumenkampagne * Friedensbrigaden in Kolumbien * Herbizide auf Drogenpflanzungen * Interview mit Kolumbiens erstem Kriegsdienstverweigerer. Preis: 7,-DM. Bezug: Kolumbiengruppe, Postfach 1347, 72603 Nürtingen.

Tagungshinweise

Die Sommerakademie im Klausenhof beschäftigt sich mit **„nachwachsenden Rohstoffen"**. Vom **11.-17.8.** werden Chancen und Risiken der Technologie erörtert, die von den Agrarmultis werbewirksam als die Lösung des Ressourcen-Problems verkauft werden. Das Seminar stellt die (richtigen) Fragen nach der realen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bilanz.

Vom **14.-20.8.** bietet dieselbe Akademie ein Wochenseminar zu **„Entwicklungsländern an der Schwelle zum 3. Jahrtausend"** an. Es soll ein entwicklungspolitischer Kurs für EinsteigerInnen und Fortgeschrittene in der Bildungsarbeit sein, steht aber allen InteressentInnen offen.
Infos zu beiden Veranstaltungen: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln-Dingden. Tel.: 02852/89-326 od. -0.

Das AKE-Bildungswerk plant für den **25.-27.8.** in Vlotho ein Seminar zu Fluchtursachen unter dem Titel **„Warum sie bei uns Asyl such(t)en"**. Um der regionalen Situation und den sich daraus ergebenden spezifischen Fluchtgründen gerecht zu werden, beschränkt sich der Blick auf das Horn von Afrika (Somalia, Eritrea, Äthiopien, Sudan). Vorgesehen ist auch die Begegnung mit Flüchtlingen. Infos: AKE Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733/6800 od. 2977.

Weltfrauenkonferenz: Fakten, Forderungen und ein Fazit

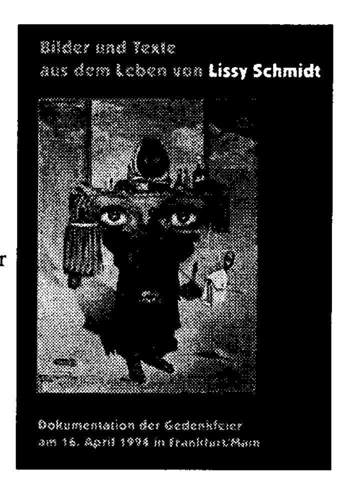
Frisch auf dem Tisch wird die Abschlußerklärung der vierten Weltfrauenkonferenz noch nicht liegen können, wenn das offene Seminar am 15.9.1995, dem letzten Konferenztag, beginnen wird. Aber live aus Peking werden die Medien das Schlußdokument publik machen, so daß unter dem direkten Eindruck der Pekinger Ereignisse und Ergebnisse die Situation der Frauen weltweit bilanziert werden kann. Termin: **15.-17.9.** Ort: Bad Urach.
Infos: LpB, Sophienstr. 28-30, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/2153- 376,-387.

Unter dem Druck, Devisen für den Schuldendienst und notwendige Importe zu erwirtschaften, suchen viele Länder nach neuen Exportnischen. Nach Anstieg des Goldpreises lohnt es sich, auch Gebiete mit geringer Goldkonzentration auszubeuten. Zum neuen Goldrausch und seinen vor allem ökologischen Folgen veranstaltet die FIAN vom **15.-17.9.** in Darmstadt ein Wochenendseminar unter dem Titel **„Es ist nicht alles Gold was glänzt!"** Infos: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel.: 02323/490099.

Als Auftakt zu den dritten Wuppertaler Eine-Welt-Wochen findet am **16.9.** ein Seminar zum Thema **„Weltwirtschaft und Umwelt"** statt. Anmeldeschluß ist der 12.8., die Teilnahme ist kostenlos. Informationen bei Michael Lieberoth-Leden c/o GLS Gemeinschaftsbank, Oskar-Hoffmann-Str. 25, 44789 Bochum, Tel.: 0234/3079331.

Bilder und Texte aus dem Leben von Lissy Schmidt

Frankfurt: Zambon Verlag 1994,
ISBN: 3-88975-047-8, 58 Seiten, DIN A5, 9,80 DM
(über den Buchhandel beziehbar)



Am 3. April 1994 wurde die Journalistin Lissy Schmidt zusammen mit ihrem kurdischen Begleiter Aziz Qadir Faraj in Irakisch-Kurdistan ermordet. Anläßlich ihres Todes fand am 16. April 1994 in Frankfurt am Main eine Gedenkfeier statt, bei der wichtige Etappen aus ihrem Leben noch einmal beleuchtet wurden.

Die vorliegende Dokumentation enthält die dort vorgetragenen Texte.